

3 FEST- UND AGITATIONSKULTUR DES RFB IN DER 1. DEUTSCHEN REPUBLIK

Von der paramilitärischen Formation zur subversiven Kadertruppe oder: Vom Militarismus zum Proletariertkult

Vorgaben der Bundesleitung (-führung) und beispielhafte Agitationen

3.1

Der streng hierarchisch gegliederte RFB begann seinen Aufbau von unten nach oben mit der Gruppe, die i.d. Regel aus 8 Mann und einem Gruppenführer bestand. Vier Gruppen stellten einen Zug (inkl. Zugführer) und drei Züge eine Kameradschaft. Je nach den regionalen Gegebenheiten ergaben mehrere Kameradschaften eine Abteilung und mehrere Abteilungen eine Ortsgruppe. Mehrere Ortsgruppen schlossen sich zu einem Unterbezirk und die wiederum zum Bezirk zusammen. Erst das Jahr 1925 brachte eine „konsequente organisatorische Vereinheitlichung“.¹ Die 2. Reichskonferenz beschloß im Mai 1925 anstelle der Bezeichnungen ‘Bezirk’ und ‘Unterbezirk’ die Begriffe ‘Gau’ und ‘Untergau’ einzuführen.² Die Gaue waren: Niedersachsen, Wasserkante, Nordwest, Ruhrgebiet, Niederrhein, Mittelrhein, Hessen-Waldeck, Hessen-Frankfurt, Saargebiet, Baden, Württemberg, Nordbayern, Südbayern, Berlin-Brandenburg, Mecklenburg, Halle-Merseburg, Magdeburg-Anhalt, Ostsachsen, Westsachsen, Erzgebirge-Vogtland, Thüringen, Pommern, Ostpreußen, Oberschlesien, Schlesien und Danzig.³

Als eingetragener Verein am 31. Juli 1924 in Halle gegründet, mußte der Bund eine Satzung haben. Die ersten Vorstellungen in Verbindung mit den Vorschriften des Vereinsrechts waren in 13 Paragraphen festgehalten, unterteilt in:⁴

- a) Zweck und Name des Bundes (§§ 1-3)
- b) Bundesgebiet, Bundesleitung (§§ 4-5)
- c) Gliederung: Bezirke, Ortsvereine (§§ 6-9)
- d) Wahl der Bundesorgane (§§ 10-13)

Die Satzung legte als Sitz des Bundesvorstandes Berlin fest (§ 5). Die Bezeichnung *Vorstand* zog sich im Sinne des Vereinsrechts durch die gesamte Hierarchie. Das Recht auf Aufteilung der Bezirke (Gaue) und auf Bestimmung eines Bezirksvorortes (Gauvorortes) hatte der Bundesvorstand (§ 6). Der fünfköpfige Bezirksvorstand sollte sich aus je einem Vorsitzenden, Schriftführer und Kassierer sowie zwei Beisitzern zusammensetzen (§ 7). Seine Bestätigung erhielt er durch den Bundesvorstand. Paragraph 8 bestimmte, daß „in jedem Orte des Reichsgebiets“ ein Ortsverein gebildet werden konnte und regelte die Aufnahmebedingungen für neue Mitglieder. Soweit ein Interessent die Paragraphen 1-3 anerkannte und „zwei Mitglieder als Bürgen stellen“ konnte, entschied der Ortsvereinsvorstand über die Aufnahme. Dieser wiederum setzte sich wie der Bezirksvorstand aus fünf Mitgliedern zusammen, die „der Bestätigung des Bezirksvorstandes“

¹ Schuster, S. 89.

² Finker, S. 22 nennt als Grund die Demonstration der organisatorischen Unabhängigkeit gegenüber der KPD; Schuster, S. 96 benennt als Initiator des Antrags zur 2. Reichskonferenz Thüringen, ohne allerdings Näheres zu erläutern.

³ Finker, S. 46f.

⁴ LAS 301-4546, Abschrift des Preußischen Minister des Innern zum Anschreiben II G. 5757 v. 12.9.1924.

unterstanden (§ 9).

Als Bundesorgan war lediglich eine *Generalversammlung* genannt, die sich „aus dem Bundesvorstand und einem Delegierten aus den Bezirken“ zusammensetzte und als „oberstes Organ des Bundes“ bezeichnet wurde (§ 10), das einmal jährlich tagen sollte (§ 11). Wie sich der Bundesvorstand zusammensetzte und gewählt werden sollte, war nicht aufgeführt. Ebenso fehlt jede weitere detaillierte Beschreibung anderer Organe und eines Vereinslebens. Die Bezeichnungen *Generalversammlung*, *Vorstand* usw. waren offensichtlich lediglich Konzessionen an das Vereinsrecht, sie wurden in den folgenden internen Diskussionen nicht mehr verwandt.

Um dem Mangel abzuhelpen und vermutlich um den wirklichen Aufbau der Organisation nicht öffentlich zu machen, begann ein interner Aufbau. Ein erster „Arbeitsplan zum einheitlichen Aufbau der Organisation“ vom 20. September 1924 versuchte „erstaunlich naiv und undetailliert“⁵ der geplanten Massenorganisation zur nötigen Form zu verhelfen. Zu Recht bemängelt Schuster das wiederholte Fehlen von Wahlprozeduren und Verantwortlichkeiten als Fundament einer demokratischen Organisation.⁶ Allein der Vorgang einer Gründung kann dafür keine Erklärung darstellen. Allerdings dürfte auch dieser offensichtliche Mangel in jener Phase nicht dafür ausschlaggebend gewesen sein, daß in der Regel die vorgeschlagenen Vertreter der KPD die entsprechenden Funktionen einnahmen, d.h. eine Gründung von oben nach unten stattfand.

Bis zum 17. Dezember, als Seemann und Kakies, die wegen Unterschlagung von der KPD-Zentrale gemäßregelt worden waren, zurücktraten und die BL umgebildet wurde, sind keine Funktionäre namentlich nachweisbar. Finker gibt darüber hinaus, allerdings ohne nähere Spezifizierung, an, daß Ernst Schneller „seit der Gründung des Bundes“ zu „den Mitgliedern der Führung“ gehört habe.⁷ Diesen dreien folgte im zweiten provisorischen Vorstand neben einem (erstaunlicherweise) unbekannten ersten, als 2. Vorsitzender Oskar Märkisch.⁸ Weiterhin bekannt sind: 1. Beisitzer Otto Zimmermann, 2. Beisitzer Otto Winzer, (3. Beisitzer unbekannt), 1. Schriftführer Konrad Wiegang, 2. Schriftführer Fritz Nolte, der von der M-Leitung der Reichszentrale delegierte 1. Sekretär und Kassierer Karl Salzsieder, 2. Sekretär Buggert, der gleichzeitig Kassierer des RFB Berlin war.⁹ Schuster nennt auch Hugo Eberlein als Mitglied des 2. provisorischen Bundesvorstandes und hält es für möglich, daß er auch dem 1. Vorstand angehörte.¹⁰

⁵ Schuster, S. 90; ebd., S. 91 berichtet über manche zusätzliche Gründungskuriosität.

⁶ Ebd., S. 89ff.

⁷ Finker, S. 28, Anm. 56 bezieht sich auf Wolfgang Kießlich: *Ernst Schneller. Lebensbild eines Revolutionärs*, Dietz Verlag, Berlin 1972.

⁸ Schuster, S. 40, Anm. 89, nach *Die Rote Front* Nr. 19 v. 1. Oktober 1926.

⁹ LAS 301-4546/3, RKo. Nr. 394/25 v. 12.1.1925. Schuster, S.40 bezeichnet Buggert als Kassierer der Bundesleitung.

¹⁰ Schuster, S. 40; LAS 301-4546, RKo. Nr. 394/25 v. 12.1.1925 vermutet zusätzlich: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Abteilung Zentral-Agitprop. zur Irreführung als Absenderin des Rundschreibens bezeichnet ist; allerdings gehört der Leiter der Abteilung Zentral-Agitprop, Engel Max, der M-Leitung der Reichszentrale der KPD an. Alle bisher hier vorliegenden Nachrichten weisen darauf hin, daß die Abteilung Agitprop. als solche mit dem RFB nichts zu tun hat, sondern daß vielmehr die M-Leitung der Reichszentrale der KPD als das Ressort 20 von der Reichszentrale der KPD mit der Bearbeitung der den RFB betreffenden Fragen betraut worden ist.“

Die kameradschaftliche Vereinigung zwischen Pflege von Kriegserinnerungen und Klassenbewußtsein

Hugo Eberleins Vorstellungen von den agitatorischen Aufgaben des RFB aus dem August 1924 waren eher allgemein bis diffus gehalten. Aus der Organisierung und Führung des Kampfes gegen „neue imperialistische Kriege“ war die einzige Konkretisierung die „Pflege der Kriegserinnerungen“.¹¹ In einer ersten Satzung des RFB vom August 1924 wurde als „Zweck des Bundes“ im § 1 die „Zusammenfassung aller im Deutschen Reich wohnenden Kriegsteilnehmer des Weltkrieges und der im Waffendienst ausgebildeten Männer, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen“, angegeben.¹² § 3 definierte die Aufgabe des „Roter Frontkämpferbund“ e.V.:

„Der Bund stellt sich zur Aufgabe die Pflege des Klassenbewußtseins und die Pflege der Kriegserinnerungen zum Zwecke der Abwehr nationalistisch-militärischer Propaganda für neue imperialistische Kriege.

Er wird die Interessen der Kriegsteilnehmer und insbesondere der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen mit Nachdruck vertreten und pflegt enge Verbindungen zu den proletarischen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Organisationen aller Länder. Aufklärung über die Methoden und den Klassencharakter imperialistischer Kriege.

Eine illegale Bewaffnung der Mitglieder lehnt der Bund ab.“

Daß die Gründungsbestrebungen keineswegs eine rein propagandistische Ursache hatten, sondern einem allgemeinen Bedürfnis - auch Teilen ihrer Gründungsmitglieder - entsprangen, dokumentiert ein Aufruf der provisorischen Bundesleitung des RFB vom 4. September 1924 im *Thüringer Volksblatt*:

„Roter Frontkämpferbund und Roter Jungsturm sind kameradschaftliche Vereinigungen, in denen diejenigen Proletarier sich organisieren, denen an der Pflege einer wirklichen klassenbewußten Kameradschaft gelegen ist. Roter Frontkämpferbund und Roter Jungsturm haben zum Zweck, überall Aufklärung zu verbreiten über den arbeiterfeindlichen Charakter der Organisation Schwarz-Rot-Gold.

Roter Jungsturm und Roter Frontkämpferbund werden euch erzählen von den glorreichen Tagen der roten Soldaten in Rußland und in der ganzen Welt. Roter Jungsturm und Roter Frontkämpferbund haben geschworen, mit allen Mitteln den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu organisieren. Roter Frontkämpferbund und Roter Jungsturm werden alles tun, um den Kriegsopfern des imperialistischen Krieges zu einer menschenwürdigen Existenz zu verhelfen.“¹³

Die Selbstdarstellung durch den militärischen Terminus ‘Kamerad’ in unterschiedlichen Variationen läßt sich in dieser Form nur schwer durch reine Werbung begründen. In Verbindung mit den Erzählungen aus den „glorreichen Tagen der roten Soldaten in Rußland“, hinter denen sich nur die ‘Kriegserinnerungen’ verbergen können, verdeutlicht diese Anzeige den widersprüchlichen Charakter der Organisation.

Nach den internen Schreiben der Bundesleitungen von KPD und RFB sowie der Anfrage letzterer nach Persönlichkeitsdaten, Waffengattungskenntnissen und militärischem Dienstgrad dokumentiert ein Rundschreiben der Bezirksleitung Thüringen an alle Ortsgruppen des RFB vom September 1924 weitere Vorstellungen der Initiatoren. Bei der Vorbereitung zum „großen Auf-

¹¹ *Die Rote Fahne* Nr. 92 v. 10.8.1924 zit. nach StaHB 4,65-1287/14, P. 3212 II. Ang. ‘Zusammenfassende Darstellung über die Rote Frontkämpferbewegung’ v. 23.6.1925.

¹² LAS 301-4546/1.

¹³ *Thür. Volksbl.* Nr. 34 v. 4.9.1924, zit. nach StaHB 4,65-1287/14, P. 3212 II. Ang. ‘Zusammenfassende Darstellung über die Rote Frontkämpferbewegung’ v. 23.6.1925.

marschtag am 7. November in Thüringen“, an dem der Grundstein „für den Internationalen Frontkämpfer-Bund“ gelegt werden sollte, weshalb „bedeutende ausländische proletarische Vertreter“, unter ihnen „der Schwarzmeerrebell Matrose Marty - Frankreich“, eingeladen worden waren, wurde der Tag zu einem großen geschichtlichen Ereignis hochstilisiert:

„Thüringen ist der Ausgangspunkt der RFB Bewegung gewesen, welche jetzt in ein Stadium tritt, wo sie eine Weltbewegung zu werden verspricht.“¹⁴

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden organisatorische Maßnahmen ergriffen (z.B. Riegenbildung), zu denen neben dem Hinweis auf die geplante Bundeszeitung, der Festlegung von Beiträgen und Aufnahmegebühr, die Anschaffung von Marken, Abzeichen, Stempel und einer einheitlichen Kleidung gehörten. Der (mit einem kräftigen ‘Rot Front!’ versehene) Wunsch, „eine aktive und lebendige Bewegung“ zu werden und „an die Arbeit!“ zu gehen, hatte allerdings bereits einen Dämpfer erhalten, da „noch keine Ortsgruppen Plakate für Gründungsversammlungen angefordert“ hatten. Bereits am 20. September verkündeten Seemann und Kakies im Namen der Bundesleitung, daß zwecks Einheitlichkeit Organisationsabzeichen (0,50 RM), Uniformen (Mütze und Bluse) für voraussichtlich 12,- RM (im Oktober korrigiert auf 10,- RM)¹⁵ und Organisationsstempel (3,- RM) über sie zu bestellen seien.¹⁶ Ein zweites Rundschreiben vom 15. Oktober 1924 an die Bezirksleitungen ergänzte die Ausrüstung um Armbinden für 0,50 RM.¹⁷ In einem *Aufruf an alle ehemaligen Frontkämpfer und Jungproletarier* vom 1. Oktober 1924 zogen Seemann und Kakies eine Verbindung von 1918 - 1924 und wandten sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie bzw. das Reichsbanner und dessen vermeintliche Geldgeber und Propaganda:

„So kurze Zeit das RB lebt - um seine wahre Gestalt zu zeigen, lebt es lange genug. In den paar Monaten häufen sich die Feldgottesdienste, die Paraden, Kundgebungen ‘republikanischer’ Generäle und die Überfälle auf Arbeiter und das Zusammenwirken mit der Polizei. Die Geldgeber des RB sind dieselben Leute, die die Hakenkreuzler finanzierten.

Kameraden! Proletarier!

Wenn die Bourgeoisie die proletarischen Frontkämpfer unter der Schwindelparole Schwarz Rot Gold sammeln und ablenken will, dann müssen wir zeigen, wir klassenbewußten proletarischen Frontkämpfer, daß wir die Methoden der Unterdrücker durchschauen, daß wir für uns selbst anwenden wollen, was wir im Dienste des mörderischen Imperialismus lernten: Disziplin u. Organisation [gesp.] Ein

Roter Frontkämpfer-Bund

ist im ganzen Reich im Entstehen. Jeder Proletarier, der im Schützengraben für den Kapitalismus kämpfen mußte, jeder Jungproletarier, der in den Wirtschaftskämpfen der Nachkriegszeit seinen Mann stand - sie alle gehören in den RFB. Sie wollen nicht mehr Opfer sein, nicht mehr Objekte eines Kampfes, der gegen ihre eigenen Interessen geht, sie wollen die Kraft ihres Körpers und Geistes, ihr ganzes Können und Wollen einsetzen für die Interessen des Proletariats für sich selbst.“¹⁸

Das Rundschreiben vom 15. Oktober beschäftigte sich erstmals mit den militärischen Zeremonien des Bundes.¹⁹ Außer Hinweisen auf die ‘Frontkämpfertreffen’ mit anschließender „Bannerweihe“ am 19. Oktober in Braunschweig, am 2. November in Halle und am 9. November in Gotha (hier würde voraussichtlich „der Ehrenvorsitzende des Bezirks, der Genosse Marthy - Frankreich“ die „Weiheansprache halten“) wurden Vorstellungen über den Verlauf derartiger Ver-

¹⁴ SAPMO FBS 310/13144, I 4/2/14, Bl. 218-220.

¹⁵ BL-Rundschr. v. 11.10.1924.

¹⁶ „Wie soll kassiert und abgerechnet werden“, 20.9.1924.

¹⁷ BL-Rundschr. Nr. 2 v. 15.10.1924.

¹⁸ StaHB 4,65-1286/8, Bl. 114f., Pol.B v. 13.12.1924.

¹⁹ BL-Rundschr. Nr. 2 v. 15.10.1924.

anstaltungen erkennbar:

„Wir ersuchen alle Bezirke, soweit es ihnen nur möglich ist, diese Tage durch Aufmarsch auch ihrer Kameraden zu vervollständigen und hierfür die erforderliche Propaganda zu veranstalten. Der rote Aufmarsch der Roten Frontkämpfer muß in allen Gauen des Reiches widerhallen, und darüber hinaus auch das internationale Proletariat auf unsere Bewegung hinweisen und es zur internationalen Zusammenfassung unserer Bewegung aufzufordern. [...]

Frontkämpfertage bitten wir uns rechtzeitig mitzuteilen, um die allgemeine Publizierung damit erwirken zu können.“²⁰

Am 1. November 1924 begann die Bundesleitung, mit Blick auf die ‘Statuten’ eine Organisationsstruktur aufzubauen, die sie in einem ‘Technischen Arbeitsplan’ manifestierte.²¹ Um eine wirksame Förderung des Klassenbewußtseins, „Abwehr nationalistischer militärischer Propaganda“ durch „Pflege des Austausches von Kriegserinnerungen“ und eine Verhinderung neuer imperialistischer Kriege zu beginnen, gelte es, eine „besonders organisierte Aufklärungsarbeit über die Methoden und den Klassencharakter imperialistischer Kriege“ zu leisten. Aus diesem Grund sei die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen vorrangig. Ein ‘Ausschuß für soziale Fragen’ sollte ‘Arbeiter-Richtlinien’ ausarbeiten und die Koordination übernehmen. Als Partner wurden vorrangig die „proletarischen Kriegsbeschädigtenorganisationen“ sowie *Internationaler Bund* und *Reichsbund* genannt.

Als zweite ‘Kommission’ sollte ein ‘Technischer Ausschuß’²² gebildet werden, der den Ortsgruppen Material für ihre Veranstaltungen, insbesondere Abteilungsabende erarbeitet. Inhaltlich wurden zwei Bearbeitungsschwerpunkte gesetzt.

1. „Wie entstanden Gesellschaftsklassen und wodurch unterscheiden sie sich? Was sind die Wege und Ziele der einzelnen Klassen? Warum Klassenkampf und wie muß er durchgeführt werden? [...] Hierfür ist einschlägige Literatur zu beschaffen, geeignete Referenten zu beschaffen usw.“²³

Die Begründung des zweiten Themenschwerpunkts entwickelte sich zu einer geschickten, aber doch durchsichtigen Rechtfertigung militärischer Arbeit innerhalb der Abteilungen:

2. „Als wichtige Spezialaufgabe gesellt sich hierzu die Pflege an Kriegserinnerungen zur Abwehr nationalistischer Propaganda. Zu diesem Zwecke sind besondere Vorträge zu organisieren, möglicherweise auch mit Lichtbildern, und in den anschließenden Diskussionen muß eingehend über Militarismus, Imperialismus usw. gesprochen werden. Die persönlichen Erfahrungen jedes einzelnen Kriegsteilnehmers, besonders in den großen ‘ruhmreichen’ Schlachten des Weltkrieges, bietet ein wechselndes und unerschöpfliches Material hierfür. Von hier ist es dann nur noch ein Schritt, zu den taktischen und strategischen Betrachtungen größeren Stiles, die auch von unseren Kameraden von größter Wichtigkeit [gesp] sind. Zunächst kann man dabei über die Pläne und Methoden unserer abgedankten ‘Heldenführer’ lernen und im Hinblick auf ihre offen betriebene neue Kriegshetze klarer sehen; Weiter aber sind die Grundlehren der Kriegskunst eine Angelegenheit, deren Kenntnis sich kein Klassenkämpfer zu schämen braucht, die vielmehr kein geringerer als Friedrich Engels zu seinen gründlichen Studien machte.

Maßgebend bleibt immer wieder, die Entstehung und Entwicklung imperialistischer Kriege, klar und deutlich aus deren Klassenherrschaft und den wechselnden Interessen der Bourgeoisie abzuleiten. Um die Propaganda hiergegen wirksam führen zu können, ist es nun weiter äußerst nötig, sich dauernd mit den neuesten Errungenschaften der Kriegstechnik bekannt zu machen. Das wahre Wesen des modernen Krieges ganz erfassen und bekämpfen zu können, muß man sich

²⁰ Ebd., S. 5.

²¹ Technischer Arbeitsplan v. 1.11.1924 (BL des RFB Seemann und des RJS F. Nolte).

²² Nach StaHB 4,65-1287/R14, Reichsminister des Innern P. 3212 II.Ang. „Zusammenfassende Darstellung über die Rote Frontkämpferbewegung“ v. 23.6.1925 wurde der ‘Technische Ausschuß’ später ‘Kommission zum Studium der Klassenkämpfe’ genannt.

²³ Technischer Arbeitsplan v. 1.11.1924, S. 1.

über die Anwendung von Tanks, Flugzeugen, Gasen usw. klar sein. Über alle diese Themen müssen Sondervorträge und Diskussionen angesetzt werden, zu denen natürlich in möglichst großem Umfang sachkundige Redner besorgt werden müssen. Ferner muß in möglichst großem Umfang einschlägige Literatur besorgt werden. Hierfür wird die Bundesleitung noch besondere Anweisung und Vorschläge aufarbeiten. Militärtechnische Zeitungen, technische Abhandlungen, Literatur über Truppengattungen und ihre Verwendung über die internationale Kriegsrüstung usw. sind zu beschaffen und geeignete Kameraden zunächst mit ihrer Durcharbeitung zu beauftragen. Dann wird eingehend hierüber diskutiert.“²⁴

Drittens sollte ein ‘Kulturausschuß’ die Arbeit aller Mitglieder des RFB leiten, die „entsprechend ihrer Beschäftigung“ auf andere Organisationen einwirkten. Vorrangig wurde als „wichtiger Faktor des proletarischen Klassenwesens“ die Arbeiter-Sportbewegung genannt, ihr folgten die „verschiedenen kulturellen und künstlerischen Unternehmungen der Arbeiterschaft sowie Arbeiter-Bildungs-Institute, Theatergruppen, Sprechchöre usw.“. In der Arbeiter-Sportbewegung sollte man „darauf hinwirken, daß man dort nicht der Sporthetzerei und dem bürgerlichen Rekordergoismus verfällt, sondern bewußt die körperliche Durchbildung und den sportlichen Wettbewerb zum Instrument des Klassenbewußtsein macht“. Es wurde empfohlen, die Mitglieder des RFB in den Arbeitersportabteilungen speziell zusammenzufassen.

Mitglieder, die an den Arbeiterkulturbestrebungen teilnahmen, sollten dort „energisch gegen die bloße Theaterei und das Überwuchern der Spezialinteressen arbeiten und auch diese Organisationen zu Instrumenten des Klassenkampfes machen“. Die dort „gepflegte Geselligkeit“ dürfe „nicht in ein Kränzchen ausarten, über dem der Proletarier seine historische Aufgabe vergißt“. Sondern hier sei „die Möglichkeit gegeben, in wahrhafter Kollektivität das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu stärken und den gemeinsamen Kampfgedanken zu vertiefen.“

Der „wichtigste Teil“ der Arbeit, der in dem Arbeitsplan an vierter und letzter Stelle aufgeführt war, sei die „Werbung für unsere Organisation selbst“. Dazu bedürfe es „keines besonderen Ausschusses“, jedes Mitglied sei verpflichtet, „diese Aufgabe auf das eifrigste durchführen zu helfen“. Die Agitation und Propaganda sei überall nach den örtlichen Bedürfnissen von den Orts- und Bezirksleitungen zu kontrollieren, die darin „zunächst ihre wichtigste Aufgabe“ zu erblicken hätten.

„Jedes Mittel, das wirksam ist, ist auch gut.“

Die Bundesleitung forderte lediglich von den einzelnen Bezirks- und Ortsgruppenleitungen, „ihre Erfahrungen in der Propaganda der Bundesleitung regelmäßig, längstens alle 14 Tage mitzuteilen“. Das praktisch erprobte Material sollte dann zu einem allgemein brauchbaren Material für die Gesamtorganisation zusammengestellt werden. Besonderer Wert wurde auf die Mitteilung von Propagandamethoden gelegt, „die sich aus den örtlichen Besonderheiten (Landbezirk, Großbetrieb, Hauswerbung, Benutzung verwandter Organisationen, Auftreten in gegnerischen Versammlungen usw.) ergeben“ würden. Aufmunternd hieß es abschließend:

„An die Gewehre! Es gilt den Unverstand und der Trägheit der Masse als erstes Ziel! Von da führt der Marsch weiter.“

Besonders im Kampf gegen die Sozialdemokratie, für den RFB meist in Gestalt des RB, erhielt die Symbolik eine zentrale Funktion. In einer Broschüre gegen die sozialdemokratische Wehrformation hieß es beispielsweise:

„Kampf der Reichsbanner-Führerschaft, den Bourgeois, den Pfaffen und den Militärs nebst ihren sozialdemokratischen Zutreibern!“

²⁴ Ebd., S. 2.

Schluß mit dem schwarz-rot-goldenen Rummel!

Die Fahne der Arbeiter ist rot!

Die Arbeiter müssen sich zusammenschließen zur roten Kampffront: in den Betrieben, in den freien Gewerkschaften (hinaus mit den verräterischen Führern), gegen die faschistischen Verbände und gegen die neue imperialistische Kriegsgefahr, im 'Roten Frontkämpferbund'.

Nur im rücksichtslosen Kampf um die Sicherstellung der Existenz kann das Proletariat Besserstellung seiner Lage erringen! Dieser Kampf muß Machtkampf sein, wie die KPD von jeher lehrt, wofür sie verfolgt wird.

Weg mit allen Verwirrungsmanövern!

Rote Front unter Führung der KPD, der einzigen Arbeiterpartei!“²⁵

Neben der finanziellen Belastung durch die Eintritts- und Mitgliedsbeiträge formierte sich Widerspruch gegen die Uniformierung, die als dem Reichsbanner nachgeahmt empfunden wurde. Zumindest in Bremen (s.o.) und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurde moniert, daß die Kleidung (erdgrauer „Russenkittel mit schmalen Lederriemen und gleichartiger Wallonnenmütze“) seinen Träger „nach außen hin dem Publikum und den behördlichen Organen“ sofort als Mitglied des RFB kenntlich mache.²⁶ Dieser Umstand könnte auch auf der Arbeitsstelle für Unannehmlichkeiten sorgen, die bis zur Entlassung gehen könnten.

„Der Rote Frontkämpfer ist ein Soldat der Roten Klassenfront.“²⁷

Weiterentwicklung durch die Thälmann-Leow-Bundesleitung

Auf der 1. Reichskonferenz am 1. Februar 1925 in Berlin²⁸ wurden 26 Bezirke, der Jungsturm und das ZK von 54 Delegierten vertreten.²⁹ Salzsieder führte den Vorsitz, und der Reichstagsabgeordnete Schneller hielt das politische Referat. Neben den allgemeinen, bei späteren Treffen regelmäßig sich wiederholenden Kampfansagen zu den „reaktionären schwarz-weiß-roten Organisationen“ und zum Reichsbanner sowie den Kriegsvorbereitungen wies Schneller besonders auf das Problem der SPD durch die Barmat-Affäre hin.³⁰ Zum neuen 1. Vorsitzenden wurde Ernst Thälmann und zum 2. Vorsitzenden Willi Leow gewählt.³¹ Beide hatten ihre Positionen bis zum Verbot des RFB im Jahre 1929 inne. Ein Bundesausschuß wurde ihnen zur Seite gestellt, dem vier Delegierte angehörten, die Sachsen, Rheinland und Ruhrgebiet, Wasserkante (der Vertreter kam aus Bremen) und Süddeutschland vertraten.³²

²⁵ StaHB 4,65-1286/ 11.

²⁶ StaHB 4,65-1286, Bl. 112-120/8, Pol.B v. 13.12.1924.

²⁷ RFB Mitgliedsbuch 1925/26, Seite 16.

²⁸ Finker, S. 28, Anm. 54 verweist auf: IML, ZPA, 81/1/1135.

²⁹ Schuster, S. 92f.

³⁰ Ebd.; die Kriegs- und Inflationsgeschäfte der Brüder Barmat waren damals Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Untersuchungen. Persönliche Kontakte sozialdemokratischer Politiker, unter ihnen Ebert und Bauer, mit den Brüdern sorgten für politische Verstrickungen.

³¹ Vgl. Schuster, S. 40; Finker, S. 28; *Ernst Thälmann. Bilder - Dokumente - Texte*, hrsg. v.: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1986.

³² Schuster, S. 93. Nach Finker, S. 95 setzte sich der Bundesausschuß aus der Bundesleitung und den Vertretern der Gauleitungen zusammen.

Im April 1925 versorgte die neue Bundesleitung die Bezirke mit einem ersten ausführlichen 'Bericht des RFB', dem sie „etliche Exemplare“ der 'Richtlinien über Aufgaben und Aufbau des RFB', 'Richtlinien des RJS', 'Rundschreiben über das Verhältnis des RFB zur Partei', den *Entwurf eines Kommando-Reglements* sowie 'Arbeitspläne' und „informativische Anweisungen“ beifügte.

In ihrem Bericht „über die Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit des Rotfrontkämpferbundes“ ging die Bundesleitung einleitend von einer Gründung als Reaktion auf jene der „schwarz-rot-gelben Frontkämpferorganisation“ aus.³³ Der seltene Verzicht auf den Spontani-täts-Mythos war notwendig geworden, um die „Unentschlossenheit und Unklarheit in den führenden Parteikreisen in den Bezirken“ für die folgende schwere „Hemmung der Entwicklung des RFB“ verantwortlich machen zu können. Daß der RFB ohne „jeden großzügig angelegten Organisations- oder Gründungsplan entstand“, habe an dem Fehlen der starken Hand und des klaren Kopfes gelegen, die im Zusammenspiel in der Lage seien, „eine solche Massenorganisation von vornherein mit großer Initiative und richtiger Sachkenntnis aufzubauen und in die richtige Bahn zu leiten.“³⁴ Die Bedenken von „verschiedenen führenden Parteimitgliedern“, daß die Gründung des RFB zu einer „Schwächung der Agitations- und Werbekraft der Partei“ führen würde, hätten sich als falsch herausgestellt. Das habe die erfolgreiche Kampagne anläßlich der Gründung der ersten Ortsgruppe in Halle am 29. Juli 1924 bewiesen. Der Erfolg wurde dabei mit Hilfe der Farbsymbolik beschrieben und mit der Wirkung der musikalischen Begleitung erklärt. Außerdem wurde die Bedeutung der Straße als zentrales Terrain der Propaganda und indirekt deren optische und somit machtpolitische Beherrschung als Forderung erhoben:

„Auf der ersten Gründungsversammlung ließen sich sofort 600 Arbeiter als Mitglieder in den RFB aufnehmen. Eine weitere, großzügig angelegte Werbekampagne im Bezirk Halle schaffte innerhalb 6 Wochen in fast allen größeren Städten des Bezirks Ortsgruppen des RFB. Bei Abschluß einer Werbewoche in Halle demonstrierten am 2. November 1924 mehr als 6.000 Teilnehmer mit den Rotfrontkämpfern. Die Kameraden in Halle hatten ihren Erfolg der Tatsache zuzuschreiben, daß sie mit einem wohlüberlegten Arbeitsplan und systematisch an die Durcharbeitung des Bezirks herangingen. Das rapide Wachsen des RFB in Halle veränderte bald zusehends das Straßenbild der Stadt. Während noch im August die Schwarz-Weiß-Roten die Straßen beherrschten, stand Halle bereits im November 1924 im Zeichen des RFB. Der unter großem Opfermut der Hallenser Arbeiter geschaffene Spielmannszug des RFB hatte schnell das schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-gelbe Gespenst aus den Mauern Halles herausgetrommelt.“³⁵

Das Unverständnis gegenüber der Einheitsfronttaktik würde aus „verschiedenartigen Tendenzen und Strömungen innerhalb des Bundes“ resultieren, die beispielhaft anhand von Elementen der Agitation aufgezeigt wurden:

„In Chemnitz haben die Kameraden des RFB die Ausbildung eines Mitgliedes als Tambour mit der Begründung abgelehnt, daß der Betreffende Sozialdemokrat sei. Im anderen Falle beteiligten sich in Rostock die Spielleute des RFB an einem Umzug des Reichsbanners.

In Neumünster haben unsere Mitglieder 60 Kameraden, die sämtlich Mitglieder der SPD waren, ausgeschlossen, weil sie anschließend an eine Veranstaltung des RFB ein Tanzkränzchen arrangierten.

In Mecklenburg dagegen veranstaltete eine Ortsgruppe anschließend an eine Gedächtniskundgebung für Rosa Luxemburg ein Tanzkränzchen.

In Westsachsen hat die Bezirksleitung der KPD die Gründung von Ortsgruppen verboten,

³³ *Bericht des RFB*, April 1925, S. 1.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd.

weil die Partei in verschiedenen Orten noch nicht genügend gefestigt wäre.“³⁶

Die oben angesprochene Problematik einer Behandlung von ‘Tanzkränzchen’ ging bereits in eine inhaltliche Diskussion zur Fest- und Agitationsgestaltung ein, ohne jedoch weiter problematisiert zu werden. Anders verhielt es sich mit den militärischen Formen, die ausdrücklich positiv beurteilt und von der Bundesleitung zunehmend in ein Strategiekonzept eingefafßt wurden:

„Der RFB hat dadurch, daß er an die immerhin in Fleisch und Blut übergegangene Tradition des militärischen Wesens anknüpfte, und durch Hervorkehrung seines Klassenkampfcharakters die Sympathien der Massen erworben.“³⁷

Die Massenwirksamkeit einheitlicher Aufmärsche wurde auch in dem o.a. *Entwurf zu einem Kommando-Reglement* hervorgehoben und mit einer Erfahrung begründet, die gelehrt habe, „dass geordnete, eindrucksvolle Aufmärsche grösserer Massen von Kameraden nur möglich sind, wenn ein einheitliches Kommandosystem in allen Abteilungen durchgeführt wird.“ Dieses müßte in jeder Abteilung geübt und von „jedem Kamerad“ beherrscht werden. „Wo bisher uneinheitlich andere Kommandos gebraucht wurden, sind diese abzuschaffen und die vorliegenden zu üben.“³⁸ Die Nutzung militärischer Formen wurde zusätzlich mit der Begründung legitimiert, daß der RFB „als revolutionäre Frontkämpferorganisation wohl die guten technischen Dinge des Militarismus übernehmen“ könne, solange er „sie seinen Zwecken dienstbar“ mache.³⁹ Das Kommando-Reglement wurde somit zum markantesten Zeichen der Übernahme des preußischen Militarismus, die in diesem Fall fast hundertprozentig war - es gab lediglich eine Ausnahme:

„Er darf aber nicht den alten Gruß des Militärs übernehmen, der ein Zeichen des Kadaver-Gehorsams des bürgerlichen Kastengeistes bedeutet. Wir schlagen folgenden Gruß vor, der mit den längst anerkannten Worten ‘Rot Front’ zugleich das Symbol unseres Bundes, die geballte Faust des klassenbewußten Arbeiters, in Erscheinung bringt. Begegnen sich Kameraden in Uniform oder mit Abzeichen, so begrüßen sie sich mit ‘Rot Front!’ und schnellem Heben des rechten Unterarmes mit geballter Faust in senkrechter Stellung. Im geschlossenen Zuge grüßen nur die Führer durch Faustheben.“⁴⁰ „Die übrigen Kameraden nehmen straffe Haltung an und wenden den Kopf nach der Grußseite.“⁴¹

Eine klar konzipierte Agitationsplanung existierte auch zu jenem Zeitpunkt (April - Juli 1925) noch nicht. Außer den Darstellungen in den Grundsatzpapieren blieb die Bundesleitung bei Anordnungen zum äußeren Erscheinungsbild (Kleidung, Abzeichen usw.) und beispielhaften Darstellungen. Im Arbeitsplan für Juni-August, der erst auf den 15. des Anfangsmonat dieses Quartals datiert war, stellte sie zwar „mit Zufriedenheit“ fest, „daß die Mehrzahl der Gaue die Anweisungen der Bundesleitung“ befolgten, den besonderen Verhältnissen und der Struktur des Gaues entsprechend, selbständig die für den Aufbau und die Entwicklung notwendigen Maßnahmen zu treffen“.⁴² Sie warnte lediglich davor, „Raubbau mit den Kräften“ zu treiben und riet, in „besonderen Verhältnissen und Situationen durch eigene Initiative die Lage für den RFB auszunutzen“:

„Jede Gauleitung muß auf besondere, für den Gau aktuelle Fragen und Ereignisse schnell reagieren und die größte Beweglichkeit entwickeln. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß die Gauleitungen die materiellen und finanziellen Kräfte der Mitglieder nicht überspannen dürfen,

³⁶ Ebd., S. 3.

³⁷ Ebd., S. 4.

³⁸ Entwurf zu einem Kommandoreglement, ca. April 1925.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Kommando-Reglement [gedruckte Fassung].

⁴² Arbeitsplan für Juni-August 1925 v. 15.6.1925.

da das später eine Müdigkeit auslöst. Die Gauleitungen dürfen daher keinen Raubbau mit den Kräften treiben. Die Bundesleitung hält sich verpflichtet, auch auf derartige Tatsachen hinzuweisen, weil wir in dem Arbeitsplan eines Gaues feststellen mußten, daß die Mitglieder an 7 Sonntagen in 2 Monaten für Demonstrationen und Rote Tage festgelegt wurden, was des guten reichlich zu viel ist.“⁴³

Beispielhaft als „sehr gute Arbeit für die Verbreiterung der Roten Front“ nannte der ‘Bericht des RFB’ folgerichtig die Tätigkeit „in den einzelnen Bezirken“ anlässlich von „Kommunalwahlen und sonstigen wichtigen Anlässen“, bei denen „die Mitglieder des RFB die Arbeiter der Stadt mitunter früh um 5 Uhr schon durch das Wecken der Spielmannszüge mobilisiert haben“. Im April 1925 hob die Bundesleitung anlässlich des ersten Wahlganges der Präsidentenwahl hervor, daß Thälmann „überall in allen Orten begeistert von den Rotfrontkämpfern schon am Bahnhof empfangen wurde“.⁴⁴ Dieser Vorgang des An- und Abmarsches von Bahnhöfen sollte in der Folge zu einem wichtigen Bestandteil der Demonstrationspraxis werden. Außerdem sei „sehr gute Arbeit“ durch „Veranstaltung von Roten Frontkämpfertagen“ geleistet worden. Die ‘Roten Frontkämpfertage’, deren Kurzform ‘Rote Tage’ später zum geflügelten Propagandawort wurde, hatten anfänglich entsprechend der allgemeinen RFB-Politik i.d.R. den Charakter einer Gegenveranstaltung gegen das RB, insbesondere anlässlich deren Feiern zum einjährigen Bestehen am 21. Februar 1925 (s. Kap. 3.2.2.1). Der ‘Farbzusatz’ Rot sollte die andere Richtung anzeigen (s. Kap. 3.3.2.1.1), wie sich auch in dem hoffnungsfrohen Resümee dieses Abschnitts im ‘Bericht’ aus dem April 1925 erkennen läßt:

„Das viel stärker ausgeprägte Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen in die eigene Kraft, die viel größere Aktivität und die außerordentlich gut aufgezugene Propaganda für die rote Fahne und die rote Klassenfront des Roten Frontkämpferbundes fängt an, die proletarischen Mitglieder von den schwarz-rot-gelben Fahnen loszulösen.“⁴⁵

Die Bundesleitung bemängelte neben dem Fehlen geeigneter Mitarbeiter für die Zeitung des Bundes, *Die Rote Front*, daß es für „die ideologische Schulung und Festigung der Mitglieder des RFB an intellektuellen Kräften fehlt“, die „durch Aufstellung von Rednerkursen, Referentmaterial und sonstigen literarischen Beiträgen“ unterstützend wirken könnten.

Eine herausragende Bedeutung kam zunehmend den Fahnen und Fahnenweihen zu (s.u.). Eine Steigerung wurde erzielt, wenn es sich um eine russische Fahne handelte. So muß der Wunsch vieler Bezirke, Fahnen „unserer russischen Brüder“ als „Beweis der Solidarität und der Zusammengehörigkeit“ zu bekommen, außer in einem militärischen Zusammenhang in dieser besonderen Konstellation gesehen werden. Die Angelegenheit wurde daher zum Thema der Bundesleitung, die durch eine zentrale Planung und Vergabe dem Anliegen der Bezirke

**Rüstet zum 1. Berliner Roten Frontkämpfertag
am 21. Mai im Berlin-Lichtenberger Stadion.**

P r o g r a m m :

Empfang und Begrüßung der auswärtigen Kameraden / Umzug
durch die Stadt / Ubergabe der von russischen Arbeitern dem
RFB gestifteten Fahne / Ansprache des 1. Bundesvorsitzenden /
Musterabteilung des RFB und Jung-Spartakus / Massenauf-
märsche / Massengelände des Berliner Arbeiterjugendchores /
Wirtwirtung zahlreicher auswärtiger Spielmannszüge

Auf zur Beteiligung

am 1. Berliner Roten Frontkämpfertag am 21. Mai

Mit Rot Front!

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg

Oskar Wärtlisch

Anfragen wegen Quartierbeschaffung und sonstiger, mit dieser Veranstaltung zusammen-
hängender Fragen sind an den Kameraden Oskar Wärtlisch, Berlin, Trautskircher Allee 283
zu richten.

Abb. 1 *Die Rote Front* Nr. 4 v. 20.4.1925.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ BL-Rundschr. Nr. 3 v. 3.4.1925.

⁴⁵ *Bericht des RFB*, April 1925, S. 4.

entsprechen wollte. Den somit als „sehr zweckmäßig und aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft“ empfundenen Akt, „wenn aus verschiedenen Gebieten Rußlands Arbeiter aus den Betrieben und Fabriken“ Fahnen übersenden, wollte die Leitung nutzen und zur internen Leistungsshow hochstilisieren:

„Die Verteilung der Fahnen würden wir als Bundesleitung so vornehmen, daß wir die Bezirke, die am besten arbeiten, zuerst bevorzugen würden.“⁴⁶

Die beiden wichtigsten Agitationselemente der Anfangsphase, Aufmarsch und Fahnen- oder Bannerweihe faßte die BL am 21. Mai 1925 zusammen um den „1. Berliner Roten Frontkämpfertag“ zu begehen. Dieses I. Reichstreffen, das der 2. Reichskonferenz vorangestellt war und somit eher einer Vorveranstaltung glich, hatte neben Empfang und Begrüßung der auswärtigen Kameraden, dem Umzug durch die Stadt, „Massenaufmärschen“ in den Bezirken und der

Ansprache des 1. Bundesvorsitzenden vor allen Dingen die Fahnenweihe im Mittelpunkt gestellt. Letztere war die erste Fahne, die die „Moskauer Arbeiterschaft“ als „Beweis der Freundschaft und Zusammengehörigkeit mit der Deutschen Arbeiterschaft“ gestiftet hatten und wurde von der BL als Bundesfahne geweiht.⁴⁷ Darüber hinaus war außer der Herausstellung einer „Musterabteilung des RFB. und Jung-Spartakus“ der Massengesang des Berliner Arbeitersängerchors und eine ungenannte Zahl „auswärtiger Spielmannszüge“ angekündigt worden.

Die Propagierung der Bannerweihe mit Fahnenmaterial russischen Ursprungs hatte Folgen. Am 5. September 1925 teilte die Bundesleitungen den Gauleitungen in einem Rundschreiben „Betr. Russische Fahnen“ über eine Beschwerde „von der deutschen Delegation in Moskau“ mit, daß Gaue, die

eine russische Fahne „von Arbeitern der Großbetriebe usw.“ erhalten hatten, „keinerlei Berichte über die Übergabe an die betr. Stelle weitergeleitet“ hatten. Beispielhaft erwähnt wurde Bielefeld. Die Bundesleitung forderte daher auf: „Schilderung des feierlichen Aktes usw. muß unbedingt geschehen“. Wichtig sei:

1. Wie die Fahnenweihe aufgezogen wurde,
2. wie die Beteiligung der Gesamtarbeiterschaft war,
3. historische Schilderung der Verhältnisse und Bewegung Bielefelds (Bielefelder Abkommen, Hochburg Severings, Stellung des Reichsbanners, Einfluß des RFB usw.)

Falls Photographie Aufnahmen v.d. Fahnenweihe gemacht wurden, uns auch die Bilder zusenden.“⁴⁸

Zu den „ganz besonderen Sorgen“, die den Bund bis zum Verbot begleiten sollten, gehörten

⁴⁶ Ebd., S. 5.

⁴⁷ „Zusammenfassende Darstellung über die Rote Fronkämpferbewegung“, 5. Die Rote Frontkämpferbundbewegung und Rußland, v. 23.6.1925. StaHB 4,65-1287/B14, Reichsminister des Innern P. 3212 II.Ang.

⁴⁸ SAPMO 310/13143, I 4/2/11, Bl. 64-66.



Abb. 2 HVZ v. 8.5.1925 (Titelseite)

die Finanzen. In diesem frühen Stadium der Organisation (April 1925) waren sie außer durch mangelhafte Abrechnung gerade durch die Propaganda aufgebraucht. So hätten die Bezirke „bis jetzt alle der Bundesleitung gehörenden Gelder für Anschaffung von Musikkapellen oder Uniformen verausgabt“.⁴⁹

Die von der BL ebenfalls im April 1925 herausgegebenen neuen *Richtlinien über Bedeutung, Aufgaben und Aufbau des RFB* waren in fünf Bereiche untergliedert.⁵⁰ Den allgemeinen Angaben folgten:

Aufgaben des RFB,

Aufbau des RFB,

Funktionäre,

Aufgaben der Funktionäre.



Abb. 3 Thälmann spricht im Lichtenberg Stadion anlässlich des 1. Reichstreffens am 21./22. Mai 1925.

3.1.2

Abschließend waren noch kurze Bestimmungen zum RJS, zu den Frauen, über Beiträge, Presse, Uniformierung und die Abzeichen angefügt. Die Lücken des ersten Arbeitsplans waren zwar weitgehend geschlossen worden, doch eine klare Ordnung war, besonders durch die Anfangs- und Schlußbestimmungen, nur bedingt erkennbar. Die Richtlinien ließen weiterhin demokratische Grundregeln vermissen. Verschwommen blieb u.a. die Funktion der Reichskonferenz, die als „höchste Instanz“ bezeichnet wurde, deren einzige Kompetenz aber gewesen zu sein scheint, die Bundesleitung „durch Beschluß“ zu wählen. Die Bundesleitung dagegen wurde als „ausführendes, bestimmendes und verantwortliches Organ des Bundes“ bezeichnet, in deren Machtbereich es auch lag, Orts- und Bezirksleitungen „bei besonderen Anlässen sofort durch Beschluß der Bundesleitung“ abzuwählen.⁵¹ Möglichkeiten des Widerspruchs scheint es nicht gegeben zu haben. In beiden Gremien waren die Vertreter der KPD unter sich, lediglich auf der unteren Funktionärsstufe befanden sich ca. 50 Prozent Parteiloze.⁵² Zumindest intern wurde auch kaum der Versuch gemacht, das zu verschleiern. Der Untergauleiter Bartels aus Kiel berichtete beispielsweise am 11. Dezember 1927 in Flensburg unmißverständlich, daß „die politische Leitung des RFB [...] in den Händen der KPD“ liege.⁵³

⁴⁹ *Bericht des RFB*, April 1925, S. 6.

⁵⁰ StaHB, 4,65-1286, Bl. 224-226, die polizeiliche Abschrift entstammte dem Schreiben des bremischen Amts Bremerhaven G 26/25 vom 22.4.1925 mit dem Bremer Az. 1153/25 geh. vom 24.4.1925; ebenfalls in LAS 301-4546; Schuster, S. 93 gibt als Quelle an StaHB 4,65-1245 Bl. 166ff., Anl. zu RKo Inl. Nr. 111 und datiert die Richtlinien fälschlicherweise auf den 25.4.1925.

⁵¹ Vgl. auch Schuster, S. 93ff.

⁵² Vgl. Finker, S. 82, Anm.50/51, der auf IML, ZPA, 81/1274 verweist; LAS 301-4546/A7, RKo. I.Nr. 1126/25 II., Berlin, 2.2.1925 verweist auf ein Schreiben der Zentrale der KPD an die Bezirksleitung Wasserkante, das einen „untrüglichen Beweis für das enge Zusammenarbeiten zwischen R.F.B. und M.-Leitung einerseits, sowie dem O.D. andererseits“ liefere: „Durch die Bildung des Ressorts 40 bei der Reichszentrale der K.P.D. und dadurch, dass der Leiter der Zentral-Agitprop (Engel, Max) gleichzeitig im Ressort 40 in der Leitung des R.F.B., sowie im Ressort 20 der Reichs-M-Leitung tätig ist, hat die Zentrale der KPD für die engste Verbindung der Kampfformationen bei der Reichszentrale Sorge getragen. Aus dem beiliegenden Rundschreiben geht hervor, dass der R.F.B. als 'aktive Kampftruppe' im Bedarfsfälle der M-Leitung unterstellt wird und dann ausschliesslich die O.D.-Leitung, unterstützt von 'bewährten' O.D.-Funktionären, für die Betätigung des R.F.B. verantwortlich ist.“

⁵³ LAS 301-4548 und LAS 309-22703/R15.

Während die Gliederung des Bundes nach den Richtlinien vom April 1925 gleich blieb, wurde die Gruppe als kleinste Einheit quantitativ, als „aus acht Mann und einem Gruppenführer“ (Aufbau 1c) bestehend, spezifiziert.⁵⁴ Darüber hinaus wurde u.a. auch das Einsetzungsverfahren der Funktionäre geregelt, so wurde der Gruppenführer „von der Gruppe vorgeschlagen und vom Zugführer bestätigt“, der Zugführer durch die Gruppenführer „vorgeschlagen und vom Abteilungs-Leiter bestätigt“, ebenso die Abteilungsführer. Gewählt wurden die Orts-, Unterbezirks- und Bezirksleitung, die aber von der Bundesleitung bestätigt werden mußten. Die Aufgaben der Funktionäre gingen autoritativ von der BL über die Bezirksleitungen, den Zug- und Abteilungsführer zu den Gruppenführern, die jeweils dafür „Sorge zu tragen“ hatten, daß die Instruktionen bei den jeweiligen Adressaten der unteren Stellen ankommen.

Die Rubrik „Aufgaben der Funktionäre“ ist ebenfalls aufschlußreich für die propagandistischen Vorstellungen. Während dem Gruppenführer neben der „Durchführung der gesamten Arbeit“ vor allem die „Disziplin innerhalb der Gruppe“ angetragen wurde, waren die Ortsleitungen dafür verantwortlich:

„aus eigener Initiative für den Ort notwendige und im Interesse der Arbeiterschaft liegende Maßnahmen im Einverständnis der Bezirksleitung an[zu]ordnen.

Darüber hinaus aber haben die Ortsleitungen durch Abhalten von Abteilungsabenden, Kursen, Veranstaltungen von Treffen und Ausflügen das Interesse für den RFB bei der Bevölkerung zu wecken und für die Verlebendigung der Bewegung zu sorgen.“⁵⁵

Die Bezirksleitung mußte,

„um auf die Bevölkerung des Bezirks einzuwirken, im Unterbezirks- oder Bezirksmaßstabe Massendemonstrationen oder Rote Frontkämpfertage und dergl. veranstalten. Diese Veranstaltungen müssen durch gute Vorbereitungen nach Fühlungnahme mit den sympathisierenden Arbeiterorganisationen zur Angelegenheit der gesamten Bevölkerung gemacht werden. Die Bundesleitung muß zwecks Unterstützung derartiger Veranstaltungen rechtzeitig unterrichtet werden. Die Bezirksleitungen haben die Bundesleitung über alle Ereignisse zu unterrichten und sind verpflichtet, bis spätestens 15. eines jeden Monats einen Arbeitsplan für den kommenden Monat der Bundesleitung vorzulegen.“⁵⁶

Die *Richtlinien* der Thälmann-Leow-Leitung spezifizierten und verdeutlichten das Selbstverständnis des Bundes.⁵⁷ So wurde aus der ‘Pflege’ des ‘Klassenbewußtseins’ aus Paragraph 3 die „Schulung und Erziehung der gesamten Mitgliedschaft“ im 3. Absatz, und das Klassenbewußtsein bekam das Attribut ‘proletarisch’ vorangestellt. Während die „Abwehr und Verhinderung neuer imperialistischer Kriege“ weiter Bestand hatte, erhielt der ‘Zweck des Bundes’ eine zusätzliche aktuelle Aufgabenstellung mit der „Abwehr aller reaktionären Maßnahmen, die gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind, wie z.B. Arbeitsdienstpflichtgesetz usw.“ Außer einigen organisatorischen Festlegungen wurde die besondere Symbolik der Farbe ‘Rot’ als „die historische Farbe des internationalen Klassenkampfes und der internationalen Solidarität“ definiert. Aus dieser Überlegung resultierten neben der Namengebung ‘Roter’ Frontkämpferbund auch „die Fahnen und Farben“ des RFB. Während ‘Schulung und Erziehung’ als Zweck bezeichnet worden waren, wurde im zweiten Teil die „Pflege und Stärkung des Klassenbewußtseins“ als eine der „Hauptaufgaben“ des RFB eingeführt. Diese vermutlich als intellektuelle Mangelercheinung deutlich werdende Unklarheit von Bezeichnungen und Strukturierung scheint einer der Gründe für die zunehmende Häufung von Attributen wie ‘proletarisch’, ‘revolutionär’ und für die massive

⁵⁴ Vgl. Schuster, S. 93f.

⁵⁵ (Neue) Richtlinien des RFB, April 1925.

⁵⁶ Ebd., „Aufgaben der Funktionäre“, 4. Die Bezirksleitungen.

⁵⁷ (Neue) Richtlinien des RFB, April 1925.

Benutzung symbolischer Ausdrucksformen zu sein, ein Phänomen, das sich auch in der späteren Überschwemmung von Materialien oder der Bildung von Kommissionen wiederfindet.

Der zweite Absatz definierte die zweite wichtige Aufgabe des RFB mit der „Aufklärung über die neuen Methoden zukünftiger imperialistischer Kriege“ und die eigenen Bestrebungen zur „Erziehung der Mitgliedschaft zur Abwehr neuer imperialistischer Kriege“, ergänzt um die „Abwehr aller Versuche, der Arbeiterschaft unter anderen Formen eine neue Art der Militarisierung aufzuzwingen“.

Die Absätze drei bis acht offenbaren neben der Unklarheit im Verständnis der ‘Politik der Einheitsfront’ die zunehmende Bedeutung politischer Symbolik und eine Vernetzung der Begriffe in einem wahren Labyrinth von Ausdrücken. So wurde der RFB nicht nur dem Dogma gemäß „Selbstschutzorganisation“ bezeichnet, sondern diese zusätzlich als eine „proletarische“, die „alle proletarischen Organisationen und Parteien“ zu schützen hatte (3).⁵⁸ Den Mitgliedern des RFB wurde auferlegt, „immer wieder an die proletarischen Kameraden des RBs“ heranzutreten, „um sie für die Beteiligung an den Demonstrationen des RFB gegen schwarz-weiß-rot (Stahlhelm usw.) zu gewinnen“ (4). Die anderen, jene gegen die zu kämpfen sei, waren außerdem noch „schwarz-rot-gelb“ und verkörperten die Reaktion, die wiederum über „Kapitalistische Gärten“ verfügte (3). Organisationen, die nicht nur „proletarisch“ waren, sondern zusätzlich „a.d. Boden des Klassenkampfes“ standen, sollte „im Orts- wie Reichsmaßstab ein Kartellverhältnis“ hergestellt werden, „um arbeiterfeindliche Bestrebungen abzuwehren“ (5):

„5. Zu diesem Zweck kann sich der RFB auch an Veranstaltungen anderer proletarischer Organisationen unter Wahrung seines Charakters beteiligen. Die Beteiligung des RFB bei derartigen Veranstaltungen darf nur unter Mitnahme der roten Bundesfahnen erfolgen, ebenso ist jedes Mitglied verpflichtet, das Bundesabzeichen zu tragen. Dem Vertreter des Bundes muß bei derartigen Veranstaltungen die Möglichkeit gegeben werden, den Charakter und die Bedeutung des RFB für die gesamte Arbeiterschaft zu betonen.

7. Der RFB darf keine besonderen Nebenorganisationen, die als Konkurrenzunternehmen gegen schon bestehende Arbeiter- Turn- Sport- und Gesangsvereine ausgelegt werden können, gründen. Besondere Samariterabteilungen dürfen im RFB nicht bestehen. Ist die Inanspruchnahme von Samaritern bei Märschen, Demonstrationen und sonstigen Kundgebungen notwendig, so hat sich die Ortsgruppe des RFB an die im Ort schon bestehenden Arbeiter Samariter Organisationen zu wenden. In Orten, wo keine Arbeiter Samariter Abteilungen bestehen, ebenso in Orten, wo sich die Arbeiter Samariter nicht zur Verfügung stellen, sind Ausnahmen zulässig.

8. Eine Beteiligung bei Veranstaltungen anderer Organisationen und Parteien, die einem dem RFB feindlichen Verband angehören oder ihn unterstützen, ist für die gesamten Mitglieder des RFB verboten.“⁵⁹

Die Richtlinien des Roten Jungsturm, in den anfänglich auch „Mädels“ aufgenommen werden durften, hielten für die „Propagandaarbeit unter der Jugend“ neben „den gemeinschaftlichen Kundgebungen mit dem RFB auch eigene Jugendkundgebungen“ für erforderlich.⁶⁰ „Eigene öffentliche Versammlungen“ sollte der RJS jedoch „nur nach Rücksprache mit der in Frage kommenden RFB-Leitung“ unternehmen. Die erste größere Veranstaltung, zu der alle Abteilungen des RJS verpflichtet wurden, „sich an den Kundgebungen der Kommunistischen Jugend zu beteiligen“, war der *Internationale Jugendtag* am 6. September 1925.⁶¹

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ LAS 301-4546/5.

⁶¹ Arbeitsplan v. 5.9.1925.

Nicht nur disziplinierenden Charakter hatte das Mitgliedsbuch des RFB, das wahrscheinlich am Anfang der Entwicklung, spätestens aber im April 1925 eingeführt wurde. Das 18 Seiten umfassende Heft war mit den Insignien des Bundes versehen: die geballte Faust in einem Kreis, um den herum *ROTER FRONTKÄMPFER BUND* stand, darüber war noch einmal der Name mit dem Zusatz 'e.V.' abgebildet.⁶² Für den organisatorischen Bereich waren die Seiten 1, 2, 6 bis 13 bedeutsam. Seite 1 war für die internen Angaben (Name, Straße, Ortsgruppe, Abteilung, Gau, Mitgliedsnummer und Unterschrift), Seite 2 für die Personalangaben (Name, Geburtsdatum, Beruf, Aufnahmedatum, politische und gewerkschaftliche Organisation, Truppengattung, Dienstgrad, Kriegsbeschädigung und Funktion in RFB oder RJ - von der Ortsgruppe beglaubigt) vorgesehen. Die Seiten 6-11 dienten zum Einkleben der monatlichen Mitgliedsmarken (Januar - Dezember) und die Seiten 12 und 13 für Beglaubigungen für die „Teilnahme an besonderen Veranstaltungen“ (Reichstreffen, Gautreffen, *Rote Tage*, Landpropaganda etc.), und auf Seite 14 sollte die Anmeldung in anderen Orten vermerkt werden.

Neben einem „Auszug aus den Bundessatzungen“ (S. 3-5), dem „Fahneneid des roten Frontkämpferbundes“ (S. 15, s. auch Kap. 3.3.2.2.3) und Karl Liebknechts „Sie beugen uns nicht!“ (Umschlagseite innen/vorn) waren als moralische Erinnerungen die „Grundregeln des RFB-Kameraden“ (S. 16) abgedruckt:

„Der Rote Frontkämpfer ist ein proletarischer Klassenkämpfer!

Was heisst das?

Er steht überall dort mit seiner ganzen Person in vorderster Kampflinie, wo es die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen gilt.

Der Rote Frontkämpfer ist Soldat des proletarischen Klassenkampfes!

Was heisst das?

Er bricht seine Verbindungen mit allen bürgerlichen Organisationen und Vereinen und fördert die Bestrebungen aller Organisationen, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen (revol. Arbeiterpartei, freie Gewerkschaften, Arbeitergenossenschaften und Arbeitersportvereine).

Roter Frontkämpfer ist ein Soldat der Roten Klassenfront!

Was heisst das?

Er muss immer so handeln, dass durch sein Verhalten das Ansehen der Roten Klassenfront nicht geschädigt oder geschwächt wird. Er spielt nicht, betrinkt sich nicht, stiehlt seinen Körper ist diszipliniert. Er ist Arbeitern und Unterdrückten ein stets hilfreicher Freund und allen Bedrückern und Klassengegnern unversöhnlicher Feind.

Der Rote Frontkämpfer bricht jede Gemeinschaft mit Verrätern proletarischer Klasseninteressen!

Was heisst das?



Abb. 4 RFB-Mitgliedsbuch⁶²

⁶² *Roter Frontkämpferbund 1924-1929*, Katalog, Armeemuseum der DDR, Dresden 1984, 5.3., S. 63.

⁶³ LAS 301-4546/8+10.

Jeder, der bewusst proletarische Klasseninteressen materiell oder politisch schädigt, scheidet als Schädling aus den Reihen der Roten Front. Es ist der grösste Schimpf, der einen Proletarier treffen kann.

Wir Roten Frontkämpfer schmieden mit eiserner Faust die proletarische Einheitsfront gegen imperialistischen Krieg und Reaktion.

Den Arbeitern und Unterdrückten
die Hand zum gemeinsamen Kampf.
Den Ausbeutern und Blutsaugern die Faust
als Zeichen des unversöhnlichen Kampfes!“⁶⁴

Dieser Mischung aus soldatischen und pfadfinderischen Wertvorstellungen folgt auf der letzten Seite nach der Vorstellung der „Elementarbücher für den roten Frontkämpfer“ abschließend der Vers ‘bester wilhelminischer Opferbereitschaft’:

„Was du auch tust, Nie tust du genug
Für Deine Sache im Werben.
Sei Kämpfer mit jedem Atemzug,
Bereit zu Leben und Sterben!“

Die 2. Reichskonferenz wählte im Mai 1925 in Berlin auf Vorschlag der BL neben Thälmann und Leow Richter (Halle), Sahnwald (Königsberg) und Dunder (Düsseldorf) in das Präsidium.⁶⁵ In seinem politischen Referat betonte Thälmann den Beginn der Phase der sogenannten „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“, die er mit einem Bild aus der Natur umschrieb: „Wir stehen zwischen zwei Wellen der Revolution in einer Zeit der Ebbe und wissen nicht, wann die Flut kommt.“⁶⁶ Die Vorbereitung auf die zweite Welle sollte zur Schulung der Kameraden und Festigung der Organisation genutzt werden.⁶⁷ Leow, der den Bericht der BL erstattete, wunderte sich über Unklarheiten und Reibungen in einigen Ortsgruppen und drohte, die BL würde „stark genug“ sein, dort „einzugreifen“.⁶⁸

Vier Anträge Thüringens sorgten für organisatorische Klarheit. Die angenommenen Anträge 6 und 8 regelten das Wahlverfahren für die BL. So hieß es nun: „Die Bundesleitung wird von der Reichskonferenz gewählt“. Ergänzt um die Ziffer 8 („Die Reichskonferenz setzt sich aus den Vertretern der Bezirke zusammen. Auf je 1000 Mitglieder entfällt ein Delegierter.“⁶⁹) wurde eine repräsentative Wahl nach der Stärke der Bezirke eingeführt. Eine Demokratisierung scheiterte allerdings an der Ablehnung der beiden anderen diesbezüglichen Anträge Thüringens, nach denen zum einen die Ortsleitung durch „den Funktionärkörper des Ortes der Mitgliederversammlung vorgeschlagen und durch die Versammlung gewählt“⁷⁰ werden sollte. Der Antrag hätte den Ortsgruppen eine größere Unabhängigkeit gebracht. Der zweite Antrag dieser Art (Nr. 7) wollte die Passage, nach der Orts- und Bezirksleitungen bei „besonderen Anlässen sofort durch Beschluß der Bundesleitung abberufen werden“ konnten, liberalisieren und durch die folgende Bestimmung ersetzen:

„Die Bezirksleitungen können bei besonderen Anlässen auf Veranlassung der Bundesleitung durch Beschluß der Bezirkskonferenz abberufen werden.“⁷¹

⁶⁴ RFB Mitgliedsbuch 1925/26.

⁶⁵ Vgl. Finker, S. 35 u. 40ff.

⁶⁶ Zit. nach Schuster, S. 95.

⁶⁷ Für Finker, S. 43 war zu diesem Zeitpunkt die Periode der Herausbildung und Konsolidierung des RFB abgeschlossen.

⁶⁸ Zit. nach Schuster, S. 95.

⁶⁹ Zit. nach ebd., S. 96.

⁷⁰ Antrag 5, zitiert nach ebd.

⁷¹ Zit. nach Schuster, S. 96; ders., S. 97 berichtet von anderen Anträgen zur Demokratisierung auf der 3. Reichskon-

In der Folgezeit versuchte die Bundesleitung die Aktionen durch Rundschreiben und Arbeitspläne zu koordinieren und zu leiten. Die Arbeitspläne, die anfänglich mit den Namen der beiden Vorsitzenden Thälmann und Leow (später auch Olbrisch) gezeichnet waren, erschienen 1925 etappenweise (Juni-August plus nachfolgender Berichtigung, September und November-Dezember) und waren in diesem Stadium auch mindestens einmal mit den Rundschreiben gekoppelt (26/25). Ab 1926 wurden vorab Jahrespläne herausgegeben, denen zusätzlich (meist quartalsweise) dezidierte Anordnungen und Verfahrenshinweise folgten. Sie enthielten Terminplanungen und Anweisungen zur Vorgehensweise in den Ortsgruppen und Abteilungen, die nicht selten ins oberlehrerhafte abglitten.

Im Widerspruch zur hoffnungsvollen Einleitung im Arbeitsplan für Juni - August 1925 bezüglich der regionalen Selbständigkeit (s.o.) stand allerdings das Ergebnis: Lediglich vier Gaue hatten Veranstaltungen (*Rote Tage*) angemeldet. Neben Wasserkante für Hamburg (21.6.) war das Magdeburg (27./28.6.), Hanau für den Gau Hessen-Frankfurt (4.7.) und Halle *Roter Tag* und Gründung (25./26.7.). Folgende zentrale Aktionen waren nach der Wahlpropaganda vom 12. bis 26. April.⁷² unter Berücksichtigung der örtlichen Veranstaltungen für das zweite Halbjahr 1925 in den 'Arbeitsplänen' anberaumt:

- Ca. 15.-22.6. Protestversammlungen „gegen die Intervention in Marokko, in China und gegen die neuerliche Bedrohung Sowjetrußlands.“⁷³
- 26. 7.- 2.8. Antikriegswoche.
- 6. 9. Internationaler Jugendtag.
- 14.-20.9. Reichswerbewoche.⁷⁴
- 7.11.- 8.11. Gedenktag der russischen Revolution.

Für die Protestversammlungen und die Werbewoche kündigte die Bundesleitung besonderes Referentenmaterial an und mahnte, für erstere „schon jetzt Lokale oder öffentliche Plätze“ festzulegen und „mit der Arbeiterpartei wegen Stellung einiger Referenten zu diesen Kundgebungen“ zu verhandeln“.

„Die Gauleitungen müssen überhaupt immer danach streben, derartige Veranstaltungen zu Angelegenheiten der gesamten Arbeiterschaft des Gaues oder des Ortes zu machen und daher stets mit der Arbeiterpartei vorher Fühlung nehmen und sie zur Mitbeteiligung aufzufordern.“⁷⁵

Wie das geschehen sollte, ordnete die Bundesleitung in ihrem Arbeitsplan vom 5. September anlässlich der Planung zur Reichswerbewoche vom 14.-20. September an. Dort wurde die sofortige „Bildung von Werbekomitees im Gau- und Ortsmaßstabe“ als vorrangige Aufgabe benannt. Diese Komitees mußten sich zusammensetzen aus:

„Gauleiter des RFB
Gauleiter des RJ
Gaukassierer des RFB
Bezirksleiter der Arbeiterpartei
Bezirksleiter der Komm. Jugend
Vertreter der Arbeiterpresse.“⁷⁶

⁷² ferenz, die ebenfalls scheiterten.
⁷³ BL-Rundschr. Nr. 3 v. 3.4.1925.

⁷⁴ In 'Nachtrag und Berichtigung des Arbeitsplanes' v. 15.6.1925 wurde angeordnet, die für die Woche v. 29.6.-5.7. vorgesehenen Veranstaltungen sofort stattfinden zu lassen, da einige Bezirke bereits Arrangements getroffen hatten.

⁷⁵ Arbeitsplan v. 5.9.1925, anfänglich für die Woche v. 31.8.-6.9. angesetzt.

⁷⁶ Arbeitsplan für Juni-August 1925 v. 15.6.1925.

Die im „Mittelpunkt der gesamten Arbeit und Propaganda für die nächste Zeit“ stehende „Organisierung und Durchführung der Kampagne zur Internationalen Antikriegswoche“ sollte „gleichzeitig zu einer Werbewoche für den RFB ausgestaltet werden“.⁷⁷ Als organisatorische Hilfe sollten die Erfahrungen des *Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten* dienen, der schon im Vorjahr eine derartige Veranstaltung absolviert hatte und auch zu jenem Zeitpunkt „bereits mit einem Aufruf an alle Arbeiterorganisationen“ zwecks Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse an „die Öffentlichkeit getreten“ war („Die Bundesleitung des RFB hat dem *Internationalen Bund* sofort ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Aktionsausschuß erklärt.“). Der Leitgedanke müsse sein, „die gesamte Arbeiterschaft in eine einheitliche Rote Front einzureihen“. Für dieses Ziel sollten als Redner „ein ausländischer Kamerad“ sowie je ein Vertreter des RFB, des *Internationalen Bundes* und der KPD sprechen. Die Gauleitungen wurden „verpflichtet“, in den „wichtigen Städten des Gaues Kundgebungen zu organisieren“. Zentral angeordnet wurden Antikriegskundgebungen in den folgenden Städten:

- 26.7. Frankfurt, Halle, Rostock, Königsberg
- 27.7. Erfurt, Hannover, Dresden, Tilsit oder Allenstein
- 28.7. Jena, Magdeburg, Berlin
- 29.7. Gera, Lübeck, Stettin, Augsburg
- 30.7. Chemnitz, Kassel, Suhl, Kiel
- 31.7. Bremen, Düsseldorf, Karlsruhe
- 1.8. Elberfeld-Barmen
- 2.8. Leipzig, Essen, Potsdam, Hamburg, Breslau, Ulm und Mannheim.⁷⁸

Für die Veranstaltungen in der Antikriegswoche wurden neben der Nachbemerkung, auf die finanziellen Möglichkeiten zu achten, jeweils spezielle Anweisungen und eine Systematik der anreisenden Gaue gegeben. So sollten sich z.B. die Gaue Hannover, Nordwest und Mecklenburg am Aufmarsch in Hamburg beteiligen, und die eingereichte Planung in Halle (*Roter Tag* und Gründungstag) wurde akzeptiert, aber mit der Auflage belegt, „natürlich den Charakter der Antikriegswoche“ zu tragen. In einer Ergänzung wurde versucht, den Anmarsch durch eine internationale Aktion zu erweitern. Hier zeigen sich erste Ansätze zur angestrebten internationalen Roten Armee⁷⁹:

„Bei dieser Gelegenheit regen wir an, dass die süddeutschen Gaue mit den angrenzenden ausländischen Gebieten Fühlung nehmen, um eine Beteiligung derselben an unseren Kundgebungen herbei zu führen. So müssen sich die süddeutschen Gaue an die Schweiz, Lothringen, Frankreich und Österreich wenden. Die Gaue Westsachsen, Ostsachsen, Erzgebirge-Vogtland, Halle-Merseburg und Schlesien müssen die Verbindung mit der Tschechoslowakei aufnehmen.“⁸⁰

Beispielhaft sei noch die Anordnung für Frankfurt zitiert, da sie außer der organisatorischen Planung die politische (Einheitsfront) anschaulich mit einbezieht:

„26. Juli Frankfurt. An diesem Tage findet in Frankfurt die Arbeiter-Olympiade statt, wo aus allen Teilen des Reichs und auch aus allen Ländern hunderttausende Arbeitersportler zusammenströmen. Diese Gelegenheit muß vom RFB mit allen Kräften ausgenutzt werden. Sie muß den Gedanken der Organisierung aller Arbeiter in der Roten Front verbreiten und uns neue Kräfte

⁷⁷ Arbeitsplan für Juni-August 1925 v. 15.6.1925.

⁷⁸ Anfänglich war statt Ulm Stuttgart vorgesehen. Verändert in 'Nachtrag und Berichtigung des Arbeitsplanes' v. 15.6.1925.

⁷⁹ Vgl. auch die Bemerkungen Sawadzki auf der Gaukonferenz Nordwest am 8.1.1928.

⁸⁰ Nachtrag und Berichtigung des Arbeitsplanes v. 15.6.1925.

zuführen. Die Bundesleitung fordert deshalb die Gaue Rhein-Saar, Baden, Hessen-Waldeck, Württemberg und Frankfurt auf, alle Vorbereitungen zu einem gewaltigen Massenaufmarsch in Frankfurt schon jetzt zu treffen. Die oben erwähnten Gaue müssen an der Veranstaltung teilnehmen. Außerdem hält es die Bundesleitung propagandistisch für sehr wichtig wenn die Gaue Ruhrgebiet, Niederrhein und Mittelrhein zu dieser Veranstaltung Delegationen entsenden.

Die Gauleitungen müssen schon jetzt für die Beteiligung und Mitwirkung Propaganda in der Öffentlichkeit entfalten. Die Bundesleitung legt aber von vornherein Wert darauf, diese so aufzuziehen, daß bei den sozialdemokratischen Arbeitern nicht der Gedanke entstehen könnte, daß es sich um eine Gegendemonstration des RFB handelt, denn bei solcher Beurteilung wäre der Zweck des Aufmarsches gänzlich verfehlt.“⁸¹

Im Nachtrag und in der Berichtigung des Arbeitsplans vom 15. Juni wurde ergänzend die Parole ausgegeben:

„Nicht Roter Frontkämpfertag, sondern Rote Olympiade!“⁸²

Sehr bemängelt wurde mit dem Arbeitsplan vom 15. Juni, „daß der größte Teil der Gauleitungen ihrem Versprechen auf der Reichskonferenz, anständige Berichte einzusenden, nicht nachgekommen“ sei. Lediglich Baden, Niederrhein, Ruhrgebiet, Thüringen, Erzgebirge-Vogtland, Waserkante und Nordwest hätten „wirklich wertvolle Berichte geschickt“.⁸³ Wichtig seien auch „nicht nur Zahlen“, sondern sie müßten gleichzeitig „alle Schwierigkeiten widerspiegeln, mit welchen die Leitungen seit der Gründung zu kämpfen hatten“. Der mangelhafte Informationsfluß innerhalb der Organisation wurde wiederholt beklagt. Am 6. Oktober 1925 kam eine heftige Reaktion von der Bundesleitung, die „mehrere Male“ vergeblich ein „genaues Ortsgruppenverzeichnis mit Angabe der Mitgliederzahlen verlangt“ hatte, „damit die Bundesleitung die ‘Rote Front’ direkt an die Ortsgruppen senden“ könne. Das sei „eine Disziplinlosigkeit, die gar nicht mit dem Ziel unserer Organisation im Einklang“ stünde. Die Maßnahme würde die Gauleitungen doch entlastet, die statt dessen „wichtigere Arbeit durchführen“ könnten, außerdem würden doppelte Portoauslagen verhindert und eine schnellere Beförderung ermöglicht.⁸⁴ Auch Äußerungen zu dem „vor einiger Zeit“ versandten „Jahresprogramm für 1926“ hatten bis zum 9. Oktober nur „ganz wenige Gaue“ zugesandt.⁸⁵

Trotz dieser organisatorischen Schwierigkeiten begann die Bundesleitung im Oktober 1925 mit Archivarbeiten unterschiedlicher Art. So erfolgte am 9. des Monats ein Aufruf zwecks Zusendung von „liegen gebliebenen“ alten ‘Rot-Front’-Ausgaben, ganz besonders die Nr. von 1-5“.⁸⁶ Dem bereits vorher ergangenen „Ersuchen“ nach Fotos „von den verschiedenen Veranstaltungen der Gaue“ wurde zwar „allerseits nachgekommen“, doch bemängelte die Bundesleitung, „daß die Mehrzahl der Aufnahmen für Propagandazwecke absolut ungeeignet sind und für den Versand nach Rußland nicht in Frage kommen.“ Sie machte darauf aufmerksam, daß „wirkliche Massenaufnahmen gemacht werden“ müßten, Aufnahmen von Rednern „und mögen es noch so knorke Figuren sein“, seien wertlos. Am 24. Oktober wurden die Ortsgruppen außerdem aufgefordert, Angaben über „Theaterstücke, Sprechchöre und dergl. mehr“ zu machen, die in manchen Ortsgruppen „mit gutem Anklang aufgeführt“ worden waren und „der Bundesleitung unbekannt sind“.⁸⁷

⁸¹ Arbeitsplan für Juni-August 1925.

⁸² Nachtrag und Berichtigung des Arbeitsplanes v. 15.6.1925.

⁸³ Arbeitsplan für Juni-August 1925.

⁸⁴ BL-Rundschr. Nr. 23/25 v. 6.10.1925.

⁸⁵ BL-Rundschr. Nr. 24/25 v. 9.10.1925.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ BL-Rundschr. Nr. 26/25 v. 24.10.1925.

Am 27. Juni bemängelte die BL nicht nur ebenfalls die Berichterstattung, sondern kritisierte heftig die propagandistische Praxis einiger Gaue. So hätten „nicht dazu befugte Personen Anweisungen über Bildung von Sergruppen gegeben (bei Demonstrationen etc.) ebenso zur Bildung anderer Formationen“. Thälmann und Leow witterten nicht nur Verschwörung, sondern sahen neben dem verlustig gehenden militärischen Charakter die Autorität der Bundesleitung in Gefahr:

„Es sind jetzt überall Kräfte am Werk, die die Mitglieder zu allerlei Unfug verleiten wollen, um dem RFB Schwierigkeiten zu bereiten. Die Funktionäre müssen die Pläne solcher Elemente durchkreuzen und unterbinden. Es ist immer nur nach den Anweisungen zu handeln, die die Bundesleitung herausgibt.“⁸⁸

Im folgenden Monat sah sich die BL erneut gezwungen, die hierarchische Ordnung innerhalb der Organisation zu wahren. Am 27. Juli 1925 forderte sie die Ortsgruppen auf, Einladungen zu *Roten Tagen* nicht an die Bundesleitung, sondern „nur über die Gauleitung“ gehen zu lassen.⁸⁹ Es dürfe „zu keinen Unstimmigkeiten und Mißverständnissen“ zwischen Gauen und Ortsgruppen kommen. Die Gauleitungen müßten daher „noch einmal strikte dementsprechende Anweisungen an ihre Ortsgruppen ergehen lassen“. Am 5. September mußte die Bundesleitung zusätzlich „auf das allerschärfste verurteilen“, daß es „Orte unserer Organisation“ gebe, die „ganz einfach den Kameraden Thälmann als Referent auf ihre Plakate und Eintrittskarten drucken, ohne vorherige Zusage“.⁹⁰ Am 6. September sei er sechsmal im Reich als Referent angesetzt worden eine Vorgehensweise, durch die die Leitung wohl nicht zu unrecht fürchtete, daß „unser Bundesvorsitzender in Mißkredit bei der Arbeiterschaft gebracht“ würde. Referentenforderungen seien auch nicht, wie in der Zeit zuvor vermehrt, „unter Umgehung der Gauleitung, an die Bundesleitung, an die Berliner Gauleitung, wie auch Kamerad Märkisch von der Warenvertriebsstelle und auch an die Zentrale der Arbeiterpartei“ zu richten. Da es dadurch vorkommen könne, „daß zu einer Veranstaltung zwei Referenten festgelegt“ würden, könne die Bundesleitung „diese Anforderungen in Zukunft nicht mehr berücksichtigen“.⁹¹

Ohne weitere Einführung wurde nach den „im letzten Arbeitsplan [liegt dem Autor leider nicht vor] erwähnten Feiern am 7. & 8. November, dem Gedenktag der russischen Revolution“, auf das Ersuchen „einiger Gaue“ eingegangen, „ein besonderes Weihnachtsprogramm des RFB, mit der Losung Rot-Front - Rot-Weihnachten!“ auszuarbeiten. Da die Bundesleitung jedoch „keine generellen Anweisungen geben“ könnte, wurde es den Ortsgruppen überlassen, unter Berücksichtigung ihrer besonderen örtlichen Verhältnisse, „eigene RFB-Veranstaltungen mit ihren Familienangehörigen zu treffen“. Für „Rat und Tat“ wurde auf „die Arbeiterpartei“ verwiesen, „um auch solchen Feiern ein politisches Relief zu geben“.

Eine zentrale Bedeutung hatte die Anweisung der Bundesleitung zur Reduzierung der Veranstaltungen als Reaktion auf die Agitationspraxis in den Ortsgruppen:

„Mit Veranstaltungen von Fahnenweihen und Roten Tagen muß endlich aufgehört werden. Diese Veranstaltungen haben gerade in letzter Zeit durch mangelnde organisatorische Vorbereitung und durch die Planlosigkeit, mit der man solche Veranstaltungen angesetzt hatte, in einigen Gauen ein Fiasko gezeitigt. Die Ortsgruppen sind unbedingt zu verpflichten, die Festsetzung sämtlicher Veranstaltungen der Gauleitung mitzuteilen, um ein Raubbau mit den Kräften der Organisation zu verhindern. Wir betonen nochmals, daß als Leitschnur in all' diesen Fragen gelten muß: Lieber weniger aber besser.“⁹²

⁸⁸ BL-Rundschr. Nr. 9/25 v. 27.6.1925.

⁸⁹ BL-Rundschr. Nr. 14/25 v. 27.7.1925.

⁹⁰ BL-Rundschr. a.d. Gauleitungen v. 5.9.1925.

⁹¹ Ebd.

⁹² BL-Rundschr. Nr. 26/25 v. 24.10.1925.

Im Dezember 1925 gab die BL im Namen des 'Zentralspielleiters' Robert Fiebig 'Richtlinien für Spielleute', 'Anweisung für die Stabführer', 'Anweisung für den Gaustabführer', 'Anweisung über die Hornmärsche, die in dem Notenbuch enthalten sind' und einen allgemeinen Hinweis über die 'Instrumente' heraus.⁹³

Von der 3. Reichskonferenz zum II. Reichstreffen.

Die ersten agitatorischen Maßstäbe des Jahres 1926

3.1.3

Im Februar 1926 behauptete die Gauleitung des RFB Berlin-Brandenburg, daß sich in „der letzten Zeit“ die „Überfälle faschistischer Organisationen auf Mitglieder unserer Organisation“ gehäuft hätten.⁹⁴ Dies sei „merkwürdiger Weise“ nur geschehen, „wenn unsere Kameraden sich nicht in geschlossenen Formationen“ befunden, sondern sich „als einzelne Personen nachts auf den Straßen“ aufgehalten hätten. „Zuverlässigen Mitteilungen“ zufolge hätten die „faschistischen Organisationen“ Anweisung gegeben, durch „bestimmte Rollkommandos unsere Leute zu provozieren“. Die Gauleitung untersagte grundsätzlich „irgendwelche Vergeltungsmaßnahmen“ und ordnete in dem üblich gewordenen Ton an:

„Die Kameraden begeben sich am Schluß ihrer Zugversammlung sofort in ihre Wohnung. Kameraden, die das Bedürfnis haben, sich nachts auf den Straßen herumzutreiben, dürfen dies nicht in Bundeskleidung tun. Zuwiderhandlungen werden durch Ausschluß geahndet.“⁹⁵

Auf der 3. Reichskonferenz vom 19.-21. März 1926 in Halle waren neben 68 offiziellen Delegierten, die 24 Gaue vertraten (das Saarland hatte keine Delegierten entsandt), rund 130 Funktionäre anwesend.⁹⁶ Auf Antrag des Ruhrgebietes wurde beschlossen, die BL und den Bundesausschuß auf der jährlich stattfindenden Reichskonferenz zu wählen.⁹⁷ Der Bundesausschuß, dessen Kompetenz allerdings unklar blieb, sollte vierteljährlich zusammentreten.⁹⁸ Am Sonnabend hielt Thälmann das politische Referat im Volkspark und am Sonntag Olbrisch für die Jungfront, dem Schreiner (Referat 'Gegner'), Steinbrecher (Kassenbericht) und Leow mit dem Bericht der Bundesleitung *Der Weg des RFB von Berlin bis Halle* folgten.⁹⁹ Letzterer rechnete in seiner Rechtfertigung des militärischen Kurses einleitend mit der früheren Politik ab und setzte erneut definitorische Maßstäbe bezüglich des Selbstverständnisses des Bundes. Danach sei parallel zum

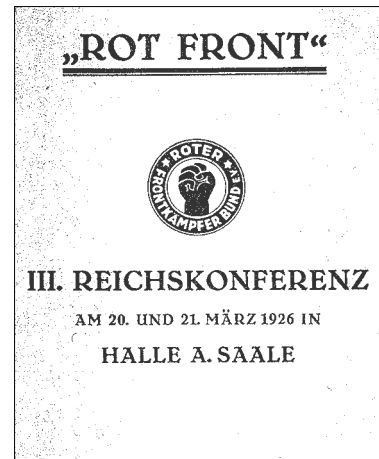


Abb. 5 Titelblatt

⁹³ Rundschr. des Zentralspielleiters Robert Fiebig (BL) v. 17.12.1925.

⁹⁴ Rundschr. d. GL Berlin-Brandenburg v. 11.2.1926.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Schuster, S. 97.

⁹⁷ Ebd. nach StaHB 4,65-1256 Bl. 64.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ SAPMO FBS 310/13141, I 4/2/3, Bl. 1/2; LAS 301-4546/9.

„Prozeß der innerorganisatorischen Festigung“ auch der „der ideologischen und organisatorischen Ausbreitung“ verlaufen, die aus einer „Aneignung von Erfahrungen, der Anwendung der praktischen Methoden zur Eroberung breiter proletarischer Massen für die rote Front“ bestanden habe.

Die ca. 15.000 Mitglieder starke Organisation sei außer im Gau Halle-Merseburg „organisatorisch ein Trümmerhaufen“ und „ohne politische Plattform“ gewesen. Sie hätten „zum größten Teil aus jugendlichen Arbeitern“ bestanden, denen er besonders die Disziplinlosigkeit und somit die Isolation „von den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung“ zuordnete. Um hier die „Mauer niederzureißen, die der rote Frontkämpferbund selbst um sich aufgerichtet hatte“, gelte es, fünf Probleme zu lösen:

- „1. Innerorganisatorische Festigung des Bundes
2. Einheitlichkeit des Auftretens nach innen und außen
3. Schulung und Aufklärung der Mitgliedschaften über Zwecke und Ziele des RFB
4. Ideologische Umstellung der Kameraden auf die Rolle des RFB und ihre Stellung zur übrigen Arbeiterschaft.
5. Revision der bisherigen Methoden und taktischen Manöver für die Gewinnung breiter Massen.“¹⁰⁰

Insbesondere Leows Ausführungen zu den ersten beiden Punkten machen deutlich, daß die militärischen Formen des RFB mit seinen moralischen Werten nur bedingt ein Zugeständnis an eine propagandistische Notwendigkeit war, daß sich im Gegenteil dahinter die eigene Wertvorstellungen eines großen Teils der zu dem Zeitpunkt politisch bestimmenden Gruppierung verbarg. Die offensichtliche Notwendigkeit der Argumentation ließ es beispielsweise auch zu, „Zusammenstöße und Anrumpelung Andersdenkender“ zuzugeben, da diese später der gegnerischen Formation im eigenen Lager zugeordnet werden konnten. Punkt 1 versuchte er anhand eines Beispiels zu verdeutlichen:

„Eine Berliner Abteilung, bis zu diesem Zeitpunkte bestehend zu 4/5 aus Jugendlichen, wo nur 1/5 der Mitglieder Bundeskleidung trug, demonstrierte ohne Marschordnung, Zigarette oder Pfeife rauchend, ohne sich um die Kommandos der Abteilungsleiter zu kümmern durch die Straßen Berlins. Die Organisation hatte in diesem Zustand weder politischen Einfluß, noch machte sie moralisch Eindruck und übte keinen Einfluß auf die werktätige Bevölkerung aus. Im Gegenteil Zusammenstöße und Anrumpelung Andersdenkender durch die jugendlichen Elemente hatten uns sogar bei einem Teil der arbeitenden Bevölkerung in Mißkredit gebracht. Das Bild ändert sich jetzt zusehends. Die Abteilung marschierte in straffer, proletarischer Disziplin und Selbstzucht durch die Straßen Berlins. An die Stelle der jugendlichen Arbeiter traten ältere, in der Arbeiterbewegung mehr erfahrene und auch der Berliner Bevölkerung mehr bekannte Arbeiter in den Vordergrund. Die Abteilung lernte Kommandos geben und ausführen, begriff, daß ein Unterordnen unter die Führung und ein ‘Auf sich selbst Acht geben’ die erste Vorbedingung der Massen ist. So zeigte der Frontkämpferbund rein äußerlich schon ein ganz anderes Bild und hatte einen strafferen, disziplinierten Charakter, hatte Sympathien bei der arbeitenden Bevölkerung Berlins, die erst dem roten Frontkämpferbund gleichgültig und ablehnend gegenüberstand.“¹⁰¹

Die Vermischung der „falschen“ propagandistischen Verhaltensweisen mit politischem Fehlverhalten einerseits und jugendlichem Unverstand andererseits stehen den positiven Werten des Alters und der militärischen Eigenschaften (Kommando, Unterordnung und Disziplin) gegenüber. (Eine Darstellung, die die internen Schwierigkeiten kaum deutlicher dokumentieren kann.) Das Alter kommt in Form des Arbeiters und die Ordnung in jener des Militärs - eine Verbindung,

¹⁰⁰ *Der Weg bis Halle*, März 1926, S. 2.

¹⁰¹ Ebd., S. 2f.

die sich beim RFB in der Organisation ebenso wie in der Propaganda darstellen und ideologisch zum Leitsatz stilisieren sollte. Letzteres erfährt im zweiten Punkt eine Spezifizierung und Steigerung durch die Bedeutung der Einheitskleidung (Uniformierung) und die zunehmende Übernahme militärischer Werte und Ehrbegriffe (z.B. „Ehre der Organisation“):

„Das Einwirken auf die Organisation zur Abschwächung der organisatorischen und politischen Schwächen und unser Bemühen, möglichst schnell eine einheitliche Bekleidung durchzuführen, gab den Aufmärschen bald ein besonderes Gepräge, und durch die Einheitlichkeit des Auftretens und der Propaganda zeigten sich dementsprechende Erfolge. Die Kameraden der Organisation begriffen, daß sie als Soldaten der roten Klassenfront die Ehre der Organisation nach innen und außen vertreten hätten. Bald herrschte ein besseres, kameradschaftliches Verhalten der Kameraden zueinander, und ein kameradschaftlicher Geist zog in die Organisation ein.“¹⁰²

In vier abschließenden Forderungen an die „Kameraden der Abteilungen“ entwickelte Leow die mahnenden Worte im Mitgliedsbuch weiter. Die Wertmaßstäbe zwischen militärischem und pfadfinderischem Ehrenkodex erlegten ihnen auf, jedes durch Bundeskleidung oder -abzeichen kenntliche Mitglied der Organisation zu grüßen, wo sie sich auch treffen mögen (1.) und ihm „gegen Fascisten und sonstige Arbeiterfeinde, die ihn bedrängen zu helfen“ (2.). Vom ‘kameradschaftlichen Geist’ und dem Einspringen, „wo sie das Ansehen und den Einfluß des Bundes durch ihr Verhalten oder durch ihre Tat stärken konnten“ (4.), zur Verpflichtung, Mitglieder des Bundes „auf das Unwürdige ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen“ (3.), gingen Leows Vorstellungen anscheinend fast zwingend zur Denunziation über. So wurde verlangt, den „Ausschluß der Betreffenden aus der Organisation zu beantragen“. Leows Grundsätze wurden in den erweiterten Leitsätzen des Programms zum Reichstreffen nochmals ausgebaut:

3.1.3

„Kamerad, was mußt du beachten?

1. Der Rote Frontkämpfer ist Soldat der Roten Klassenfront.
2. Der Rote Frontkämpfer hat jeden durch Abzeichen oder Bundeskleidung kenntlichen Kameraden unserer Organisation zu grüßen.
3. Der Rote Frontkämpfer muß jedem in Not und Gefahr befindlichen Kameraden mit allen Mitteln helfen.
4. Der Rote Frontkämpfer muß jeden Kameraden, der durch unkameradschaftliches Benehmen und unproletarisches Verhalten das Ansehen des Bundes, gleich, wo er sich befindet, schädigt, zurechtweisen und ihn auf sein schädigendes Verhalten aufmerksam machen.
5. Der Rote Frontkämpfer muß sich bei Veranstaltungen des Bundes, aber auch in seinem Privatleben so verhalten, daß das Ansehen und der Einfluß des Roten Frontkämpfer-Bundes bei unseren Klassenfreunden gefördert und gestärkt wird; unseren Klassenfeinden Achtung einflößt.
6. Der Rote Frontkämpfer muß begreifen, daß unsere Organisation bei Freund und Feind so bewertet wird, wie sich jeder einzelne Kamerad gegenüber der Bevölkerung zeigt.
7. Der Rote Frontkämpfer als Soldat der Rote Klassenfront stellt seine persönlichen Ansprüche und Bedürfnisse im Interesse der Gesamtorganisation zurück.
8. Revolutionäre Disziplin ist kein Kadavergehorsam, sondern freiwillige Unterordnung des einzelnen im Interesse der Gesamtheit.
9. Von der Bundesleitung bis zur letzten Achtergruppe muß den Roten Frontkämpfer-Bund ein einheitlicher Wille, ein gemeinsames Ziel beseelen:

Der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse!

Gegen die kapitalistische und für die rote Republik!“¹⁰³

¹⁰² Ebd., S. 3.

¹⁰³ Programm zum 2. Reichstreffen, Mai 1926, S. 37.

Punkt 3 der Leow'schen Argumentation beinhaltete die 1925 in Angriff genommene „gründliche Schulung der Kameraden“, mit der das „gesteckte Ziel“, die Sammlung in der roten Klassenfront, „erreicht werden“ sollte. Das aber war bis zu jenem Zeitpunkt „nur zum Teil gelöst“ worden. „Die Schuld“ dafür wurde der „Passivität der Gauleiter“ und der ungenügenden „Unterstützung der Arbeiterpartei“ gegeben.¹⁰⁴

Die propagandistischen Formen im Zusammenhang mit der neuen Werte-Mischung und dem Versuch einer strikten Einhaltung der Einheitsfronttaktik waren für Leow die Garanten des Erfolges. In seinem vierten Punkt nahm er die unterschiedlichen Positionen der Roten Frontkämpfer als Ausgangsbasis, einerseits diejenigen Personen, die der Partei den Rücken zugekehrt hatten (in Leows Sprachgebrauch jene, die „aus irgend einem Grunde von der roten Front desertierten“) und andererseits diejenigen, die neu dazu gewonnen werden sollten. Beide Gruppen mußten lernen, auch in der Gewerkschaft und in der Partei zu arbeiten.

Punkt 5 betraf besonders die in „gegnerischen Frontkämpferorganisationen“ befindlichen „proletarischen Elemente“. So hätte die „dem RB gegenüber eingeschlagene Taktik“ dazu geführt, daß nach Einzelübertritten von Reichsbannerkameraden „ganze Gruppen und Abteilungen, bis ganze Ortsgruppen zu uns übertraten“.

„In sehr vielen Abteilungen und Ortsgruppen Deutschlands sehen wir Frontkämpfer und Reichsbannerkameraden, Sozialdemokraten und Kommunisten in einer Front gegen die schamlose Forderung der Fürsten. Hunderte von Einheitskomitees sind auf Initiative der Roten Frontkämpfer zustande gekommen.“¹⁰⁵

Auch gegen die „vaterländischen Organisationen, wie Stahlhelm, Jungdo usw.“ habe der Bund „eine großzügige Propaganda eingeleitet“. Von Erfolgen sagte Leow allerdings nichts.

Eine weitere Schwäche der Organisation resümierte er in dem Mangel einer geeigneten Gegenwehr gegen die nach der 2. Reichskonferenz einsetzende „systematische Verleumdungskampagne“ der erschrockenen bürgerlichen Gesellschaft, die „angesichts der roten Bataillone“ eine „ernste Gefahr“ gesehen habe.

„Die Kameraden sahen vor allen Dingen nicht die Mittel und Methoden, welcher sich die Reaktion in Form von Spitzeln, Provokateuren, Agenten usw. bediente.“¹⁰⁶

In einem abschließenden Resümee zur Agitation der letzten Monate sah Leow ein „weiteres Wachsen des Bundes“ nach der „in Gemeinschaft mit dem *Internationalen Bund der Kriegssopfer* und der KPD“ durchgeführten Antikriegswoche. Allerdings bemängelte er „bei einzelnen Gauen“, daß „zu diesem Anlaß meist nur die Roten Frontkämpfer demonstrierten und dass diejenigen fehlten, an die wir eigentlich mittels dieser Demonstration herankommen wollten“, zumal doch „Antikriegsdemonstrationen, Rote Tage und Kundgebungen gegen Reaktion, für die Einheit der Arbeiterklasse“ zu Angelegenheiten der „gesamten werktätigen Bevölkerung gemacht“ würden.¹⁰⁷ Auch die Werbeweche vom 14.-20. September hätte „die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt“. Ohne die Verschiebepaxis der Bundesleitung zu erwähnen, machte er die Gauleiter verantwortlich, die „es nicht verstanden“ hätten, „die Gesamtorganisation auf diese Woche einzustellen“, um dann wieder auf Grundsätzliches zurückzukommen:

„Der schlechte Erfolg ist zum Teil vielleicht darauf zurückzuführen, daß die überhandgenommenen Roten Tage und die Inanspruchnahme des Bundes durch befreundete Organisationen uns so

¹⁰⁴ Der Weg bis Halle, März 1926, S. 3.

¹⁰⁵ Ebd., S. 5.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ebd., S. 6.

geschwächt hatten, daß wir kaum noch die Kraft hatten, die eigenen Veranstaltungen durchzuführen.“¹⁰⁸

Ein Zeugnis für die Wirksamkeit der zwischenzeitlich nur noch als *Rote Tage* bezeichneten größeren Agitationsveranstaltung gab Kamerad Schmitz, Mittelrhein ab. Er schilderte die Probleme, die dem Bund dort durch die Besatzung entstanden waren:

„Ein geschlossenes Auftreten mit Musik war gar nicht möglich. Anfang des Jahres hatten wir 23 Ortsgruppen, heute haben wir 39. Das ist auf den guten Erfolg des Roten Tages zuzuschreiben, an dem der Gau das erste Mal ein geschlossenes Auftreten des RFB sah.“¹⁰⁹

Die *Roten Tage* hatten sich zwischenzeitlich nicht nur sprachlich, sondern auch organisatorisch etabliert. Die Bezeichnung wurde jedoch keineswegs einheitlich gebraucht, sie war häufig ein Synonym für jede etwas größere Veranstaltung des RFB (später auch der KPD). Ein *Roter Tag* war nicht an ein bestimmtes Ereignis gekoppelt, gelegentlich aber mit einem solchen Termin verknüpft. Er war in der Regel sonntags terminiert, wurde aber häufig schon mit einer Abendveranstaltung am Vortag eingeleitet. Ein frühes allgemeines Wecken (mit Trommler- und Pfeiferkorps oder auch Schalmeeien-Kapellen) eröffnete den eigentlichen Aktionstag. Vormittags oder am frühen Nachmittag folgte eine Demonstration, angeführt von einer Musikkapelle, durch die Straßen des Ortes oder Stadtteils. Während die Musikanten ein Platzkonzert gaben, verteilten andere RFB-Leute die Zeitungen der Organisation und Propaganda-Schriften oder versuchten mit den Einwohnern ins Gespräch zu kommen und sie zumindest zu der später stattfindenden Versammlung einzuladen, auf der ein Referent der KPD oder des RFB sprach. Die Aufmärsche galten als wichtiges Element zur Stärkung des kollektiven Geistes und des Zusammengehörigkeitsgefühls und waren „für alle Kameraden Pflichtveranstaltungen“.

Das Begehen eines *Roten Tages* wurde oft mit der Fahnenweihe einer Ortsgruppe oder Abteilung verbunden. Die Bedeutung stieg, wenn der Werbetag in einer kleinen Gemeinde stattfand. Die Aktion wurde als Landagitation (*Roter Landsonntag*) deklariert und erfüllte damit den ursprünglichen Verbreitungsgedanken der Bewegung (von der Großstadt in die kleineren Orte und aufs Land). Da die Landbevölkerung in der Regel nicht kommunistisch eingestellt war, waren derartige Touren vergleichbar mit einem Marsch in 'Feindesland'. Hierin liegt eine der wesentlichen Bedeutungen des Kampfbundes: Die Eroberung! - Nichts anderes wurde symbolisch mit diesen Agitationsakten betrieben.

Auf der 3. *Reichskonferenz* wurden weitere Maßstäbe für die Agitation des Bundes gesetzt. Gegen 5 Stimmen angenommen wurde das Verbot, „in Verbindung mit politischen Kundgebungen Tanzvergnügen irgendwelcher Art zu veranstalten“.¹¹⁰ Außerdem sollten Platzkonzerte „neben Demonstrationen, roten Tagen, Kundgebungen, Werbeabenden, Fackelzügen, Lichtbildervorträgen, politisch-satyrischen Veranstaltungen oder Fahnenweißen zur Stärkung und Festigung des RFB und der RJ beitragen“.¹¹¹

Die konsequente Befolgung des Legalitätskurses führte neben weiteren Verschärfungen der eigenen Disziplinvorstellungen zu einer Zunahme der ohnehin permanent vorhandenen Verbotsangst. Letzteres wird besonders in dem *Arbeitsplan für April und Mai 1926* der Gauleitung Berlin-Brandenburg deutlich. Neben der Mahnung, mindestens einmal im Monat einen kurzen Bericht über die geleistete Arbeit an die Gauleitung zu senden, und der Ermahnung zur Einhal-

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ 3. RKonf. 1926, Bericht u. Protokoll.

¹¹⁰ 3. RKonf., Antrag 62 (LAS 301-4547/R11, S. 57).

¹¹¹ Über die nächsten Aufgaben der RJ, Anl.4, S. 4 zur 3. Reichskonferenz (LAS 301-4547/R11).

tung der Richtlinien („d.h. dass Rote Tage nur im Einverständnis mit der Untergauleitung festgelegt werden“) wurde darauf hingewiesen, daß Kapellenanforderungen nur berücksichtigt werden könnten, wenn sie mindestens 14 Tage vorher erfolgen und das Fahrgeld bezahlt würde.¹¹² Die kommende Arbeit, die gemäß der Beschlüsse der Reichskonferenz in den öffentlichen Versammlungen mit dem Thema: „Dawes-Locarno, Völkerbund oder Moskau?“ stattfinden sollte, wurde mit besonderen Verhaltensmaßregeln unter der Rubrik ‘Unsere Stellung zur Polizei’ begleitet:

- „1. Beim Antreten Plätze ausserhalb des Strassenverkehrs wählen.
2. Beim Fackelzug dies ausdrücklich beim Einholen der Musikerlaubnis vermerken lassen.
3. Keine Leuchtfeuer oder bengalische Fackeln ohne Erlaubnis der Revierwache abbrennen.
4. Bei Umzügen vor Abmarsch mit dem Leiter des Kommandos der Schupo Rücksprache nehmen (kurze und präzise Mitteilung).
5. Gruppen- und Zugführer anweisen, beim Trennen des Zuges durch Polizeibeamte strikte halten, bis Abtlg.-Leiter nach Rücksprache mit Schupo Anweisungen gibt. (Bei Ueberschreitung von Verkehrsstrassen ohne besondere Anweisung selbst ausführen! Beim Einschieben von Polizeiautos wie oben.)
6. Bei Verhaftungen aus der Kolonne begibt sich der Zugführer resp. sein Stellvertreter mit zur Wache und gibt Meldung an Abt.-Leiter. Abt. bzw. Zug marschiert weiter.
7. Kameraden ausserhalb des Zuges, in Bundeskleidung, müssen sich einreihen, andernfalls zum Abt.-Lokal zurückkehren.
8. Eigene Demonstrationen der RJ finden nicht mehr statt, sondern nur gemeinsam, von der Gesamtabteilung festgelegte.“¹¹³

Daß sich die stringente Beachtung von Legalität und Einheitsfronttaktik besonders auf die erstmals in Form einer Vorkonferenz reichsweit tagende RJ auswirkte, machte schon die 8. Verhaltensmaßregelung der Berlin-Brandenburger deutlich. Ihre Mitglieder waren immer wieder an Auseinandersetzungen mit gegnerischen Verbänden oder der Polizei beteiligt, und daher galt es, sie besser unter Kontrolle zu halten. Im abschließenden Bericht der RJ wurde außerdem festgestellt, daß die Jugendorganisation nicht allein „nur noch 20% der Gesamtmitgliedschaft“ stellte, sondern sie darüber hinaus auch in der Einheitsfronttaktik zum großen Teil versagt hatte.¹¹⁴ Selbstkritisch hieß es, daß eine Ursache für die negative Entwicklung „in erster Linie“ darauf zurückzuführen sei, daß „der gesamte Bund durch Aufbau und Festigungsarbeit der Organisation sich weniger mit der Jungfrontarbeit beschäftigen konnte“ und „die Rolle der Roten Jungfront und ihre politische Bedeutung für den Bund nicht klar genug erkannt“ habe und „durch die erwachsenen Kameraden gehemmt“ worden sei. Außerdem wurde als dritte, „nicht weniger wichtige“ Erscheinung „das Fehlen eines bestimmten Innenlebens der gesamten Jungfront“ festgestellt. Insbesondere in den Wintermonaten zeigte sich das

„Unvermögen unserer Kameraden, diese Zusammenkünfte auszubauen und dadurch den jungen Arbeitern das durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zerstörte Familienleben zu ersetzen, das kameradschaftliche Verhältnis untereinander zu festigen und letzten Endes dadurch die Kameraden fester an die Organisation zu binden.“¹¹⁵

Bei den nächsten Aufgaben der *Roten Jungfront* standen - der Kritik entsprechend - ‘Arbeitsmethoden und Schulungsarbeit’ (V.) im Vordergrund.¹¹⁶ ‘Politische Abende und aktuelle Fragen’

¹¹² Arbeitsplan für April und Mai 1926, S. 2f., GL des RFB Berlin-Brandenburg, Anl. 7 zur 3. Reichskonferenz (LAS 301-4547/R11B).

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ 3. RKonf. 1926, Bericht u. Protokoll, S. 12 und 3. RKonf. 1926, RJ-Bericht.

¹¹⁵ Bericht der Jungfront-Konferenz v. 20.3.1927, S. 1 [Anl. 4] (LAS 301-4547/R11A).

¹¹⁶ Ebd., S. 4f.

(a) sollten die Agitationsarbeit prägen. Für die Sommermonate sollten die 'Zusammenkünfte im Freien' (b) mehr Inhalte bekommen. Während die hierzu gerechneten Liederabende und Freilichtspiele nicht näher erörtert wurden, gab die Bundesführung für die 'Unterhaltungsabende' (c) als Anregung, neben Erzählungen „einzelner Kameraden über Erlebnisse aus der revolutionären Jugendbewegung, aus der Kriegs- und Nachkriegszeit“, Aufführungen oder „Veranstaltung von politisch-satyrischen Abenden, wie Reichstagsitzungen, Luther will den RFB verbieten“, auch das „Einüben von revolutionären Liedern, Sprechchören“, Musik und Rezitationen. Sogenannte 'Revolutionäre Führerabende' (d) sollten „regelmässig abgehalten werden“ und insbesondere Karl Liebknecht gewidmet sein, der „durch seinen antimilitaristischen Kampf in den Vorkriegs- und Nachkriegsjahren mit der revolutionären Jugend besonders geeignet ist“. Darüber hinaus sollten neben „Sparta-, Huss-, Münzer-, Lenin-, Luxemburg-, Marx-, Engels-, Eugen Levine-Abenden“ bekannte „Revolutionäre aus den einzelnen Gauen und Orten“ eingereicht werden. Neben Vorlesungen oder Erzählungen aus dem Leben der 'Führer' war nicht näher spezifizierte Musik vorgesehen.

Bei der 'Veranstaltung zur Stärkung der Disziplin' (e) wurde besonders die Bedeutung der Bundeskleidung hervorgehoben:

„Die dadurch übernommene Verpflichtung des Vertretens der Organisation in der Öffentlichkeit erfordert Stärkung des kollegitiven Geistes durch gegenseitiges Grüßen, vorbildliches Verhalten auf öffentlichen Plätzen und Anlagen. Eintreten für die Organisation bei allen Gelegenheiten, ruhige und sachliche Diskussion mit den Arbeitern gegnerischer Verbände, Diskussionsabende über Staat und proletarische Selbstdisziplin, hierbei Erfahrungen der Bürgerlichen benutzen.“¹¹⁷

Zum 1. Mai trat die Bundesleitung nachweisbar nicht nur als zentrale Leitung auf, sondern auch als richtungsweisend in der Aufstellung eines Programmschemas. Am 9. April 1926 wiesen Thälmann, Leow und Olbrisch darauf hin, „daß die Maidemonstrationen gemeinsam mit den anderen proletarischen Organisationen veranstaltet werden“ sollten.¹¹⁸ Die Jungfront sollte in der zweiten Aprilhälfte auf öffentlichen Zug- und Kameradschaftsabenden vorbereitend die Bedeutung des 1. Mai für die Jungarbeiterschaft ansprechen und dabei „die Rolle der Jugend, insbesondere während der Maitage des Weltkrieges“ herausheben. Das zur Durchführung vorgeschlagene Programm (Dok. 1) enthielt „Rezitationen und Vorlesungen“, die zusammen mit einer Rededisposition über den 1. Mai im 'Rüstzeug' Nr. 14 im Verlag der Jugend-Internationale erschienen waren, so daß auf die Herausgabe einer eigenen Disposition verzichtet wurde. Den Referenten wurde zusätzlich angeordnet, „am Schluß auf die neuen Kriegsvorbereitungen, Arbeitsdienstpflicht und Heraufsetzung des Wahlalters einzugehen“. Zur musikalischen Unterstützung dürften die „nahestehenden Jugendorganisationen herangezogen werden“, soweit „unsere Züge oder Kamerad-

Dok. 1 Programmschema für die Vorbereitungsveranstaltung der RJ zum 1. Mai 1926

1. Gemeinsamer Gesang (Brüder, zur Sonne, ...).
2. Rezitation ('Straße frei!' von Kanehl).
3. Musik.
4. Vorlesung ('Aus den Erinnerungen eines Obuchow-Arbeiters').
5. Gemeinsamer Gesang ('Wir sind die erste Reihe').
Ansprache
6. Musik.
7. Rezitation ('1. Mai').
8. Vorlesung ('Liebknecht ruft zur Maidemonstration 1916').
9. Gemeinsamer Gesang (Internationale).¹¹⁹

¹¹⁷ Ebd., S. 5.

¹¹⁸ BL-Rundschr. Nr. 13/26 a.d. RJ v. 9.4.1926.

¹¹⁹ Ebd.

schaften keine Musik haben“. Darüber hinaus sollten ältere Kameraden einbezogen werden, „die ihre Erlebnisse während des 1. Mai im Kriege und in der Vorkriegszeit schildern“.

Auf den Mai-Demonstrationen seien die folgenden Parolen auf Schildern anzubringen und zusätzlich von zwei oder drei Gruppen im Sprechchor „während des Umzuges“ zu „sprechen (vorher einüben)“:

„Gegen neue imperialistische Kriege!“

„Gegen die Heraufsetzung des Wahlalters für die arbeitende Jugend!“

„Gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht!“¹²⁰

Vorbildcharakter für die Ausrichtung zentraler Agitationstage hatte das Reichstreffen, das von 1924 bis 1928 jeweils zu Pfingsten in Berlin mit viel Aufwand zum Aushängeschild der Bewegung wurde. Besonders das 2. Treffen dieser Art, das am Ende der Konsolidierungsphase stattfand, hatte richtungsweisende Funktion. Zu den vorab getroffenen organisatorischen Maßnahmen zählte die Frage der An- und Abfahrt sowie die der Quartiere. Letztere konnten auf Wunsch in einem bestimmten Bezirk ‘gebucht’ werden.¹²¹ Außerdem mußten die Gaue die ungefähre Stärke ihrer Delegation sowie Art und Zeitpunkt ihrer Ankunft angeben. Von besonderer Bedeutung war „die Zahl der Spielleute, bezw. Musik- und Schalmeyen-Kapellen“, deren Finanzierung durch die Bundesleitung oder Berlin jedoch „vollkommen unmöglich“ war.¹²²

Desweiteren wurden Maßnahmen getroffen, um „die Organisation vor sogenannten wilden Reichstreffenfahrern zu bewahren“. So sollte nur „solchen Kameraden Quartier gegeben“ werden, „die in ihrem Mitgliedsbuch (S. 12) unter ‘Teilnahme am Reichstreffen’ einen von der Ortsgruppe unterstempelten Vermerk“ enthielten. Damit wollte sich die Leitung vor „wilden Latschern“ schützen (s. Kap. 4.2.2.6).¹²⁴ Mit der Neuauflage des Mitgliedsbuches vom April/Mai 1926 wurde dieses außerdem nur noch gegen Quitung an die Mitglieder ausgegeben. Es blieb Eigentum des Bundes und mußte zusätzlich zusammen mit der neu eingeführten ‘Kontrollkarte’ vorgezeigt werden (s. Dok. 2).

Dok. 2 Kontrollkarte des RFB¹²³

<u>Roter Frontkämpfer-Bund e.V.</u>	
Kontrollkarte	
Für.....	Mitgl.-Nr.....
geb.....	Beruf.....
Gau.....	U.-Bez.....
Ortsgr.....	Abt.....
Eingetreten am.....	

Exemplarisch für die zunehmende Symbolhaftigkeit der Ausdrucksweise sollen Auszüge aus Ernst Thälmanns Rede anlässlich des II. Reichstreffens vom 23./24. Mai 1926 unter der Überschrift „Rot Front als Brudergruß und Kampfgelöbni!“ dienen.¹²⁵

„Rot Front! allen Kameraden, den jungen und alten aus allen Gauen Deutschlands zum Gruß!
Rot Front! zum Gruß allen proletarischen Brüdern und Schwestern, die sich mit uns in enger
Kampfgemeinschaft verbunden fühlen.

Rot Front! dem revolutionären Proletariat Berlins, das uns gastlich aufgenommen!

Rot Front als Kampfansage an alle Feinde der Arbeiterklasse.“¹²⁶

Nach einer kurzen emotionalen Einstimmung der Kameraden, die auf „einige Tage“ ihre „Gruben und Fabriken, Werkstätten und Arbeitsplätze“ verlassen hätten und ihren „Stätten des

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ BL-Rundschr. Nr. 12/26, v. 9.4.1926.

¹²² Ebd.

¹²³ LAS 301-4546/10, RKo Nr. 3677/26.II, Berlin, den 5.5.1926.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ SAPMO IZM - 66 B 10185i.

¹²⁶ „Rot Front als Brudergruß und Kampfgelöbni!“, Ernst Thälmann a.d. 2. Reichstreffen v. 23./24.5.1926, in: *Programm zum 2. Reichstreffen*, Mai 1926.

Elends, den Stempelstellen“ und „Wohnhöhlen“ entflohen seien,

„nicht vom Elend besiegt, nicht von der Not bezwungen - erfüllt von dem ganzen Groll und Haß einer unterdrückten Klasse, erfüllt aber auch vom heiligen Kampfeswillen, das Letzte zu opfern, bis die rote Klassenfront auf der ganzen Linie siegreich ist“,

legte Thälmann die politische Situation dar. Nicht weniger emotional und phrasenhaft beschrieb er das „Rote Reichstreffen“ als eine „Angelegenheit der Gesamtarbeiterschaft, der Werktätigen in Stadt und Land, weil es ein lebendiger Ausdruck des Gedankens und des Kampfeswillens der proletarischen Einheitsfront“ sei, deren Erkenntnis die Ursache an der größeren Anzahl der Teilnehmer bilden würde. Außerdem sei der Erfolg der Politik unter der Führung der Kommunistischen Partei auf die „vom RFB mitgetragene Kampagne für das Volksbegehren zur entschädigungslosen Fürstenenteignung“ zurückzuführen, „die Proletarier aus den verschiedensten Parteilagern in eine engere Kampfgemeinschaft gebracht“ habe. Zur „Mobilisierung und Aufrüttelung der breiten Massen des werktätigen Volkes“ verkündete er die „aktuellen Kampfeslosungen“, unter denen die „Arbeiterbataillone des RFB aufmarschieren und die Lauen und Schwankenden und abseits Stehenden aufrufen sollten, sich in die rote Klassenfront einzureihen“:

„Für den Volksentscheid, gegen die Fürsten und Fürstenknechte, gegen die Sabotage der Luther-Regierung und die offenen Diktaturpläne der Bourgeoisie, gegen die Kapitaloffensive, gegen Lohndruck und verlängerte Arbeitszeit, für ausreichende Löhne und Gehälter der unteren und mittleren Beamten, gegen Betriebsstillegungen und Kurzarbeit, für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß“.

Zu den Losungen gehörte der „Kampf gegen die Reaktion“ und der „Kampf gegen die Unternehmeroffensive“ ebenso wie gegen die Reaktion in Reichswehr und Polizei, in der Verwaltungsbürokratie, in der Justiz, („die fast täglich neue Terrorurteile gegen revolutionäre Arbeiter fällt“) und „gegen die faschistischen und vaterländischen Mordorganisationen“. Besonders betonte er die „Massenmobilisierung gegen die Gefahr neuer imperialistischer Kriege“, aus der heraus sich der Kampf gegen „die Bestrebungen in Locarno und Genf“ entwickeln sollte, wo „unter der verlogenen pazifistischen Parole ‘Vereinigte Staaten von Europa’ ein Block der imperialistischen Räuber gegen Sowjetrußland in Vorbereitung“ sei. Thälmann stellte dem die Losung: „Schaffung der vereinigten Arbeiter- und Bauernstaaten des sozialistischen Europas“ entgegen, die in dem Kampf „Krieg dem imperialistischen Kriege!“ mündete. Dieser wiederum beinhalte den „Kampf gegen das kapitalistische System überhaupt und gegen dessen politische Träger und Verteidiger“. In diesem Kampf sei die Kommunistische Partei, „die in den revolutionären Kämpfen der letzten Jahre immer wieder Proben heroischen Kampfeswillens und Opferwillens gebracht“ habe, „unentbehrliche Führerin“ und „eindeutiger Wegweiser und treuer Kampfgenosse“. Hauptvoraussetzung für die „Verbreiterung der roten Klassenfront“ sei die „Er-

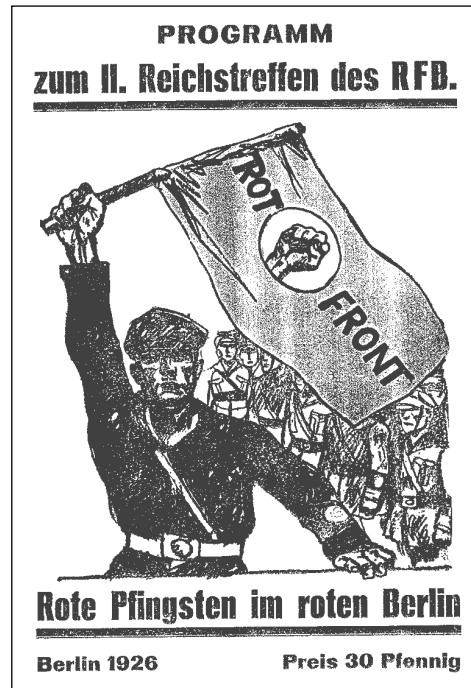


Abb. 6 Programmheft zum 2. Reichstreffen

kenntnis, daß auch der letzte Arbeiter in die proletarische Klassenfront gehört“. Dafür setze der RFB seine ganze Kraft ein.

Aufgrund der schweren Krise, „in der sich die deutsche Wirtschaft befindet“, und der ungeheuren Massenarbeitslosigkeit und Massenverelendung würden die Roten Frontkämpfer „den freien Gewerkschaften neue Massen zuführen, aber auch gleichzeitig in den Gewerkschaften dafür kämpfen, daß sie dem revolutionären Klassenkampf wieder dienstbar gemacht werden“. Das gelte auch für „die Bildung der internationalen Gewerkschaftseinheit, die zu einem mächtigen Bollwerk gegen die Pläne des Weltimperialismus werden“ müsse.

„Kameraden! Das Rote Reichstreffen in Berlin hat nichts gemein mit dem christlichen Feste der Pfingsten, des Herabsteigens des ‘Heiligen Geistes’. Unser Pfingsttreffen ist ein gellender Alarm und Kampfruf. Tragt diesen Kampfruf hinaus in alle Gaue, in alle Städte und Dörfer, überall dort hin, wo Klassengenossen in kapitalistischer Fronarbeit ausgebeutet werden.“

Ausgangspunkt sei der „Massenaufmarsch von vielen Zehntausenden von Roten Frontkämpfern durch die Straßen Berlins“, die die Arbeiterschaft „des ganzen Reiches mit neuer Kampfkraft und neuem Willen zum Klassenkampf erfüllen“ würden:

„Wenn der Marschtritt der Roten Frontkämpferbataillone durch die Straßen Berlins dröhnt, wenn Trommelwirbel und Fanfarenklänge machtvoll erklingen, wird in den Herzen von vielen Tausenden der Glaube an die siegreiche Revolution wieder lebendig werden.“

Daß die Roten Frontkämpfer „trotz Sabotage der Reichseisenbahn und anderer Behörden“ unter „größten Entbehrungen, Opfern und Strapazen“ aus „allen Teilen des Reiches“ gekommen seien, zeige die „Kraft - die noch Großes zu vollbringen vermag“. Wenn auch noch „nicht Zeit“ sei, „Siegesfanfaren zu blasen“, wachse ihre Macht von Jahr zu Jahr. Das Treffen würde „Zeugnis ablegen“ von der ungebrochenen Kraft, die in der deutschen Arbeiterklasse stecke, „von dem ungebrochenen Kampfeswillen und dem Willen zum Sieg“. Unter den roten Fahnen der unaufhaltsam vormarschierenden *Roten Front*, „die die Sturmflaggen der siegreichen Revolution“ seien, „sammeln sich die Ausgebeuteten in Stadt und Land“. Der Aufmarsch müsse ihrem

„Todfeinde, der Bourgeoisie, zeigen, daß wir im ständigen Vormarsch sind, daß die rote Klassenfront beginnt, zu einem unüberwindbaren Bollwerk zu werden. Mit geballter Faust, den Blick auf die leuchtenden Banner gerichtet, laßt uns erneut das Bekenntnis ablegen, daß uns in unserem gemeinsamen Kampfe verbindet:

Wir glauben an den Sieg der roten Fahnen!

Es lebe die rote Klassenfront!

Es lebe die siegreiche Revolution!“

Die von Thälmann benutzte Sprache wurde wie jene der kommunistischen Presse zunehmend von einer Symbolik überschwemmt, die sich zu verselbständigen schien. Eine Systematik ist in diesem Prozeß jedoch nicht erkennbar. Wenn beispielsweise im Programm zum II. Reichstreffen von Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Rotfrontkämpfern die Rede ist, werden daraus Zusammenstöße von ‘Hakenkreuzlern mit der Arbeiterschaft’. Wenn Reichsbannermitglieder bei der Bestattung von Opfern mit dem RFB in einem Zug marschierten (was umgekehrt



Abb. 7 Foto a.d. Programmheft zum II. Reichstreffen

verboten war), bildete sich gegen ‘die schwarzweißrote Front’ die ‘eiserne rote Klassenfront’.¹²⁷ Die Wiederholung der Steigerung zeigte, daß diese Normalität geworden war, wie das Programm zum 2. Reichstreffen verdeutlicht:

„Wir leben, wir kämpfen und wir sterben für die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Aber alle Versuche der Feinde des Proletariats, die revolutionäre Entwicklung der Arbeiterklasse zu hemmen und die dauernd breiter werdende rote Front zu sprengen, werden scheitern und abprallen an der Geschlossenheit der proletarischen Reihen.

Mit den proletarischen Fäusten wird die Arbeiterschaft Berlins und des Reiches die kapitalistische Welt zerschmettern und die wahrhaft rote Republik schmieden.

Dann wird wieder über der Reichshauptstadt die rote Fahne den Sieg des deutschen Proletariats verkünden!“¹²⁸

Richtungsweisend wurde das Veranstaltungsprinzip. Am Beginn stand der Empfang auswärtiger Gäste. Dieser zunehmend zum ersten programmatischen wie propagandistischen Höhepunkt hochstilisierte Veranstaltungsteil geriet aufgrund der „vollkommen ergebnislos“ verlaufenden „Verhandlungen unseres Vertreters m.d. Reichsbahn-A.G.“ zum Politikum.¹²⁹ Einem Rundschreiben vom 9. April 1926 zufolge wollte die Reichsbahn „lediglich zugestehen, daß sogenannte Militär-Transportwagen (Viehwagen) zum vollen Fahrpreis als Sonderzüge eingelegt“ würden. Das sei „Sabotage der Reichsbahn“, die in der Presse „gebrandmarkt“ werden sollte und dort, „wo besonders rabiate Eisenbahndirektionen beheimatet sind“, sollte man gar „vor den Direktionsgebäuden demonstrieren“.

„In Verbindung mit den unerhörten Korruptionsskandalen der Dawes-Bahn ist die Sabotage unseres Reichstreffens durch die Dawes-Agenten politisch auszuwerten.“¹³⁰

Die folgende Empfehlung der Bundesleitung überrascht in Anbetracht der heftigen Vorwürfe. So sollte gestaffelt mit Sonntagsrückfahrkarten gefahren werden, da dadurch die Gesamtstrecke „erheblich billiger“ als „ein Sonderzug zu ermäßigten Preisen“ werde. Es könnten „etliche Kameraden bereits mit einem Zuge vorher“ fahren, um auf den einzelnen Stationen die Karten für sämtliche Kameraden zu besorgen. Sollte das nicht mehr möglich sein, gebe es beschleunigte Personenzüge bzw. Personenzüge, die spätestens Pfingstsonntag gegen 11.00 Uhr vormittags in Berlin einträfen.

Die Anreise zog sich schließlich vom 16. (*Rote Marine* aus Hamburg) bis zum 23. Mai hin. Besonders auffällig waren zwei Sonderzüge am 22. und 23., mit denen über 1.300 Frontkämpfer aus Leipzig und Stettin Berlin erreichten.¹³¹ Die übrigen Auswärtigen kamen auf Lastkraftwagen, mit dem Fahrrad und mit fahrplanmäßigen Eisenbahnzügen. Der Empfang und die Unterbringung der Gäste stellte die 22 Berliner Kameradschaften offensichtlich vor keine großen Probleme. In einzelnen Demonstrationszügen ging es in das Zentralquartierlokal der Gauleitung in der Melchiorstr. 15 (Tel.: Moritzplatz 2450).¹³² Von dort wurden die Ankömmlinge auf die Abteilungen verteilt, die ein Empfangsprogramm im Bezirksquartierlokal ihres Stadtbezirkes arrangiert hatten. Das begann i.d.R. am Sonnabend mit gemeinschaftlichen Abenden, die als ‘Begrüßungsabend’, ‘Roter Abend’, ‘kameradschaftliches’ oder ‘geselliges Beisammensein in den Zuglokalen’ titulierte wurden und teilweise auch Eintritt kosteten (z.B. 50 Pf., Erwerbslose 20 Pf.).

¹²⁷ *Programm zum 2. Reichstreffen*, Mai 1926, S. 19.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ BL-Rundschr. Nr. 12/26, v. 9.4.1926; vgl. auch Finker, S. 91f., der die Verschwörungstheorie übernimmt.

¹³⁰ BL-Rundschr. Nr. 12/26, v. 9.4.1926.

¹³¹ StaHB 4,65-1247, Bl. 146-147/5, N.-Stelle 1806/26geh., Pol.B Nr.118 v. 9.6.1926.

¹³² *Programm zum 2. Reichstreffen*, Mai 1926, S. 23ff.

Außerdem fanden Platzkonzerte, Kundgebungen (Abt. 9), eine Fahnenweihe und Begrüßungsfeier (Abt. 17) oder ein Umzug durch den Ort (Abt. 19) statt.

Der Sonntag begann ab 6.00 oder 7.00 Uhr früh mit dem zunehmend obligatorischen Wecken sowie Platz- oder Frühkonzerten. Bei letzteren kam es ebenfalls zu gelegentlichen Eintrittspreisforderungen (z.B. 50 Pf./25 Pf., Abt. 14). Anschließend fand eine von einigen Abteilungen organisierte „Besichtigung der Kampfstätten der Revolution“ oder eine „Autorundfahrt durch Berlin“ statt (s. Kap. 4.3.2.4). Der Abend endete stets mit einem kameradschaftlichen oder gemütlichen Beisammensein.

Der Montag begann ab 6.00 oder 7.00 Uhr wie der Sonntag: mit Wecken, Früh- oder Platzkonzerten, einer großen ‘Morgenmatinee’ und einem ‘Volksfest’. Auch hier war für das Frühkonzert in zwei Fällen ein Eintritt von 20 Pf. bzw. 30 Pf. zu bezahlen. Zum Platzkonzert der Abteilung 14 waren 400 Spielleute, die Hallesche Hornmusik, angekündigt. In einem Fall war anschließend ein „Ausmarsch nach dem Liepnitz-See“ (Abt. 19) vorgesehen. Auch wurde gemeinsames Baden im Freibad Grünau, Besichtigung der Stadt, Veranstaltung in der Brauerei Pfefferberg, Platzkonzert oder ein Volksfest (Eintritt 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf.) angeboten. Von der Leitung besonders gewünscht war beispielsweise die „Besichtigung des Märzgefallenenfriedhofs im Friedrichshain“. Auch der Nachmittag war ausgefüllt mit Volksfesten (Einzelkarten für Morgen- und Kaffeetafel) oder geselligem Beisammensein. Auch hier mußte bei einigen Veranstaltungen Eintritt bezahlt werden (30 oder 40 Pf., Erwerbslose 20 Pf.). Die Abteilung 14 bot sogar einmal Tanz an.

Das zentrale Ereignis war der Aufmarsch im Volkspark Hasenheide am Tempelhofer Feld in Neukölln am Sonntagnachmittag um 15.00 Uhr mit dem Vorbeimarsch an der Führungsriege von RFB und KPD sowie den geladenen Gästen.¹³³ Einleitend und einstimmend fand ein großer Demonstrationmarsch von mehreren Aufstellungs- und Sammelplätzen statt. Das waren an jenem Tag in Berlin:

12.00 Uhr, Friedrichshain, Spielplatz,

11.30 Uhr, Danzigerstraße, Spielplatz (u.a. Kiel, Nordwest),

12.00 Uhr, Michaelkirchplatz (u.a. Wasserkante u. Rote Marine),

12.30 Uhr auf der Weberwiese trafen sich die Delegationen „anderer proletarischer Organisationen (Sportler, KPD, JSB, RFMB usw.)“ und schlossen sich dem Zuge des RFB an.

Der Anmarsch vom Hauptsammelplatz Friedenstraße begann um 12.30 Uhr und führte durch Straßen, die mit roten Flaggen, Girlanden und Tüchern „mit kommunistischen Parolen“ geschmückt waren.¹³⁴ Nach einem Bericht der politischen Polizei bemängelten Partei- und Bundesleitung in ihrer Nachbetrachtung „die geringe Ausschmückung der Straßen und Häuser im Norden und Osten von Berlin, stellten aber mit besonderer Genugtuung fest, daß die Speisung der auswärtigen Gäste gut und reichlich gewesen sei“.¹³⁵

Im Neuköllner Volkspark waren ausgesuchte Kameraden eingesetzt, die an weißen Binden mit dem Aufdruck ‘Ordner’ zu erkennen waren und denen „unbedingt Folge“ geleistet werden mußte. Neben Darbietungen von 12 RFB-Kapellen, die auf verschiedenen Plätzen des Volksparks Neukölln spielten, sah das zentrale Programm die folgenden Beiträge vor:

¹³³ Ebd., S. 21f.

¹³⁴ Die bürgerliche ‘Welt am Montag’ in Berlin über Berlins „Rote Pfingsten“ nach AZ (Bremen) Nr. 119 v. 26.5.1926 (StaHB 4,65-1247/3, Bl. 126).

¹³⁵ StaHB 4,65-1247/5, Bl. 146-147, N.-Stelle 1806/26geh., Pol.B Nr.118 v. 9.6.1926.

„Programm auf dem Festplatz

1. Rot-Front-Marsch (4000 Spielleute)
2. Brüder, zur Sonne, zur Freiheit ... (500 Schalmeienbläser)
3. Ansprache des Kameraden Ernst Thälmann, 1. Vorsitzender des RFB
4. Warschawjanka (500 Schalmeienbläser)
5. Ansprachen in- und ausländischer Delegierter
6. Wir sind die Arbeitsmänner (500 Schalmeienbläser)
7. Die rote Pyramide (Arbeitersportler, Neukölln)
8. Die Internationale (4000 Spielleute)¹³⁶

Die gesamte Veranstaltung machte das Bemühen der Bundesleitung deutlich, die Einheitsfront zu legitimieren. Dem Leow'schen Jahresrückblick vom April 1926 folgend, wurden Konfrontationen nur zwischen 'Faschisten' bzw. 'Hakenkreuzlern' problematisiert, während das Reichsbanner in Form einzelner Gruppen positiv propagandistisch genutzt wurde. So war in dem Programm des Treffens (S. 20) ein Foto mit einer Gruppe „von Reichsbannerkameraden“ abgebildet, die sich „trotz Verbots der Reichsbannerleitung“ als „starke Kranzdeputation an der Beisetzung unseres von Faschisten in Charlottenburg ermordeten Kameraden Klaffert“ beteiligten haben sollen.¹³⁷ Außerdem waren beispielsweise an einigen Häusern im Osten Berlins „neben den roten Fahnen, die zur Begrüßung des Demonstrationzuges ausgehängt waren, auch Fahnen in den Reichsfarben schwarz-rot-gold zu beobachten. Im Demonstrationzuge selbst wurde eine rote Fahne mit schwarz-rot-goldener Gösch mitgetragen.“¹³⁸ Bereits auf der 3. Reichskonferenz, die von der Diskussion um die Einheitsfront bestimmt war, war mehrfach von Berliner RB-Kameraden die Rede, die zu ihrer Führung in Opposition stehen würden und sich an Einheitsbestrebungen beteiligt hätten.¹³⁹ Es kommen jedoch Zweifel an der Bedeutung der Berliner Verhältnisse auf, wenn man die Beachtung einer 60 Personen starken Delegation des Kieler Reichsbanners näher betrachtet, die ein Plakat mit sich führte, bei dem auf der Vorderseite 'Reichsbanner-Delegation aus Kiel' und auf der Rückseite 'Einheitsfront' stand.¹⁴⁰

„In der Masse wurde als auffällige Erscheinung besonders bemerkt eine reichsbannermäßig uniformierte Gruppe aus Kiel, mit schwarz-rot-goldenen und roten Abzeichen. Mit sich führten sie ein Schild: 'Für die Einigung der Arbeiterklasse.' Der Polizeipräsident Friedensburg der mit einer Reihe höherer Polizeioffiziere die Polizeimaßnahmen kontrollierte, wurde mit einem tausendfachen Ruf: 'Rot Front' begrüßt.“¹⁴¹

Über die Identität dieser Gruppe kam es in den Nachbetrachtungen zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen, da das Reichsbanner diese Gruppe als Fälschung brandmarkte.¹⁴² Es ist an dieser Stelle zwar nicht zu klären, welche Darstellung der Wahrheit entspricht, festzuhalten ist jedoch die propagandistische Ausnutzung der symbolischen Bedeutung der 'Farben' und der 'Uniform'. So kam neben einem Foto dieser Gruppe in der kommunistischen Presse ein Bericht in die Moskauer *Tass*, die diesen Vorfall besonders hervorhob:

¹³⁶ Programm zum 2. Reichstreffen, Mai 1926, S. 21.

¹³⁷ Programm zum 2. Reichstreffen, Mai 1926.

¹³⁸ StaHB 4,65-1247/5, Bl. 146-147, N.-Stelle 1806/26geh., Pol.B Nr.118 v. 9.6.1926.

¹³⁹ Bericht und Protokoll zur 3. Reichskonferenz, passim (LAS 301-4547/11); Arbeitsplan für April und Mai 1926, GL Berlin-Brandenburg, S. 2, Anl. 7 (LAS 301-4547/11B); vgl. auch Schuster, S. 154.

¹⁴⁰ StaHB 4,65-1247/5, Bl. 146-147, N.-Stelle 1806/26geh., Pol.B Nr.118 v. 9.6.1926.

¹⁴¹ AZ (Bremen) Nr. 119 v. 26.5.1926 (StaHB 4,65-1247/3, Bl. 126), Zitat aus dem Artikel: 'Wie sie über das Rote Pfingsttreffen schwindeln' nach „die bürgerliche 'Welt am Montag'“.

¹⁴² StaHB 4,65-1247/4, Bl. 140, N.-Stelle 558/26, Pol.B Kunze.

„Ganz besonders begrüßt wurden einige Gruppen des Reichsbanners (das von Sozialdemokraten und Demokraten geleitet wird) die am Festzuge teilnahmen. Die Mitglieder dieser Gruppen waren in Uniform erschienen.“¹⁴³

Am II. Reichstreffen sollen ca. 50.000 Rote Frontkämpfer teilgenommen haben, darunter rund 2000 vom Gau Wasserkante.¹⁴⁴ Zwei Ereignisse kommunistischer Festkultur bildeten den Rahmen dieser Zusammenkunft. So kam es am Abend des 22. Mai zu einer Kranzniederlegung von Angehörigen der *Roten Marine* an den Gräbern der am 24. Dezember 1918 im Kampf um den Marstall gefallenen Matrosen der Volksmarinedivision. Und am Ende des Pfingsttreffens folgte eine Kundgebung im Volkspark Neukölln, zu der laut Finker „etwa 500.000 Berliner Werktätige und auswärtige Gäste“ gekommen waren.

Die verschiedenen Treffen der Organisation waren zunehmend zu einem Handelsereignis geworden. Rechtzeitig vor dem II. Reichstreffen, hatte die Bundesleitung den einzelnen Ortsgruppen im Mai 1926 untersagt, „mit ihren Photos, Ansichtspostkarten und sonstigen lokalen Eigenheiten Handel“ zu treiben, da bei „der Intensität vieler Ortsgruppen auf diesem Gebiet“ zu befürchten sei, „daß aus dem Reichstreffen ein Jahrmarkt zur Finanzierung der Ortsgruppenkasse“ würde. Der Handel auf dem Reichstreffen sollte ausschließlich von der Bundesleitung organisiert werden.¹⁴⁵ Auskunft über den Umfang an 'Handelswaren' geben die Anzeigen im Programm zum Treffen. Außer für die üblichen RFB-Utensilien wie Musikinstrumente, Fahnen oder Banner wurden von der Warenvertriebsstelle des RFB (Berlin S 14, Prinzenstraße 74, Fernsprech-Anschl.: Moritzplatz 1854) Dekorationsartikel, neuartige Runen, Festabzeichen, Papiergirlanden, Papierlaternen, Papierfähnchen, Mützenschilder und Stocknägeln, Broschen und Nadeln mit Lenin- und Frunsebildern, Fahnnennägel, Fahnnenschleifen und Kranzschleifen angeboten.¹⁴⁶ Auf Seite 8 des Programms heißt es weiter, daß jeder Funktionär „zwecks Information über Preise usw.“ die *Fahnen-, Plakate- und Propaganda-Ausstellung* am 2. Pfingstfeiertag in den *Sophiensälen*, besuchen „muß“. Darüber hinaus bot z.B. Gustav Neumann (Ww. in der Wallstr. 81 Ecke Neue Roßstraße Untergrundbahnhof Inselbrücke) neben *Rotfeuer* (Kilogramm 1,20 Mark), *Feuerwerkskörpern*, Fackeln jeder Art „für Umzüge zu Engrospreisen“ und auf „Wunsch Anfertigung von Sowjetsternen und Abzeichen, sowie RFB. und KJI“ an (S. 12). Die Metallwarenfabrik Hermann Aurich (Dresden A. 16, Blumenstraße 49, Tel. 33814) pries sich als „Alleiniger Hersteller des ges. gesch. Bundesabzeichen des ROTEN Frontkämpfer-Bundes“ und bot „Festabzeichen, Plaketten in Emaille und geprägter Ausführung“ in Massenherstellung an (S. 35).

Das Pfingsttreffen des RFB verlief dem Polizeibericht zufolge „im allgemeinen ruhig“. Lediglich am Pfingstsonnabend sowie in den Morgenstunden des 25. Mai sei es zu „einigen Zwischenfällen“ gekommen.¹⁴⁷ Der protokollierende Beamte stimmte im wesentlichen den Berichten aus der *Roten Fahne* vom 25. (Nr. 118a) und vom 26. Mai 1926 (Nr. 119 Beil.1), sowie der *Roten Front* Nr. 11, Jahrg. 3 vom Juni 1926 zu, die in „eingehender und ziemlich objektiver Weise über die Veranstaltung berichtet“ hätten. Danach hatten sich an dem Umzug etwa 21.200 uniformierte Rote Frontkämpfer, etwa je 200 Mitglieder der RM und des RFMB und etwa 3000 nicht uniformierte Mitglieder der KPD (darunter „auch Postbeamte“), die RH und etwa 450 Kinder beteiligt. Begleitet wurde der Umzug von 140 Musikkapellen und 780 Fahnen.

¹⁴³ StaHB 4,65-1247/5, Bl. 146-147, N.-Stelle 1806/26geh., Pol.B Nr.118 v. 9.6.1926.

¹⁴⁴ Finker, S. 91f.

¹⁴⁵ BL-Rundschr. Nr. 12/26, v. 9.4.1926.

¹⁴⁶ Programm zum 2. Reichstreffen v. 23./24.5.1926.

¹⁴⁷ StaHB 4,65-1247/5, Bl. 146-147, N.-Stelle 1806/26geh., Pol.B Nr.118 v. 9.6.1926.

Der militärische Aspekt des II. Reichstreffens

In der Einschätzung des Reichstreffens als „wohl gelungenes militärisches Schauspiel“ war man sich in den unterschiedlichen Stellungnahmen erstaunlich einig (ausgenommen sind lediglich die üblichen Zahlenstreitereien bezüglich der Beteiligung und gelegentliche Anfeindungen gegnerischer Verbände).¹⁴⁸ Während einer der beobachtenden Polizeibeamten im Rückgriff auf Formulierungen Thälmanns von „Soldaten der Revolution“ und jenen im Programm zum Reichstreffen wie „Der Rote Frontkämpfer ist Soldat der Roten Klassenfront“ oder den „Roten Frontkämpfer-Bataillonen“ von *Militarismus* sprach, machte der Demonstrationzug selbst auf ihn „einen sehr gut disziplinierten Eindruck“. Er hob besonders die gute „militärische Haltung und gute gleichmäßige Adjustierung der Roten Frontkämpfer aus den Gauen Halle-Magdeburg, Ost- und West-Sachsen, Niedersachsen und Thüringen“ hervor und brachte einen wichtigen Gedanken zu Protokoll:

„Man gewann den Eindruck, daß der RFB tatsächlich eine militärische Kampforganisation darstellt und, was vielleicht das wichtigste ist, daß jeder Frontkämpfer sich als ‘Soldat’ fühlt.“¹⁴⁹

3.1.3.1

In der *Roten Fahne* Nr. 116a vom 25. Mai 1926 schrieb Otto Steinicke in seinem Bericht ‘Die Masse marschier!’ von einem „Militärischen Strom“, der sich nach dem Volkspark in Neukölln bewegte, von der „Fahnen-Kompagnie“, die anmarschierte und von der *Parade*, die Thälmann abnahm. An anderer Stelle heißt es: „Im Gleichschritt bewegt sich das ganze Heer vorwärts, heute marschieren sie auf zur Heerschau der Roten Soldaten“.¹⁵⁰

Die feierliche Übergabe einer von den Moskauer Gewerkschaften gestifteten Fahne und die Delegationen aus Frankreich, der Tschechoslowakei und Österreich¹⁵¹ sollten nicht nur eine ‘internationale Solidarität’ demonstrieren, in Verbindung mit „Glückwunschadressen“, die laut Polizeibericht „angeblich“ aus Rußland übersandt worden seien, „so u.a. von Bulhenny und Woroschilow“, wurde Thälmann auch etwas Staatsmännisches verliehen.¹⁵² Darüber hinaus würden „Teile der Roten Armee das Cheftum über einzelne Gauen des RFB übernehmen“ wollen, und Vertreter des RFB sollten zur „Förderung der militärischen Ausbildung“ nach Moskau abkommandiert werden zwecks Teilnahme an den Militärkursen der Sowjetunion.¹⁵³

Während das Reichstreffen des RFB an den ersten beiden Pfingstfeiertagen im allgemeinen vollkommen ruhig verlaufen war, kam es am Dienstag nach Pfingsten in Berlin-Neukölln zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Roten Frontkämpfern, Mitgliedern des Stahlhelms und der Polizei.¹⁵⁴ Die Beschreibung des Szenarios durch die Politische Polizei erinnert an die Vorgänge des Jahres 1923. So soll in der ersten Juniwoche beim ZK der KPD in Berlin (Rosenthalerstraße 38) eine Besprechung stattgefunden haben, an der sich führend der Reichstagsabgeordnete Thälmann und der Preußische Landtagsabgeordnete Wilhelm Pieck beteiligt hätten. Dabei sollte die Parteileitung der KPD, nach deren Ansicht in Verbindung mit ihrem Legalitätskurs „Zusammenstöße mit der Polizei vermieden werden“ müßten, „den ultralinken Kreisen der KPD“ die Schuld an den Zusammenstößen in Neukölln gegeben haben. Derartige Aktionen seien zwecklos,

¹⁴⁸ *Bremer Volkszeitung* nach AZ (Bremen) Nr. 119 v. 26.5.1926 (StaHB 4,65-1247/3, Bl. 126).

¹⁴⁹ StaHB 4,65-1247/5, Bl. 146-147, N.-Stelle 1806/26geh., Pol.B Nr.118 v. 9.6.1926.

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Finker, S. 93.

¹⁵² StaHB 4,65-1247/5, Bl. 146-147, N.-Stelle 1806/26geh., Pol.B Nr.118 v. 9.6.1926.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Ebd.

„solange nicht die KPD bzw. der RFB die unbedingte Sicherheit hätten, bei solchen Aktionen der Polizei die Karabiner und Gummiknüppel wegnehmen zu können. Dies bedeute dann allerdings die Einleitung einer Umsturzaktion und weiterhin die proletarische Revolution. Da dieser Augenblick noch nicht gekommen sei, müsse die Partei durch strammste Disziplin auf die Massen wirken und zeigen, daß sie im Gegensatz zu den 'faschistischen Verbänden' keinen Polizeischutz nötig mache. Im weiteren Verlauf der Besprechung habe sich Thälmann noch scharf gegen die Ultralinken und deren Drängen zur Aktion gewandt und darauf hingewiesen, daß der Befehl zur Aktion vom ZK der KPD gegeben werden und daß nicht irgend eine kleine Clique von sich heraus selbständig zur Aktion schreiten könne. Thälmann habe auch die Ansicht vertreten, daß solche Vorfälle wie in Neukölln, bei denen auch die Polizei angegriffen worden sei, der kommunistischen Zersetzungsarbeit in der Polizei 'die große Fortschritte mache', sehr schädlich seien.“¹⁵⁵

„Das Reichstreffen des RFB in Berlin hat gezeigt, daß in den Reihen des RFB eine straffe, militärische Disziplin herrschte; es hat zweifellos zur Stärkung des Selbstbewußtseins der Bundesmitglieder beigetragen und zweifellos auch den Erfolg gezeitigt, daß neue Mitglieder und Sympathisierende dieser kommunistischen Kampforganisation zuströmen werden. Das straffe und geschlossen Auftreten der Rotfrontkämpfer in Berlin beweist, daß die wochen- und monatelange planmäßige streng militärische Winterausbildung aufgrund des Kommando-Reglements des RFB ihre Früchte zu tragen beginnt. Daß selbst sozialdemokratische Pressestimmen den äußeren Eindruck des öffentlichen Auftretens Roter Frontkämpfer richtig beurteilen, beweisen die Ausführungen, die *Das Volk* - das Hauptblatt der SPD Thüringens - zum Gautreffen des Gaus Thüringens des RFB an Ostern in Weimar gemacht hat. *Das Volk* schreibt: „Die Arbeiter, die stundenlang durch die Straßen Weimars geführt wurden, zeigten eine Disziplin, wie sie nur beim Kommiss verlangt wurde, das waren die Soldaten von 1914! ... Diese Beurteilung trifft auch für das Reichstreffen des RFB in Berlin zu.“¹⁵⁶

Nach der bürgerlichen Berliner *Welt am Montag* vollzog sich das „Rote Pfingsten“ in „völliger Ruhe und Ordnung“,¹⁵⁷ von der Bremer AZ in einer Rückschau zur Presse „Wie sie über das Rote Pfingsttreffen schwindeln“ vom 26. Mai 1926 als positives Beispiel genannt (nur die Anzahl der Teilnehmer schätzte sie anders ein), da sie die „Lügenberichte der Hugenbergpresse“ als „böswillige Hetzmanöver“ ansah. Statt dessen lobte die *Welt am Montag* die Disziplin, mit welcher „die Zehntausende von Arbeitern sich benahmen“.

„Um 3 Uhr nachmittags ist der weite Plan des Volksparks von einer schaulustigen Menge umsäumt, die nach Zehntausenden zählt und deren Zahl dauernd wächst. Gegen 4 Uhr gellen die ersten Trompetensignale. Kalbfellgerassel und Pfeifenklänge tönen von fern, dann marschiert in vorbildlicher Ordnung die erste Abteilung auf der Wiese auf. Rote Marine. Man zählt die anrückenden Gruppen und Züge; aber bald wird das Zählen unmöglich, denn jetzt marschiert Abteilung auf Abteilung, Bataillon auf Bataillon in unabreißbar scheinender Folge heran. Vor jeder Truppe her wirbeln die Spielleute. Während sich der Platz immer mehr füllt, zieht sich vorne am Kopf der aufmarschierenden Kolonnen ein Kordon von Roten Ordnern entlang.

Um 6.30 Uhr standen endlich etwa 45.000 Mann auf dem Paradenfeld.

Zwischendurch spielten Kapellen die Internationale und die Warschawjanka, revolutionäre Melodien und alte preußische Weisen mit unterlegten revolutionären Texten“¹⁵⁸

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ 'Rote Pfingsten' in: *Welt am Montag*, Berlin nach AZ (Bremen) Nr. 119 v. 26.5.1926 (StaHB 4,65-1247/3, Bl. 126).

¹⁵⁸ Ebd.

Von der Siegesstimmung zum Führerprinzip - der Herbst 1926

Der Erfolg und die relativ weit verbreitete Anerkennung nach dem II. Reichstreffen hatten in den Führungsgremien eine Siegesstimmung geschaffen, die Folgen hatte. Im September 1926 wurde neben noch größerer Unflexibilität auf der unteren Ebene,¹⁵⁹ sozusagen als verbale Bestätigung des „Führerprinzips“, der Begriff „Leiter“ in „Führer“ umgewandelt.¹⁶⁰ Die hierarchische Funktionärsstruktur lautete:

Gruppenführer, Zugführer, Kameradschaftsführer, Abteilungsführer, Ortsgruppenführer, Untergaueführer, Gaueführer und Bundesführer.¹⁶¹

Mit den - dem Rundschreiben beigefügten - Entwurf von *Richtlinien über den Aufbau des RFB u. die Aufgaben der einzelnen Formationen* vom 8. September 1926 wurde nach der bereits bestehenden zahlenmäßigen Festlegung einer Gruppe auf acht Mann und einen Gruppenführer nun auch der Zug mit vier Achtergruppen und einem Zugführer detailliert festgelegt. Die Gruppe wurde ausschließlich durch ihren Führer definiert. Dessen Rolle wurde mit den Worten beschrieben, er müsse „jedem Mitglied seiner Gruppe Führer, Freund und Berater sein“.¹⁶² Neben seiner Verantwortlichkeit für die pünktliche Beitragszahlung der Mitglieder habe er dafür Sorge zu tragen, daß „zum Antreten seine Gruppe immer pünktlich und vollzählig zur Stelle ist und daß während des Marsches, bei Demonstrationen usw. straffste Disziplin eingehalten wird“. Die Aufteilung der Kompetenzen zwischen dem politischen und dem technischen Führer wurde 1928 in *Der Rote Führer* dargestellt.¹⁶³ Von der Spitze, Thälmann und Leow, bis hinunter zur Kameradschaftsführung trug danach der politische Führer (1. Vorsitzender) die „Gesamtverantwortung für die Führung der ihm unterstellten Formationen“. Ihm unterlag auch faktisch die Kontrolle der gesamten Organisation. Die Kommandogewalt kann er bei Ausmärschen, Kundgebungen oder Wehrsportübungen an den technischen Führer weitergeben. Der technische Führer hatte dagegen hauptsächlich für die militärische Ausbildung der Mitglieder (Kommando-Reglement und Wehrsport) und die Durchorganisation (straffe Disziplin) der Formationen Sorge zu tragen. Neben der Karteiführung war er darüber hinaus für die organisatorischen Vorbereitungen aller Veranstaltungen zuständig. Dazu gehörte außer der Beschaffung von geeigneten Räumen auch die Aufstellung von Marsch- und Übungsplänen (nach Anweisung des politischen Führers).¹⁶⁴

Der Entwurf der *Richtlinien*... beschreibt in seiner Einleitung als Leitgedanken „eine einheitliche Benennung der einzelnen Formationen und Funktionen und dadurch eine geschlossene Organisationsarbeit und straffere Disziplin“.¹⁶⁵ Interessanterweise wurde der Organisationsaufbau neben dem Ziel als Ausdruck seines Charakters definiert. Fundament war die Darstellung des RFB als ‘Arbeiterorganisation’, deren Ziel der „Kampf gegen imperialistische Kriege und Kriegsgefahr, Sammlung aller Arbeiter und Erziehung zum Klassenbewußtsein“ sei. In der Aufgabendarstellung der Formationen wurde der gewünschte Charakter des RFB als eine Agitationstruppe in den Vordergrund gestellt.

¹⁵⁹ Vgl. Schuster, S. 97.

¹⁶⁰ BL-Rundschr. v. 8.9.1926.

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ „Die Abteilung des politischen und technischen Führers“, in: *Der Rote Führer*, Funktionärszeitung des RFB und der RJ, 2. Jg. Nr. 10, Oktober 1928, S. 204ff. Vgl. auch Schuster, S. 101.

¹⁶⁴ Ebd.

¹⁶⁵ *Richtlinien über den Aufbau des RFB. und die Aufgaben der einzelnen Formationen*, 1926.

Die Aufgabenbeschreibung der Formation durch die Führungsinstanz zieht sich durch den gesamten Richtlinienentwurf. Die Zugführung wurde für die Fortbildung verantwortlich gemacht. Sie sollte einerseits den kameradschaftlichen Geist pflegen und andererseits das Zuglokal als „Sammelpunkt aller Kameraden des Zuges“ festlegen, ein Zusammenhang, der eine Verbindung zu bierseeliger 'revolutionärer' Gemütlichkeit nahelegen könnte. Ein Gedanke, der durch den Zusatz, daß „der einzelne Kamerad“ in dem Lokal „stets Auskunft erhalten“ könnte, eher noch verstärkt wird. Eine regelmäßige wöchentliche Zugsitzung an einem bestimmten Tage war auch für die Kassierung gedacht.

Der vier Mann starken Kameradschaftsführung fiel neben ihrer Kontrollfunktion die Aufgabe zu, „den Zügen Anweisungen für die bessere Ausgestaltung der Zugabende zu geben“ und „Bildungsarbeit durch Abhaltung von gut vorbereiteten Kameradschaftsabenden zu leisten“. Diese dürften „keinesfalls öfter wie 14tägig abgehalten werden und auch dann nur, wenn besondere Veranlassung dazu vorliegt, um eine unnötige Belastung der Kameraden zu vermeiden und der Initiative in den Zugabenden mehr Spielraum zu gewähren.“ In der Woche, in der ein Kameradschaftsabend stattfinden würde, sollten alle Zugabende ausfallen.

Die neuen Richtlinien sahen vom Zug an aufwärts jeweils die Position eines technischen Führers vor, der für die Agitation des RFB verantwortlich zeichnete. Unter seiner Aufsicht lag vor allen Dingen („seine ganze Aufmerksamkeit und Tätigkeit“) die Durchführung einer straffen Organisation. Dazu gehörte neben der Führung einer Kartothek über die Mitgliederbewegung, „die Organisation von Veranstaltungen, Roten Tagen, Gautreffen usw. durchzuführen“. Desweiteren hatte er die Aufgabe,

„die Mitglieder nach dem von der Bundesführung herausgegebenen Exerzierreglement einzutüben. Er hat bei Aufmärschen, Demonstrationen, unter Berücksichtigung der Befehle der Gesamtführung, die Führung.“¹⁶⁶

Der mehr theoretische Teil der Ausbildung lag beim „Bildungsobmann“ und dem *Ressort Bildung*.

„Unsere Mitglieder sind Arbeiter, denen in den kapitalistischen Schulen ein erbärmliches Maß von Wissen vermittelt wird. Jedes Mitglied hat die Pflicht, sein Wissen zu bereichern. Da dieses bei der finanziellen Lage des größten Teiles unserer Mitglieder furchtbar schwer ist, muß diese Schulungsarbeit kollektiv unter der Leitung des Bildungsobmannes geleistet werden.“¹⁶⁷

Besonders hervorgehoben wurde außerdem die „Schaffung einer guten Bibliothek“, die „von allen Mitgliedern eifrig benützt werden muß“.¹⁶⁸

Nach den angefügten separaten Bestimmungen über Spielmannszügen und Musikkapellen folgte weitere über „Bundesbekleidung und Abzeichen“, die u.a. das Tragen einer ordnungsgemäßen Bundesbekleidung anmahnten und gleichzeitig das Tragen derselben bei Teilnahme an Demonstrationen von Organisationen, die gegen die politische Linie des RFB kämpften, verboten¹⁶⁹ (s. Kap. 4.3.1.2).

Nach den *Ausführungsbestimmungen zu den Richtlinien über den Aufbau des RFB* vom November 1926 war auf der unteren Ebene von einer Wahl keine Rede mehr.¹⁷⁰ Statt dessen sollte der Gruppenführer von dem Zugführer „eingesetzt“ werden, dem die Gruppe unterstand. Auf

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ StaHB 4,65-1248/1, Bl. 15A, Ausz. a.d. Pol.LB W.33 des Pol.PRÄS Stuttgart v. 29.9.1926.

¹⁷⁰ StaHB 4,65-1248/2 Bl. 64, Pol.LB W. 39 des Pol.PRÄS. Stuttgart v. 10.11.1926. Vgl. Schuster, S. 98.

den anderen Ebenen änderte sich nichts. Betont wurde besonders die militärische Ordnung und Disziplin. Bereits beim Antreten der jeweiligen Formation begann eine Prozedur nach militärischem Vorbild, bei der die Meldungen „in strammer Haltung mit zum Gruß erhobener Faust“ zu geschehen hatten:

„Beim Antreten des Zuges, der Kameradschaft oder der gesamten Abteilung bzw. Ortsgruppe melden die Gruppenführer dem Zugführer die Antrittsstärke ihrer Gruppe und die entschuldigt und unentschuldigt fehlenden Kameraden. - Die Zugführer melden darauf dem Kameradschaftsführer die Antrittsstärke ihres Zuges und sonstiges Wichtige. In derselben Weise melden dann die Kameradschaftsführer dem Abteilungs- bzw. Ortsgruppenführer.“¹⁷¹

Zusätzlich bekam die „Disziplin“ einen eigenen Abschnitt, in dem noch einmal ihre Bedeutung für den „Charakter“ der Organisation und deren Aufgaben hervorgehoben wurde. Der als ‘Kadavergehorsam’ bezeichneten militärischen Disziplin wurde darin die ‘proletarische’ entgegengestellt, deren Merkmal die „freiwillige Einordnung und Befolgung der Anweisungen beim Antreten und im Marsch“ ebenso sei wie das disziplinierte „Einsetzen für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse“. In den *Richtlinien für die Sommerarbeit der RJ 1927*¹⁷² wurde der „proletarischen Disziplin“ die Bezeichnung „Einordnung“ und der „militärischen“ die Bezeichnung „Kadavergehorsam“ eigens in Klammern hinten an gestellt und folgendermaßen erklärt:

„freiwillige Einordnung und Befolgung der Anweisungen beim Antreten und im Marsch, sowie diszipliniertes Einsetzen für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse“.¹⁷³

Während die RJ in der Hierarchie mit ihren beiden Führern und deren Mitarbeitern weiterhin dem RFB untergeordnet war, wurde in den *Ausführungsbestimmungen zu den RJ.-Richtlinien* darauf geachtet, daß die Jugendorganisation nach außen hin eine sichtbare Agitationspräferenz bot. So wurde das Märzaufgebot zum institutionalisierten Ritual der „Überführung der 21 Jahre alt gewordenen Kameraden in den RFB“ ausgebaut.¹⁷⁴ Bei öffentlichen Veranstaltungen hatte die RJ grundsätzlich den RFB zu unterstützen und konnte seine Abteilungen und Kameradschaften jeweils durch eine „große Fahne“ kenntlich machen. Lediglich dem Zug wurde nur ein Wimpel zugestanden. Die interne Abhängigkeit der RJ vom RFB bestätigt sich durch das Verbot der Aufstellung eigener Kapellen, während auch hier nach außen hin die Jugendorganisation dokumentiert werden sollte. So sollte „darauf geachtet werden, dass RJ.-Kameraden in diesen Spielmannszügen eingestellt werden, die bei Ausmärschen der RJ mit und vor der RJ marschieren“.

Nachdem im Oktober ein ausgefeiltes Programm zum 9. Jahrestag der russischen Revolution am 7. November versandt worden war,¹⁷⁵ folgten das *Jahresprogramm für 1927*¹⁷⁶ und die schon erwähnten *Richtlinien für die Sommerarbeit der RJ 1927*.

Anfang November 1926 gab die RFB-Bundesführung erste Anweisungen zur Reichskonferenz am 5. und 6. März 1927 in Düsseldorf.¹⁷⁷ Sie forderte in erster Linie akzeptable Berichte der Ortsgruppen an, die nicht nur eine „schematische Aufzählung der stattgefundenen Treffen und Roten Tage“ enthalten dürften, sondern Tätigkeiten hervorheben mußten, die „nicht sofort jedem in die Augen“ fielen. „Äußerst wichtig“ sei „die Gegnerarbeit“, d.h. „die organisatorischen

¹⁷¹ *Ausführungsbestimmungen zu den Richtlinien über den Aufbau des RFB. und die einzelnen Formationen*, ca. November 1926.

¹⁷² *Richtlinien für die Sommerarbeit der RJ 1927*.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Programm und Anweisungen für öffentliche Ortsgruppen- und Abt. Abende zum neunten Jahrestage der russischen Revolution am 7. November, BL im Oktober 1926 (SAPMO FBS 310/13143, I 4/2/12, Bl. 22-29).

¹⁷⁶ SAPMO FBS 310/13143, I 4/2/12, Bl. 40-42.

¹⁷⁷ BF-Rundschr. Nr. 23 vom 5.11.1926.

und politischen Maßnahmen, die zur Zersetzung und Niederzwingung des Gegners eingeleitet und durchgeführt wurden“. Darüber hinaus folgten allgemeine Hinweise für die Jungfront und die vom Bundesausschuß am 2./3. Oktober beschlossene Betriebsgruppenregistrierung. Da bis zu jenem Zeitpunkt „fast kein einziger Gau berichtet“ hatte, „in welcher Form die Schulungsarbeit durchgeführt“ wurde, folgte auch in dieser Richtung eine eindringliche Mahnung. Desweiteren wurde auf die „in allen Gauen lebhaft gewünschte Funktionärszeitschrift“ hingewiesen, die mit 16 Seiten Umfang 15 Pfg. kosten, ab 1. Dezember erstmalig und danach einmal im Monat erscheinen sollte.

Neben den neuen *Richtlinien über den Aufbau des RFB und die Ausführungsbestimmungen* (6 Pfg. f. d. Gaue; 10 Pfg. f.d. Mitglieder), Sparmarken (25, 50 Pfg. und 1 Mk) und Karten wurde die Herausgabe der neuen Liederbücher für 40 Pfg. (Preis f.d. Gaue 25 Pfg.) angekündigt. Außerdem wurden die Gauführungen aufgefordert, „sofort eine genaue Aufstellung ihrer Spielmannszüge auf anliegendem Fragebogen einzusenden (außer dem Gau Ruhrgebiet, der diese Aufstellung bereits vor einigen Tagen einsandte)“.¹⁷⁸ Im Zusammenhang mit der eingeforderten besseren „Übersicht der einzelnen Gaugebiete“, für die die Bundesführung „sofort eine gute Karte ihres Gaugebietes“ benötigte, sind Spekulationen über Sinn und Zweck Tür und Tor geöffnet. Gründe für diesen Wunsch nennt das Rundschreiben nicht. Bevor sie „mit Rot Front!“ ihren Erwartungen nach schnellster „Durchführung der gegebenen Anweisungen“ Ausdruck verlieh, wies die BF noch auf ihre neuen Räume in der Brückenstr. 6a hin (gleich am Stadtbahnhof Janowitzbrücke, Nähe Alexanderplatz, Telefonverbindung: Amt Moritzplatz 4364 - 4365 und 2450).

Nicht in die agitationspolitische Landschaft zu passen scheint ein Rundschreiben der Gauführung Württemberg vom 15. Dezember 1926, wobei die schon fast demoralisierende Klage über die „Hilflosigkeit der Ortsführungen“ anlässlich der Arbeiten zum *Kongreß der Werktätigen* (KdW) sicherlich in erster Linie als regionale Schwierigkeit anzusehen ist.¹⁷⁹ Die Argumentationshilfe durch die Agitation bekommt in ihrem Ergebnis einen reichsweiten Charakter. Anfänglich wurde „den weitaus meisten Ortsgruppen“ der „Willen zur Arbeit“ abgesprochen, was u.a. damit begründet wurde, daß sie die „Gelegenheit zum Aufmarsch des RFB“ - obwohl „in dieser Frage genügend geboten“ - „nicht ausgenützt“ hätten. Nachdem über die Ausgabe von Sammelkarten und Marken zum KdW geklagt worden war, lehnte es die Gauführung strikt ab, „Entschuldigungen mit dem Hinweis auf Überlastung“ zuzulassen - vor allen Dingen nicht bei den Parteilosen. Abschließend kam das Ergebnis:

„Ferner muß in Zukunft jede Gelegenheit zum Aufmarsch im Ort benützt werden, um die Organisation bekannt zu machen. - Heraus aus der Reserve, macht die Öffentlichkeit im Jahre 27 auf den RFB durch geschlossene Aufmärsche innerhalb und außerhalb des Ortes aufmerksam!

Einkleidung der Kameraden, Bildung von Spielmannszügen und Musik- oder Schalmeienkapellen sind in verstärktem Maße in Angriff zu nehmen und müssen der politischen Arbeit die wirksamste Unterstützung bringen.“¹⁸⁰

Es ist anzunehmen, daß diese Ankündigung im Einverständnis mit der Bundesleitung vorgenommen wurde und somit als zu dem Zeitpunkt vorherrschende Meinung anzusehen ist.

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ GF-Rundschr. A.O.18 v. 15.12.1926, (An: Gau Württb.) Ausz. a.d. Stuttgarter Pol.LB W.1 v. 4.1.1927, in: StaHB 4,65-1248/4.

¹⁸⁰ Ebd.

Der Jahresplan 1927 - die vorweggenommene Agitationsstruktur.

Von der strafferen Organisierung der 4. Reichskonferenz zum Schwur des III. Reichstreffen

Mit dem *Jahresprogramm 1927* legte der RFB erstmals einen systematisch durchstruktururierten Agitationsplan vor.¹⁸¹ Neben den Hauptveranstaltungen des Bundes, der Reichskonferenz (5./6.3.) und dem Reichstreffen waren an ebenfalls zentralen Ereignissen einerseits das *Reichsferienlager der RJ* (1.-21.7.) und die *Reichsführerschule des RFB* für Ende August, andererseits die folgenden überregionalen Treffen vorgesehen:

- 5./6.3. Westdeutsches Treffen m. Reichskonferenz in Düsseldorf,
- 27.3. Mitteldeutsches Treffen in Magdeburg,
- 3.4. Süddeutsches Treffen in Stuttgart,
- 24.7. Norddeutsches Treffen in Hamburg,
- 21.8. Sächsisches Treffen in Dresden und
- 4.9. Reichsmarinetag in Stettin.

3.1.4

Zu den Treffen gab es jeweils organisatorische Anweisungen über die Beteiligung der umliegenden Gaue bzw. der einzubeziehenden ausländischen 'Bruderorganisationen', um einen großen und werbewirksamen Aufmarsch zustande zu bringen.

Zum *Westdeutschen Wintertreffen*, das mit der Reichskonferenz in Düsseldorf verbunden worden war, wurden unter der organisatorischen Leitung des Gaues Niederrhein die Gaue Ruhrgebiet und Mittelrhein einbezogen. Zu der am 4. März stattfindenden Reichsjungfront-Vorkonferenz sollte zusätzlich eine Delegation der „französischen Bruderorganisation“ ARAC (Association Republicaine des Anciens Combattants) eingeladen werden.

Zum *Mitteldeutschen Treffen* in Magdeburg (Leitung Gau Magdeburg-Anhalt) wurden „unter Leitung eines Vertreters der Bundesführung“ Halle-Merseburg, Niedersachsen, Westsachsen, Ostsachsen, Erzgebirge-Vogtland, Thüringen, Hessen-Waldeck und Gau Berlin-Brandenburg (westlicher Teil einschl. Berlin) delegiert.

Zum *Süddeutschen Treffen* in Stuttgart (Leitung Gau Württemberg) wurden die Gaue Baden, Pfalz und Hessen-Frankfurt delegiert. Bei dem Treffen war einerseits Propaganda für eine bayeerische Beteiligung angeordnet, andererseits die Teilnahme einer Delegation der „Schweizer Bruderorganisation“.

Zum *Sächsischen Treffen* in Dresden (Leitung Gau Ostsachsen) wurden die Gaue Schlesien, Westsachsen und Erzgebirge-Vogtland delegiert. Eingeladen werden sollten die „tschechischen Bruderorganisationen“.

Bedeutend für Norddeutschland war das *Norddeutsche Treffen* in Hamburg (Leitung Gau Wasserkante), zu dem die Gaue Nordwest, Niedersachsen (nördlicher Teil), Mecklenburg, Berlin-Brandenburg und Ruhrgebiet delegiert wurden, und der *Reichsmarinetag* in Stettin (4.9.), an dem sämtliche Marinesektionen und die Gaue Wasserkante, Pommern und Mecklenburg teilnehmen sollten. Die Leitung wurde der Reichsmarineführung in Zusammenarbeit mit der Gauführung Pommern übertragen.

Um keine übermäßige Belastungen der RFB-Mitglieder zu erzeugen, bestimmte die BF, daß 1927 in jedem Gau nur ein Gautreffen stattfinden dürfe. Die Gaue, bei denen ein überregionales Treffen, wie das Reichs-, Mittel-, Süd-, West- oder Norddeutsche, sowie das Reichsmarine-Tref-

¹⁸¹ *Jahresprogramm 1927.*

fen stattfinden würde, durften keine weiteren Gautreffen veranstalten. Grundsätzlich seien die Veranstaltungen rechtzeitig „in Verbindung mit der Bezirksleitung der KPD“ festzulegen. Außerdem wurde jeder Gau verpflichtet, „nach Rücksprache mit der Bezirksleitung der KPD bis 6. Februar 1927 sämtliche Roten Tage“ und „die Zuteilung der Ortsgruppen, die teilnehmen müssen“, festzusetzen. Entsprechend der Ortsgruppenanzahl sollten „die Roten Tage so eingeteilt werden, daß auf 5-6 Ortsgruppen ein Roter Tag fällt“. Die Bundesleitung ermahnte erneut, lieber weniger Rote Tage, „dafür umso bessere Vorbereitung und umso größere Massenaufmärsche bei den tatsächlich stattfindenden Veranstaltungen“ aufzuziehen. Die einzelnen Gauführungen sollten überwachen, „daß ohne ihre Zustimmung kein Roter Tag stattfindet“. Als „Parole für das Jahre 1927“ wurde ausgegeben:

„Verdoppelung der Mitgliederstärke unserer Organisation,
Durchbildung der Mitglieder,
100-prozentige Abrechnung der eingeschriebenen Mitglieder,
Konzentration aller Kräfte auf die wichtigsten Gebiete.“¹⁸²

Eine Koordination mit ‘der Partei’ galt grundsätzlich auch für die übrigen, gleichzeitig auszurichtenden Veranstaltungen des Jahres, die zum Fundament einer kommunistischen Festkultur in den zwanziger Jahren wurden:

- 15.-16.1. Gedenken der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.
Verbinden mit dem 21. Januar, dem Todestage Lenins (1924).
- 13.-20.3. Märzaufgebot der RJ.
Revolutionäre Märzgefallenen-Gedenkfeiern.
- 1. Mai Rote Maifeiern.
- 4.-6. 6. Werbeweche - III. Reichstreffen in Berlin.
- 1.-7. 8. Antikriegswoche gemeinsam mit KPD und *Internationalem Bund*
- 4. 9. Internationaler Jugendtag. Beteiligung der RJ in allen Gauen.
- 11. 9. Gedenksteineinweihung und Massenkundgebung a.d. Gräbern der revolutionären Matrosen Reichpietsch und Cöbes in Köln.
- 7.11. Feier der russischen Revolution gemeinsam mit der Partei.¹⁸³

Den einzelnen Veranstaltungen waren im Jahresplan kurze Anweisungen oder Erklärungen angefügt. Das Gedenken an die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs in Verbindung mit dem Todestage Lenins, das im Laufe der zwanziger Jahre kurz als ‘LLL-Feier’ bekannt wurde, sollte als Saalveranstaltung stattfinden und in Verbindung mit der Partei propagiert und begangen werden. Angeordnet war eine Saalausschmückung und ein „ernstes revolutionäres Programm“.¹⁸⁵ Die Veranstaltungen wurden mit einer Bundeskampagne zum Aufbau von RJ-Abteilungen verbunden, die vom 15.-30. Januar in Form einer innerorganisatorischen RJ-Woche stattfanden.

Zur 4. Reichskonferenz, die am 11. März 1927 im Düsseldorfer Volkshaus tagte, kamen 86 Delegierte und 73 Gäste.¹⁸⁶ Während die Tatsache, daß alle Delegierten Parteigenossen waren, die Unabhängigkeitsdemonstration des RFB nach außen zur Farce machten, lag der politische Schwerpunkt in der Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Mit der Rückkehr zur Taktik der strikten Einheitsfront von unten¹⁸⁷ wurde im wesentlichen die Festigung

¹⁸² Ebd., Bl. 3.

¹⁸³ Jahresprogramm 1927.

¹⁸⁴ SAPMO FBS 310/13141, I 4/2/4.

¹⁸⁵ Ebd., Bl. 1.

¹⁸⁶ Finker, S. 122. Lt. Finker, S. 105 am 5./6.3.27. Schuster, S. 98.

¹⁸⁷ S. Schuster, S. 153ff.

der militärischen Struktur des Roten Frontkämpferbundes bestätigt.¹⁸⁸ Ihre Beschlüsse faßte die Konferenz mit dem Untertitel 'Aufbau und Aufgaben des RFB u. Rote Jungfront' in sieben Punkten zusammen. Nach den 'allgemeinen Verhaltensmassregeln' folgten die Abschnitte 'Aufbau des RFB' (II.), 'Wahl der Führer und Aufgaben' (III.), 'Aufgaben des Ressorts' (IV.), 'Bundesbekleidung' (V.), 'Rote Jungfront' (VI.) und 'Rote Marine' (VII.).

Für das innere Klima des Bundes ist die veränderte Stellung der Gruppenführer bedeutsam, so sollte er nicht mehr *Freund* seiner Gruppe sein, sondern nur noch „Führer und Berater“.¹⁸⁹ Auch die Form der Wahl in die unterschiedlichen Positionen bekam im März 1927 seine endgültige Gestalt. Der Gruppenführer wurde von der nächst höheren Instanz, dem Zugführer, vorgeschlagen, von der nächst tieferen, der Gruppe, gewählt und von der übernächsten, dem Abteilungs- bzw. Ortsgruppenführer, bestätigt. Der gleiche Einsetzungsmodus galt für die anderen Ebenen:

- Zugführer (Vorschlag: Kameradschaftsführer; Wahl: Zug; Bestätigung: Abteilungs- bzw. Ortsgruppenführung).
- Kameradschaftsführung (Vorschlag: Funktionärskörper der betreffenden Einheit; Wahl: Gesamtheit der Mitglieder dieser Einheit; Bestätigung nächst höhere Instanz).

Auf der letzten Stufe der Einsetzungsmodalitäten eines Führers wurden somit von den drei erforderlichen formalen Bedingungen zwei (Initiative und Ratifizierung) von oben bestimmt. Die Wahl kam nur noch einer Absegnung gleich. So konnten auch die Delegierten zur Reichskonferenz problemlos gewählt werden, deren Aufgaben zwischen den jährlich stattfindenden Konferenzen sowieso von dem Bundesausschuß wahrgenommen wurden.

Die *Allgemeinen Verhaltensmassregeln für die Mitglieder des RFB und der Roten Jungfront*, zu denen sich jedes Mitglied bei seinem Eintritt in den RFB verpflichtete, schrieben das Konglomerat aus militärischen, jugendbewegt-pfadfinderischen und politischen Werten fort. Mit seiner Mitgliedschaft im RFB wurde jeder klassenbewußte Arbeiter, „der die Bundeskleidung oder das Abzeichen des RFB trägt“, verpflichtet, „sich inner- und ausserhalb des RFB eines solchen Benehmens zu befeissigen, dass durch sein Auftreten und seine Handlungen das Ansehen des RFB in den Augen der Arbeiterklasse gefördert wird“.¹⁹⁰

„Wer das Ansehen der Organisation in den Augen der Arbeiterklasse herabsetzt, hat nicht das Recht, das Abzeichen des RFB zu tragen.“¹⁹¹

Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit „einer festen Geschlossenheit und eisernen Disziplin“ dieser „Klassenkampforgorganisation der unterdrückten proletarischen Klasse“. Ent-



Abb. 8 Titelblatt¹⁸⁴

¹⁸⁸ Beschlüsse der IV. Reichskonferenz .

¹⁸⁹ Schuster, S. 98.

¹⁹⁰ Beschlüsse der IV. Reichskonferenz, S. 3.

¹⁹¹ Ebd.

gegen der klaren Definition innerhalb der Organisation und deren Praxis wurde der Mythos einer andersartigen Disziplin beharrlich fort- und festgeschrieben. Die unterstellte Freiwilligkeit hatte jedoch einen repressiveren Charakter als jede andere befohlene Disziplin (s. Kap. 4.2.1.2). Der sich sofort anschließende Widerspruch in der Definition der Autorität der Führer wurde offenbar aufgrund einer Kritik-’Möglichkeit’ in einer Mitgliederversammlung nicht als solcher empfunden:

„Allen Anordnungen der selbstgewählten Führer muss unbedingt Folge geleistet werden. Anordnungen von Führern können nur in einer Mitgliederversammlung einer Kritik unterzogen werden.“

Verstöße gegen die Beschlüsse des RFB und organisationsschädigende Handlungen einzelner Kameraden sind auf dem schnellsten Wege der vorgesetzten Führung zu melden.“¹⁹²

Daß die Disziplinierung keinesfalls nur als Werbemittel verstanden wurde, sondern als Reglementierung die Form des innerorganisatorischen politischen Selbstverständnisses bestimmte, zeigt sich ebenfalls in der Behandlung der Anträge zur Reichskonferenz. Beispielhaft erwähnt seien die Anträge zur Änderung des Mitgliedsbuches (Nr. 40-46). Der empfohlenen Ablehnung durch die Bundesführung aller vom Gau Wasserkante eingebrachten Anträge folgte die Konferenz willig:

Nr. 40. Änderung des Mitgliedsbuches auf Seite 2 insofern, daß folgende Fragen in demselben nicht aufgeführt werden dürfen: 1. Ob gedient, 2. Truppengattung, 3. Dienstgrad, 4. wieviel Prozent kriegsbeschädigt, 5. Funktionär im RFB oder RJ, in der Zeit vom ... bis ..., 6. von der Ortsleitung zu beglaubigen.

Nr. 41. Streichung des 1. Satzes des § 18 des Bundesstatuts im Mitgliedsbuch auf Seite 4 und beantragen dafür folgenden Wortlaut zu setzen: „Eine Beitragserhöhung kann nur vom Bundesvorstand durchgeführt werden, wenn die Mitglieder in diesem Sinne ihre Zustimmung gegeben haben.“

Nr. 42. Gänzlicher Fortfall der Seite 12 und 13 im Mitgliedsbuch. (Teilnahme an besonderen Veranstaltungen, Reichstreffen, Gautreffen, Rote Tage, Landpropaganda etc.)

Nr. 43. Änderung der Seite 14 im Mitgliedsbuch: Inhaber meldet sich. Dafür Setzung des Wortes „Ummeldungen“. Dies erfordert nach folgendem Muster 2 Seiten (1 Seite für Anmeldung und 1 Seite für Abmeldung.)¹⁹³

Als Material zur Überweisung wurde von der Bundesführung dagegen der Antrag Nr. 46 vom Gau Baden empfohlen. Darin wurde gefordert, „daß die Mitgliedsbücher ergänzt werden durch Rubriken für Extramarken und mit einem Blatt für Eintragungen der Ausmärsche, an denen der betr. Kamerad teilgenommen hat“.¹⁹⁴ Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag Nr. 138 vom Gau Westsachsen, der forderte, „daß der in den neuen Richtlinien des RFB betr. Geradestehens mit zum Gruß erhobener Faust enthaltene Satz unverzüglich zu verschwinden hat“.¹⁹⁵ Im Gegensatz zu Anträgen dieser Art schreibt die „Meldung der Formationsstärke beim Antreten“ nach den Beschlüssen der 4. Reichskonferenz die militärisch-formalistische Tendenz fort:

„Beim Antreten des Zuges, der Kameradschaft oder der gesamten Abteilung bzw. Ortsgruppe melden die Gruppenführer dem Zugführer die Antrittsstärke ihrer Gruppe und die entschuldigt und unentschuldigt fehlenden Kameraden. Die Zugführer melden darauf dem Kameradschaftsführer die Antrittsstärke ihres Zuges. In derselben Weise melden dann die Kameradschaftsführer dem Abteilungs- bzw. dem Ortsgruppenführer.“

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ 4. RKonf., Anträge ‘Mitgliedsbuch’, S. 9.

¹⁹⁴ Ebd., S. 10.

¹⁹⁵ 4. RKonf., Anträge ‘Richtlinien’, S. 35.

Die Meldungen geschehen mit zum Gruss erhobener Faust. Beim Antreten steht der Pol.- und der Techn.-Führer der Formation vor der Front. Alle anderen Funktionäre treten in ihre Abteilung, Kameradschaft bzw. Gruppe ein.

Beim Antreten im Untergau- oder Gaumasstab steht nur der Pol.- und der techn.-Führer vor der Front. Alle anderen Funktionäre treten in ihrer Formation, der sie angehören, an.¹⁹⁶

Die Bedeutung, die die Bundesführung des RFB dem Erscheinungsbild des Bundes zukommen ließ, offenbart sich erneut in den zusammenfassenden Beschlüssen nach der *Reichskonferenz*, in denen „Bundeskleidung und Abzeichen“ eine eigene Rubrik (V.) erhielt:

„Die Bundeskleidung erfüllt nur dann ihren Zweck, wenn sie in Farbe und Schnitt einheitlich getragen wird. Dazu gehört: Bluse, eine aus demselben Stoff angefertigte Mütze, an der das Bundesabzeichen getragen wird sowie Koppel mit Schulterriemen. Am linken Unterarm wird eine rote Armbinde mit dem eingestickten Abzeichen des Bundes getragen. Bei ungünstiger Witterung ist das Tragen von Windjacken zulässig.

Rote Kragen, rote Kokarden, Aermelabzeichen, bei Spielmannszügen Schwalbennester usw. dürfen nicht getragen werden. Schärpen der Fahnenlegation sind nur bei besonderen Anlässen zu tragen.

Bundeskleidung und Ausrüstungsgegenstände sind von der Betriebsstelle des Bundes 'Die Gebagos' zu beziehen.¹⁹⁷

Zur Kenntnis wurden folgende Anträge weitergegeben:

Nr. 75. Gau Ostsachsen. / Og Bautzen: „Die Propaganda im Gau muß besser ausgestaltet werden. Es sind auch größere Veranstaltungen auf dem Lande zu machen, damit die Einheitsfront der Arbeiter mit den werktätigen Bauern hergestellt wird, unter der Parole: 'Arbeiter- und Bauernregierung'“.¹⁹⁸

Nr. 99. Gau Berlin-Brandenburg. „Bei unseren Bundesfahnen sind Farbenzusammenstellungen schwarz-rot-gold zu vermeiden“.¹⁹⁹

Nr. 103. Gau Wasserkante. / Hamburg, 7. Abtlg.: [...] „daß Plaketten nach dem Treffen nicht mehr getragen werden dürfen. - Zur Kenntnis und Durchführung in den Gauen.“²⁰⁰

Nr. 105. Gau Schlesien: [...] „daß die Funktionäre des RFB aus der Kirche ausgeschieden sein müssen.“²⁰¹

Zwischen der *Reichskonferenz* und dem *Mitteldeutschen Treffen* war vom 13.-20. März das Märzaufgebot der RJ vorgesehen. „Abschluß und höchste Steigerung dieser Werbekampagne“ sollte die „feierliche Überführung der RJ-Kameraden, die 21 Jahre alt wurden, in den RFB“ sein. Die gesamte Woche war als Werbung für die Jugendorganisation konzipiert. Zur Unterstützung sollten Flugblätter verteilt und Werbezeitungen vertrieben werden. Um besondere Aufmerksamkeit zu erregen, sollten dafür „Werbeumzüge mit geschmückten Autos“ und öffentliche RJ-Versammlungen veranstaltet werden, die „durch Musik und Rezitation eingeleitet werden und die Umrahmung für das Referat bilden müssen“. Über Ausführung und Erfolge sollten „Berichte an Bundesführung bis 10.4.“ versandt werden. Zusätzlich war der Monat März als historisch bedeutende Zeitspanne angesehen worden, in deren Zusammenhang „Revolutionäre Märzgefallenen-Gedenkfeiern“ veranstaltet werden sollten (s. Kap. 4.3.2.4).

Während das *Märzaufgebot der RJ* zum internen Initiationsritus des Bundes bestimmt worden war, an dem die KPD lediglich die Gastrolle einnahm, waren die Rollen zu Ostern umgekehrt

¹⁹⁶ 4. RKonf., Beschlüsse, S. 13.

¹⁹⁷ Ebd.

¹⁹⁸ 4. RKonf., Anträge 'Agitprop', S. 18.

¹⁹⁹ 4. RKonf., Anträge 'Verschiedenes', S. 23f.

²⁰⁰ Ebd., S. 24f.

²⁰¹ Ebd., S. 25.

verteilt. Als Jubiläumsveranstaltung anlässlich des 11-jährigen Bestehens des Kommunistischen Jugendverbandes übernahmen dessen Mitglieder die Organisation, während die RJ zur Beteiligung aufgerufen wurde.

Ausschließliche RFB- und RJ-Angelegenheit waren die Ausmärsche, die besonders zur Übung des Kommando-Reglements stattfanden. Zentral angesetzt wurden zwei Termine: Der Karfreitag (15.4.) und der Himmelfahrtstag (26.5.). Während der erste als *Funktionärausmarsch* titulierte wurde, bekam der Himmelfahrtstag aufgrund des nahenden Reichstreffens den Zusatz, daß nur örtliche Ausflüge stattfinden sollten, die keine „Kosten verursachen“.

Für den 1. Mai sollten *Rote Maifeiern* in allen Ortsgruppen organisiert werden, zu denen Demonstrationen und Abendfeiern gemeinsam mit der KPD gehören sollten.²⁰²

In den bereits im Herbst 1926 von der Bundesführung vorgelegten *Richtlinien für die Sommerarbeit der Roten Jungfront* war angeordnet worden, daß im Sommer 1927 weniger Aufmärsche und *Rote Tage* durchgeführt werden sollten, da oft „die Beteiligung an den Treffen zu wünschen übrig“ ließe.²⁰³ Als Ursache wurde die Einförmigkeit des Programms beim Ablauf der *Roten Tage* („abends Empfang, morgens Wecken, mittags Platzkonzert, nachmittags Demonstration und dann Abmarsch“) angesehen, zu deren Überwindung einige Änderungen empfohlen wurden. Als „das wesentlichste, was unsere Aufmärsche von denen anderer Organisationen, auch des KJVD, unterscheidet“, wurde an erster Stelle „unser einheitliches straffes Auftreten“ genannt. Dieser Eindruck müsse durch gleiche Kleidung, gleichen Schritt sowie gutes Einhalten der Gruppen- und Zugabstände noch verstärkt werden. So veränderte sich der agitatorische Charakter des RFB mit der Rückkehr zur strikten Einheitsfront von unten visuell und organisatorisch. Neben der häufigeren Betonung der Disziplin wurde besonders die Ausbildung des RFB als Kampftruppe mit militärischem Zeremoniell verstärkt.

„Deshalb ist es gut, wenn vor jedem Aufmarsch ein Appell, vor jedem grösseren Aufmarsch und jeder grösseren Kampagne ein Generalappell angesetzt wird [...] Solche Appelle dürfen nicht zu einer Spielerei werden, sondern müssen ein ernstes Gepräge haben.“²⁰⁴

Zur innerorganisatorischen Verbesserung sollten im Sommer - als Alternative zu den kame-radschaftlichen Abenden im Winter - Ausmärsche und gemeinsame Zug- und Gruppenfahrten stattfinden,²⁰⁵ bei denen die Ortsgruppen oder Abteilungen in der Nähe eines Ortes - möglichst an einem See - ein Lager beziehen könnten. In ihren *Richtlinien zur Sommerarbeit der RJ* zeichnet die BF ein von Pfadfinderideal und Kriegserlebnissen bestimmtes Bild:

„Die Zelte werden aufgeschlagen, die Fahne wird aufgezo-gen, ein Lagerfeuer wird angebrannt, Tee oder Kaffee gekocht, und nach dem Essen lagert sich alles am Feuer. Ein älterer Kamerad erzählt Erlebnisse aus den Kriegs- oder Revolutionstagen, oder es wird aus guten proletarischen Büchern vorgelesen. Am anderen Morgen gemeinsames Baden gemeinsames Frühstück und dann den Vormittag über Spiel und Sport.“²⁰⁶

Die Programmvorstellung zum Wochenendlager gleicht jener der vorjährigen Sonnenwend-feier. Mit derartigen Ausmärschen sollte nach Möglichkeit eine Landpropaganda verbunden werden.

²⁰² *Jahresprogramm 1927*, Bl. 2.

²⁰³ LAS 301-4548/14, RKo Nr. 4707/27 II, Berlin, 2.6.1927.

²⁰⁴ *Richtl. f.d. Sommerarbeit der RJ 1927*; Finker, S. 142 unterschlägt diese positiv dargestellten militärischen Attribute.

²⁰⁵ *Richtl. f.d. Sommerarbeit der RJ 1927*.

²⁰⁶ Ebd., S. 2.

„Am Sonntag nachmittag mit Musik und gut ausgerichteter Kolonne hinein in das Dorf. Auf dem Dorfplatz Halt und dann in kleinen Gruppen mit Zeitungen und Broschüren in die Häuser.“²⁰⁷

Darüber hinaus könnten Sommerfeste „mit Vergnügungen aller Art ausgefüllt oder mit einer Bootsfahrt verbunden werden“. Allerdings seien Feiern, „die uns als Organisation stark kompromittieren, abzulehnen“. Empfohlen wurde, „diesen Veranstaltungen einen politisch-satyrischen Charakter“ zu geben. Wenn Tanzveranstaltungen stattfinden sollten, seien Berufsmusiker zur Ausführung heranzuziehen. Bei guter Vorbereitung könnte sogar „mit einem finanziellen Erfolg gerechnet werden“.²⁰⁸

„Die Stärke der Arbeiterklasse liegt in der Organisation. Ohne die Organisierung der Massen ist das Proletariat nichts, wenn es organisiert ist, ist es alles.“ Lenin.²⁰⁹

Die BF empfahl den Gauen und Ortsgruppen, dem Wunsch der Jungfront, „lieber auf Lastautos als mit der Bahn“ zu fahren, stattzugeben, wenn „es finanziell möglich und die Entfernung nicht zu weit ist“.²¹⁰ Diese eher praktischen Erwägungen in Verbindung mit einer finanziellen Begründung führte anlässlich des, wieder in Berlin stattgefundenen, Reichstreffens vom 4. bis 6. Juni zu anderen Resultaten. Die Planung für die wichtigste Werbeveranstaltung des RFB war von der BF bereits mit der Erstellung des Arbeitsplans für das Jahr 1927 begonnen worden. Dort war geraten worden, nach Möglichkeit nur die Eisenbahn (Sonderzüge) zur Beförderung zu nutzen und die Fahrt mit dem Auto zu vermeiden. Zur Finanzierung der Reisekosten war ein Sparsystem angedacht und als erste grundsätzliche Voraussetzung angeordnet worden:

„Jeder Teilnehmer muß über das Geld für Hin- und Rückreise und mindestens 5 Mark Bargeld verfügen. Herausgabe von Sparmarken und -Karten; eingezahltes Geld muß unkündbar bis zwei Wochen vor Reichstreffen auf Sparkasse festgelegt werden. Geldeinzahlung, -Einzahlung auf Sparkasse sowie Abhebung kann nur durch Organisation (Ortsgruppe, Abteilung oder Gau), in keinem Falle durch Einzelmitglieder geschehen. - Leitung Bundesführung.“²¹¹

Der Spargedanke fand im Februar 1927 seine Fortsetzung, als die Bundesführung die Ortsgruppen- und Abteilungsführungen zur sofortigen Einleitung von organisatorischen Maßnahmen aufrief.²¹² So sollte in schnellstens einberufenen Mitglieder- oder Funktionärsversammlungen das Treffen thematisiert werden, indem „kurz auf die außenpolitische Situation Bürgerblock-Regierung, Rationalisierung, Faschismus, und Reichsfrontsoldatentag hingewiesen und die Bedeutung des III. Reichstreffens klar gezeigt“ werde. An erster Stelle der Prioritätenliste stand für die BF die Finanzierung des Treffens. Um diese zu gewährleisten, baute sie ein Maßnahmengerüst auf, das auf drei Beinen stand. Einer erwünschten Steigerung der Sparaktion auf 100 Prozent der Teilnehmer folgte die empfohlene Übernahme des Finanzierungsmodells von befreundeten Organisationen. Etwas unkoordiniert führte die BF am Ende der Gedankenkette eine erste Reichssammelwoche vom 3.-10. April an, von deren Ertrag die Ortsgruppen oder Abteilungen 75%, die Gauführung 10% und die Bundesführung 15% erhalten sollten. Eine zweite Sammelwoche sollte vom 1.-15. Mai, gleichzeitig als Werbewoche für *Die Rote Front* stattfinden. (Die Bundesführung legte dem Rundschreiben Zahlkarten bei, mit denen Sammel- wie Spargelder auf das Konto III. Reichstreffen des RFB. 1927, W. Leow, Konto Nr. 6106 einzuzahlen waren, wobei den Abteilungen die 75%, welche ihnen zustanden, gutgeschrieben werden sollten.) Am Ende der

²⁰⁷ Richtl. f.d. Sommerarbeit der RJ 1927.

²⁰⁸ Ebd.

²⁰⁹ Titelblatt d. Broschüre zur 4. RKonf. (s. Abb. 8)

²¹⁰ Richtl. f.d. Sommerarbeit der RJ 1927, S. 1.

²¹¹ Jahresprogramm 1927, S. 2.

²¹² BF-Rundschr. 5/27 v. 18.2.1927.

finanziellen Erwägungen machte die BF auf die wiederholten Schwierigkeiten „einzelner Kameraden und Abteilungen“ aufmerksam, die zu Zahlungsbefehlen und Pfändungsprotokollen geführt hätten, und „verpflichtet“ alle Kameraden, ihren Bedarf an Bundeskleidung, Musikinstrumenten usw. nur durch die *Gebagos* zu decken (s.u.).²¹³

Der Übergang von der Finanzierung zur Werbung war bereits in dem letzten Punkt angelegt, hatte aber verschiedene Aspekte. Mit der Begründung, *Die Rote Front* sei eines „der besten Propagandamittel für das Reichstreffen“, sollte eine Steigerung durch den Straßenverkauf angestrebt werden. Die Werbung für und durch eigene Produkte wurde ergänzt durch die Herausgabe einer Reichstreffenpostkarte im Zweifarbendruck, die die Ortsgruppen „zum Preise von 10 Pfg. an die Kameraden abgegeben“ sollten. Der Betrag sollte jeweils zur Hälfte an die Bundesführung und an die Ortsgruppen gehen. „Jeder Kamerad“ wurde verpflichtet, „bis zum III. Reichstreffen bei schriftlichem Verkehr mit Kameraden und Verwandten diese Karte“ zu benutzen. Außerdem sollte sie auf „allen Veranstaltungen, Treffen, Maifeiern etc.“ verkauft und „auch anderen Organisationen zum Vertrieb angeboten werden“.²¹⁴

Die zweite Anordnung zur Propaganda bezog sich auf die Einladung von Ortsgruppen und Abteilungen anderer Organisationen (genannt wurden explizit: Reichsbanner, Arbeiter-Sportler, Radfahrer, RFMB,²¹⁵ *Internationaler Bund*, Jungspartakus, Arbeiterschützenbund, Arbeitersänger) einerseits und Betriebsdelegationen von Großbetrieben andererseits. An dieser Stelle wurde eine Erkenntnis des ZK der KPD (nicht nur) vom letzten Reichstreffen genutzt, die auch die Diskussion um die seinerzeitige ‘Reichsbanner-Delegation’ in ihrer Fragwürdigkeit neu zur Sprache brachte:

„Es ist politisch und auch propagandistisch von ungeheurer Wirkung, wenn Transparente mit Aufschriften der Ortsgruppen anderer Organisationen oder von Betrieben mitgebracht werden.“²¹⁶

Auch bei den Demonstrationen und Feiern zum 1. Mai sollte „schon starke Propaganda durch Transparente für das III. Reichstreffen gemacht werden“. Bei allen Veranstaltungen sollte „eine planmäßige Haus- und Hof-Propaganda betrieben werden“.²¹⁷

„In jede Wohnung von Arbeitern und mit uns Sympathisierenden müssen unsere Kameraden mit unserem Material gehen, Abonnenten für unsere Zeitung gewinnen und Mittel für das III. Reichstreffen sammeln.“²¹⁸

Daneben wurden ausdrücklich „Platzkonzerte und dergl.“ erwähnt, die es zu veranstalten gelte. Die Gesamtheit der genannten Werbe- und Agitationsmaßnahmen sollte auch in der „Reichswerbeweche für den RFB und die RJ“ vom 22.-29. Mai durchgeführt werden, die zusätzlich mit der Parole versehen worden war: „Jedes Mitglied muß einen neuen Soldaten für die Rote Klassenfront gewinnen“ - der Begriff ‘Soldat’ war mittlerweile nicht mehr symbolisch gemeint.

Im bereits angesprochenen Rundschreiben vom Februar 1927 legte die Bundesführung grundsätzliche Erwägungen zum III. Reichstreffen dar,²¹⁹ indem sie zu Beginn die „Schwächen und Mängel“ des vorjährigen Treffens aufführte, die sie vor allen Dingen in dem „absolut ungenügenden politischen Inhalt der Vorarbeiten und der Durchführung“ sah. Um einer Wiederholung

²¹³ Ebd., S. 7.

²¹⁴ Ebd., S. 5.

²¹⁵ Ebd., S. 4f.

²¹⁶ ZK der KPD Rundschr. Nr. 20 des v. 14.5.1927.

²¹⁷ BF-Rundschr. 5/27 v. 18.2.1927, S. 6.

²¹⁸ Ebd.

²¹⁹ BF-Rundschr. 5/27 v. 18.2.1927.

vorzubeugen, stellte sie den organisatorischen Anweisungen einen Bericht über die „innerpolitische Situation“ voran. Dabei betonte sie immer wieder eindringlich „eine erhöhte Kriegsgefahr“ und die damit in Verbindung stehende Gefahr durch die bürgerlichen Wehrverbände, zu denen sie auch das RB zählte. Sie seien „für die deutsche Bourgeoisie von größter Bedeutung für die ideologische Vorbereitung breiter Massen auf neue imperialistische Kriegsabenteuer“.

Der RFB dagegen habe „zur Steigerung des Machtbewußtseins und der Widerstandskraft der deutschen Arbeiterklasse sehr viel beigetragen“ und „bei breiten Massen das Verständnis für die Notwendigkeit der einheitlichen Kampfesfront geweckt“. Ein „unentbehrlicher Faktor“ zu dessen Aufrüttelung seien die „zahlreichen örtlichen und gauweisen roten Aufmärsche und Treffen“ gewesen. Als „Höhepunkt der Massenmobilisierung“ wurden die Reichstreffen bezeichnet. War das vorjährige bereits hervorgehoben worden, müsse das kommende jedoch „alles bisher Dagewesene auf diesem Gebiet in den Schatten stellen“. Folgende Losungen müßten gelten und in die Propaganda einbezogen werden:

- Gegen die Bürgerblock Regierung,
- für die Arbeiter- und Bauernregierung.
- Gegen die Gefahr des Faschismus in den Betrieben und auf der Straße,
- gegen den Stahlhelmaufmarsch am 8. Mai in Berlin,
- gegen die imperialistischen Kriegstreiber,
- gegen die Militarisierung der arbeitenden Jugend,
- gegen Arbeitsdienstpflicht.
- Krieg dem imperialistischen Kriege!
- Hände weg von Sowjetrußland und China!
- Für internationale revolutionäre Einheit der Gewerkschaften!
- Heraus aus den bürgerlichen Wehrverbänden!
- Hinein in den Roten Frontkämpferbund!
- Für die einheitliche Rote Klassen- und Kampfesfront!²²⁰

Aus der „sich ständig verändernden politischen Situation“, den „aktuellen konkreten Ereignissen und Verhältnissen des Gau“ sowie den „allgemeinen Aufgaben“ und dem „Tätigkeitsgebiet der Organisation im Gau“ ergäben sich darüber hinaus die folgenden Unterparolen:

Die Rote Klassenfront kämpft für:

- a) 42-Stundenwoche,
- b) Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung,
- c) Bündnis zwischen Stadt- und Landproletariat,
- d) Bündnis mit Reichsbannerarbeitern gegen die Faschisten,
- e) gegen die Verpfaffung der Schulen,
- f) gegen Werksportvereine und Pinkertongarden im Betrieb.²²¹

Als regionale Beispiele wurden Ortsgruppen „eines Kohlengebietes oder der Heimindustrie oder Gebiete mit ländlicher Struktur“ angeführt, die „Transparente mit solchen Losungen bringen“ sollten, „die in diesen Gebieten aktuell sind“.

Mit seiner „Kampagne zum III. Reichstreffen“ sollte folgendes erreicht werden:

- „1. Innere organisatorische Festigung und Verdoppelung der Mitgliedszahlen der Ortsgruppen des RFB und der RJ.

²²⁰ Ebd., S. 3.

²²¹ Ebd., S. 4.

2. Kassentechnische Erfassung auch des letzten Mitglieds und Abrechnung mit der Gauführung.
3. Schaffung von Jungfrontabteilungen, wo solche bisher noch nicht bestehen.
4. Mit der innerorganisatorischen Kampagne verbinden die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung für das III. Reichstreffen des RFB.“²²²

Da die Formulierungen in den vorbereitenden Rundschreiben sehr unpräzise waren, wird nicht immer deutlich, ob die Planungen für das Reichstreffen oder die Gegendemonstration zum *Stahlhelm-Tag* am 6. Mai in Berlin gemeint waren. So sah die Bundesführung eigenartigerweise das „Ziel des Reichstreffens“ am 4. Juni darin,

„gegen den Reichsfrontsoldatentag alle revolutionären antifaschistischen Kräfte zu mobilisieren, um die größte, gewaltigste rote Einheitsfront seit 1918 zum III. Reichstreffen 1927 in Berlin zustande zu bringen:

Die Rote Heerschau der 200.000 zum Roten Pfingsten in Berlin!“²²³

Daß die politischen Paraden in ihrem Sinnzusammenhang zunehmend vom Werbeeffect zur Kraftprobe bzw. Demonstration der Stärke geworden waren, zeigt nicht nur die Wortwahl, sondern auch die wachsende Bedeutung in der Vorbereitung, ein Faktum, aus dem heraus sich somit auch der größere Stellenwert von Gegendemonstrationen erklärt, wie z.B. jener gegen den *Stahlhelmtag*. In einer Auswertung des ZK der KPD vom 14. Mai 1927, die gleichzeitig mit „Instruktionen über die Lehren des Stahlhelmtages und die Vorbereitung des Roten Pfingsttreffens“ überschrieben war, heißt es mit Blick auf die Taktik der *Einheitsfront von unten* u.a.:

„Eine der wichtigsten Lehren des 8. Mai, die besonders in der Propaganda unter indifferenten und sozialdemokratischen Arbeitern, besonders auch gegenüber den Reichsbannerarbeitern hervorgehoben werden muß, ist das vollkommene Verschwinden einer selbständigen schwarzrotgoldenen republikanischen Front als Kraft gegenüber dem schwarzweißroten Aufmarsch. Umgekehrt stand der ganze Machtapparat der Preußischen Weimarer Koalitionsregierung bedingungslos auf Seiten des Stahlhelms gegenüber der Arbeiterschaft.“²²⁴

Daraus resultierte für das ZK der KPD, „daß die Führerrolle der KP, die rote Klassenfront als einzige Gegenfront gegen faschistische Reaktion deutlich sichtbar in Erscheinung trat“. Demgegenüber standen jedoch die „Schwächen und Mängel unserer Gegenbewegung, die in der allgemeinen Schwäche der Partei begründet sind“; das sei „der verhältnismäßige geringe Widerhall unserer Streikparolen in Betrieben und Gewerkschaften“.

Das *III. Reichstreffen* selber entsprach in weiten Teilen der vorjährigen Propagandashow, wies jedoch einige Änderungen auf. Zum einen war die RJ-Kundgebung, die analog zur *Reichskonferenz* den Auftakt bildete, 1926 lediglich im Humboldthain (Wedding) mit Ansprachen von Thälmann und Olbrisch sowie anschließenden Sprechchören, Rezitationen und einem abschließenden Fackelzug zum Brunnenplatz begangen worden,²²⁵ während ihr 1927 eine wichtigere Rolle im politischen Krieg der Symbole zukam. Der größere Stellenwert der Veranstaltung, der einher ging mit der veränderten Haltung zur RJ, zeigte sich bereits in der Wahl des Veranstaltungsortes. Am 3. Juni marschierten die Fahnenblocks zu dem Lied der *Kommunistischen Jugend* *Wir sind die erste Reihe* in den Berliner Sportpalast ein.²²⁶ Zur symbolischen Nutzung des Internationalismus sprach aufgrund der politischen Situation in Asien ein junger Chinese. Außerdem

²²² Ebd.

²²³ Ebd.

²²⁴ ZK der KPD Rundschr. Nr. 20 des v. 14.5.1927.

²²⁵ Vgl. Finker, S. 89.

²²⁶ Ebd., S. 136.

sollte der Eintritts-Ritus für 400 Jugendliche, die während des Märzaufgebots angeworben worden waren, die Bedeutung des feierlichen Aktes ebenso wie jene des Tages dokumentieren.

Die beiden Agitationselemente - der Schwur und die Symbolik des Internationalismus - wurden ebenfalls für die Hauptveranstaltung formal genutzt. Auf der Tribüne im Schillerpark, die links und rechts von Fahnenblöcken flankiert war, befand sich neben der Bundesführung erstmals eine große Anzahl ausländischer Gäste aus der Sowjetunion, Frankreich, der Tschechoslowakei, Österreich, der Schweiz, Dänemark und Holland.²²⁷ Die zweite Veränderung war der gemeinsam feierlich geleistete Schwur der Roten Frontkämpfer:

„Ich gelobe:

Niemals zu vergessen, daß der Weltimperialismus den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet.

Niemals zu vergessen, daß das Schicksal der Arbeiterklasse der ganzen Welt unlöslich verbunden ist mit der Sowjetunion.

Niemals zu vergessen die Erfahrungen und die Leiden der Arbeiterklasse im imperialistischen Weltkrieg, den 4. August 1914 und den Verrat des Reformismus.

Stets und immer meine revolutionäre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und dem Sozialismus zu erfüllen;

[Ich gelobe:]

Stets und immer ein Soldat der Revolution zu bleiben.

Stets und immer in allen Massenorganisationen, in Gewerkschaft und Betrieb ein Pionier des unversöhnlichen Klassenkampfes zu sein.

An der Front und in der Armee des Imperialismus [nur] für die Revolution zu wirken; den revolutionären Kampf für den Sturz der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie zu führen.

Die russische und chinesische Revolution mit allen Mitteln zu verteidigen;

Ich gelobe:

Stets und immer - für die Sowjetunion und die siegreiche Weltrevolution zu kämpfen.²²⁸

Ungefähr seit der Mitte des Jahres 1927 befand sich das *Kampfgelöbnis der Roten Frontkämpfer* in verkürzter Form (nur die fett gedruckten Zeilen) auch im Mitgliedsbuch des RFB. Es war anstelle von Liebknechts *Sie beugen uns nicht* auf die vordere innere Umschlagseite platziert worden.²²⁹ Eine zusätzlich erweiterte Form des Kampfgelöbnisses wurde 1928 in die Broschüre der *Richtlinien des RFB* beschlossen auf der 5. *Reichskonferenz* aufgenommen. Während dort von 'Reformisten' statt 'des Reformismus' gesprochen wird, folgt anschließend:

„Niemals zu vergessen, - dass die Bourgeoisie u. ihre Lakaien mit allen Mitteln bestrebt sind, die Rote Front zu zerschlagen.

Stets und immer - meine revolutionäre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und dem Sozialismus zu erfüllen.“²³⁰

Die Verbindung einer stärkeren Gewichtung des Phänomens, das als *Internationalismus* benannt worden war, mit dem Postulat der Verteidigung des „Vaterlandes der Werktätigen“, der Sowjetunion, wurde zunehmend emotional und propagandistisch mit einem Rückgriff auf überlieferte Eidesrituale festgeschrieben: Internationalismus als durch die Gesellschaft gehende Kriegsfront erforderte eine Verlagerung des *Vaterland*-Begriffs (die sich jedoch keineswegs einheitlich vollzog - s.u.), ohne ihn jedoch seiner emotionalen und mythologischen Stellung zu ent-

²²⁷ Ebd., S. 138.

²²⁸ Ebd., 138f. beruft sich mit seiner Textwiedergabe auf Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 231.

²²⁹ Mitgliedsbuch 1927 (LAS 309-22666/3).

²³⁰ SAPMO FBS 310/13142, I 4/2/7, Bl. 35.

ledigen. Die 'Einheitsfront von unten' bekam zunehmend einen militärisch-strategischen Sinn, der sich später auch in einer Veränderung der 'Antikriegs'-Formel zu 'Bürgerkrieg dem imperialistischen Krieg' deutlich zeigte (s.o.). Finker schildert die Situation vergleichbarer Kampfverbände im europäischen Ausland.²³¹ Danach bestand in Frankreich eine Republikanische Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer ARAC, die bereits am 26. Mai 1926 von Fritz Selbmann als erstem offiziellen Vertreter des RFB besucht worden war, und in der Tschechoslowakei fungierten uniformierte Ordnerwehren im Dienste der KP. Nach dem *III. Reichstreffen* nahmen die ausländischen Vertreter am 6. Juni an einer Konferenz der Bundesführung in Berlin teil, auf der Thälmann die Gründung einer „proletarischen Wehrinternationale“ vorschlug. Zum Ende des Jahres wurde im Herbst in der Schweiz eine *Arbeiterschutzwehr*, in England eine *Revolutionäre Liga der ehemaligen Soldaten und Frontkämpfer*, im Dezember in Wien ein *Roter Frontkämpferbund Österreichs* gegründet. Letzterer hatte seinen ersten Kongreß am 21. und 22. Januar 1928, an dem eine Delegation unter der Leitung von Thälmann teilnahm, die eine Schalmeien-Kapelle als Geschenk mitbrachte (s.u.). Der österreichische RFB wurde im April 1928 verboten. Außerdem soll es auch in Dänemark, Schweden und Griechenland Ansätze kommunistischer Kampfverbände gegeben haben.

Die zweite Parole des *Jahresplans 1927*, die Durchbildung der Mitglieder, bekam als 'Schulung' zwei Hauptstoßrichtungen. Zum einen sollten die parteipolitischen Lehren vermittelt werden und zum anderen galt es, den Mangel an geeignetem Führerpersonal abzustellen. Beide Aspekte wurden in dem ersten *Reichsferienlager der RJ* in Tambach-Dietharz bei Gotha im Thüringer Wald vom 1.-21. Juli 1927 angegangen (bis zum 1. Juni konnten sich die betreffenden Jugendlichen anmelden).²³² Gedacht war es als *Führer-Lager*, in dem Anschauungsunterricht erteilt wurde, „wie ein Lager der RJ (als Wochenend-, mehrtägiges, Abteilungs-, Untergau- oder Gaulager) durchzuführen“ sei.²³³ Im Vordergrund stand neben der politischen Erziehung die Durchführung eiserner Disziplin. Das nach 'Boy-Scout'-Grundsätzen praktizierte Lager führte sportliche Übungen durch, die erst im folgenden Jahr spezifiziert und erweitert als *Wehrsportübungen* bezeichnet wurden. Die Gaue wurden angehalten, bei der Zusammenstellung der Delegation „darauf zu achten, daß die Kameraden einer Ortsgruppe resp. Untergaues in Stärke einer Achtergruppe resp. eines Zuges anrücken, da dies die Einteilung im Lager ungemein erleichtert“. Die Kosten betrugen pro Tag und Person 1,50 Mk., die „im Voraus an die Bundesführung abzuführen“ waren. Bedingung für die Teilnahme war zusätzlich die Deponierung des Rückfahrgeldes und das eigene Taschengeld. Die Kosten für die Delegation mußte die Ortsgruppe bzw. der Gau tragen. Diese konnten sich die Mittel aber „durch Umlage, Verkauf von Kampffondsmarken, Postkarten usw.“ beschaffen.

Innerhalb der Antikriegswoche sollten gemeinsam mit der KPD und dem *Internationalen Bund der Kriegsoffer* Demonstrationen und öffentliche Versammlungen organisiert werden, die besonders in der Abschlußkundgebung „Massencharakter“ haben mußten. Das beinhaltete vor allen Dingen, daß Mitglieder des Reichsbanners zur Teilnahme bewogen werden konnten.²³⁴

Zu den unterschiedlichen organisatorischen Maßnahmen im Herbst 1927, jener Zeit, als in Genf die Abrüstungskonferenz tagte (30. November), gehörte der Plan zur Einrichtung einer *Reichsführerschule des RFB*, die auf einer Bundesausschußsitzung im November für die Zeit von

²³¹ Finker, S. 139f.

²³² Jahresprogramm 1927 des RFB.

²³³ SAPMO FBS 310/13141, I 4/2/4, Bl. 148-149.

²³⁴ Jahresprogramm 1927 des RFB.

Mitte Januar bis Mitte Februar festgelegt wurde.²³⁵ (Die Schulung fand jedoch erst vom 12. November bis 8. Dezember statt - s.u.)

Die dritte Parole aus dem *Jahresplan 1927* ('100-prozentige Abrechnung der Mitglieder') fand in dem Rundschreiben „an alle Gauführungen“ vom 22. Dezember in der Forderung und Durchführung der Reichskontrolle ihren Niederschlag. Die „große politische Bedeutung“, die die BF der Berichterstattung aus den Gauen beimaß, lag nicht nur in der Behauptung, daß sich „auf deren Ergebnis der politische und organisatorische Bericht der Bundesführung zur Reichskonferenz“ stütze, sondern auch in der Disziplinierung der Gruppen und natürlich in der finanziellen Misere des Bundes.²³⁶ Die Gauführungen mußten „unter allen Umständen“ die Berichte „eintreiben und dabei so verfahren, daß die säumigen Ortsgruppenführer durch persönliche Besprechungen und individuelle Briefe (keine Rundschreiben) ständig und energisch bearbeitet werden.“

Neben propagandistischen Instruktionen zu den Wirtschaftskämpfen in der deutschen Stahlindustrie und den Parlamentswahlen in Hamburg, Mecklenburg-Strelitz und Hessen und der Hervorhebung der Landagitation war für die Agitationsstruktur die beginnende filmerische Zusammenarbeit mit der KPD und RH unter Leitung der Abteilung Photodienst des RFB (s.u.) beachtenswert. Zentrale Bedeutung kam jedoch der Planung und Durchführung der Kursustätigkeit zu, deren Hauptthema sich mit der Sowjetunion befaßte. Die Gauführungen wurden ersucht, „im Monat Januar über Zahl, Verlauf und Abschluß der Kursusabende *10 Jahre Sowjetunion!* einen schriftlichen Bericht an die Bundesführung einzusenden und sich für Januar auf das folgende Thema 'Krieg und Arbeiterklasse' einzustellen.

Begonnen hatte die besondere Betonung des Jahrestages der Sowjetunion in der Woche des 7. November mit dem kalendarisch festgelegten Festtag. Darüber hinaus sollte diesmal aber die gesamte Schulungsarbeit von dem Thema bestimmt werden. Dazu gab die BF neben den Kursusdispositionen *Material für öffentliche Werbeabende der Roten Jungfront* für die Unterhaltungsabende heraus (s.u.).²³⁷ Im *10 Jahre Sowjet-Union* betitelten Programm war den organisatorischen Anweisungen die Mahnung vorangestellt, das Material im Gegensatz zur vergangenen Praxis vieler Ortsgruppen auch zu beachten, es handle sich nicht nur um Lesestoff für die Ortsgruppenführungen. Darüber hinaus wurde auf die bekannten Gestaltungshinweise für die Räume verwiesen sowie auf die speziellen Lichtbildervorträge *10 Jahre Sowjetunion*, *Die Rote Armee* oder *Drei Jahre Rote Jungfront* aufmerksam gemacht. Die Organisatoren wurden angehalten, in ihrer Ansprache „die Frage des Schutzes der Sowjetunion durch unsere antimilitaristische Tätigkeit einerseits“ und das „Bekennnis zur Wehrhaftigkeit des Proletariats andererseits, besonders zu betonen“. Während außerdem auf eine mögliche „Erweiterung des Programms durch Sprechchor und sonstige Vorführungen“ hingewiesen und als Material für Vorlesungen *10 Tage die die Welt erschütterten* von John Reed, *Taten und Menschen* von Sosnowski, Serafimowitschs *Der eiserne Strom* oder *Eine Woche* vorgeschlagen wurde, waren an Material beigelegt:

A. Raddatz: 10 Jahre Sowjetrußland,
Demjan Bjedny: Die Hauptstrasse,
Johanns R. Becher: 1917 - 1927 und Das Rote Heer,
Rede Lenins auf der Sitzung des Petersburger Sowjets vom 7. November 1917,
Mit diesen Worten wird jeder Soldat der Roten Armee verteidigt.

²³⁵ BF-Rundschr. v. 30.11.1927.

²³⁶ BF-Rundschr. v. 22.12.1927.

²³⁷ 10 Jahre Sowjet-Union (LAS 301-4548/17).

‘Befehl des Vorsitzenden des Obersten Kriegsrates und des Volkskommissars für das Heereswesen Nr. 19, 1918’.

‘Verräter und Überläufer’.

‘Befehl des Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats der Republik vom 30. September 1918’.

‘Was ist Panik?’

‘Über die Deserteure. Befehl des Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats der Republik und des Volkskommissars für das Heereswesen vom 7. Oktober 1918. Nr. 44, Bobrow.’

Während in den erstgenannten Werken mit der russischen Revolution mehr Krieg als Revolution verherrlicht wird, leiten die letzteren zur Übernahme allgemein militärischer Wertvorstellungen in russischem Gewand über. Insbesondere die Vorstellungen über die Deserteure dokumentieren den Charakter, der sich dahinter verbirgt:

„Während die Regimenter der Roten Armee ehrlich an den Fronten kämpfen, und die Arbeiter und Bauern vor den räuberischen Banden Krassows schützen, verlassen manche Feiglinge, Schurken und Verräter ihre Truppenteile und verbergen sich in ihren Dörfern. Ich erkläre:

[...]

2. Wenn in irgendeinem Dorfe festgestellt werden sollte, dass dort Deserteure vorhanden sind, so trifft dafür die Verantwortung den Vorsitzenden des Sowjets und den Vorsitzenden des Komitees der armen Bauern, die in diesem Fall sofort verhaftet werden.

3. Jeder Deserteur, der sich unverzüglich im Divisions- oder Regimentsstab meldet und erklärt: ‘Ich bin fahnenflüchtig, aber ich schwöre, dass ich ehrlich weiterkämpfen werden’, muss begnadigt und aufgenommen werden für die Erfüllung der hohen Pflichten eines Kriegers der Arbeiter- und Bauernarmee.

4. Der Deserteur, der bei der Verhaftung Widerstand leistet, muss auf der Stelle erschossen werden.“²³⁸

Die widersprüchliche Haltung zwischen Internationalismus als strategische Komponente (Kriegsfront) und ideologische Qualität einerseits sowie als eine Anlehnung, die bis zur ultimativen Abhängigkeit von der Sowjetunion ging andererseits, führte im Herbst 1927 von der Kampagne *10 Jahre Sowjetunion* im November zur Planung internationalistischer Komponenten für 1928. Einer Erinnerung an die „Bundesspende für unsere österreichische Bruderorganisation“ folgten erste Anweisungen für die *Reichskonferenz* am 3.-4. März in Hamburg und die vorgesehene „große internationale Kundgebung“ für Sonnabend.²³⁹

Die Vorbereitung des *IV. Reichstreffens* bezog sich außerdem auch auf die musikalische Ausrichtung. So wurden die Gaustabführer verpflichtet, „schon Anfang des Jahres mit den Gauübungsstunden zu beginnen“. Der Wunsch nach stärkerer Vereinheitlichung und einer Steigerung zumindest der spielerischen Qualität zeigt sich in den *Mitteilungen der Reichsspielleitung an alle Gaustabführer*, in der letztere um strikte Befolgung der folgenden Anweisungen ersucht wurden.²⁴⁰ Während den Schalmeyen-Kapellen eine herausragende Rolle zugewiesen wurde, wurde ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Spielweise hingewiesen.

Die Entwicklung der Agitationskultur des RFB zu großen Veranstaltungen einerseits und eine Verstärkung der Betriebspropaganda andererseits bekam zum Ende des Jahres 1927 ein zusätzliches Schwergewicht durch die zunehmende Betonung paramilitärischer Übungen. Ein Beleg findet sich in dem Bericht des Untergauführers Bartels aus Kiel während einer RFB-Versammlung

²³⁸ Befehl des Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats der Republik und des Volkskommissars für das Heereswesen vom 7. Oktober 1918, Nr. 44, Bobrow, in: ‘10 Jahre Sowjet-Union’ (LAS 301-4548/17).

²³⁹ BF-Rundschr. v. 22.12.1927, S. 4.

²⁴⁰ Ebd., S. 8f.

im Flensburger Gewerkschaftshaus vom 11. Dezember 1927.²⁴¹ Zurückgekommen von einer Führersitzung in Hamburg betonte er neben der bekannten Tatsache, daß die politische Leitung des RFB „in den Händen der K.P.D.“ liege, die Bedeutung der Landagitation, und daß in Hamburg angeordnet worden sei, in Zukunft keine Straßen- und Demonstrationspolitik zu betreiben, sondern „mehr praktische Arbeit zu leisten“.²⁴² Besonders gravierend für die Musiker war die Bestimmung, daß Anschaffungen von Instrumenten und Neubildungen von Musik-Gruppen verboten seien, „sogar auf die Gefahr hin, dass die betreffende Neugruppe dabei verloren gehe.“

Das Jahr 1928:

3.1.5

Intensivierung der militärpolitischen Schulung und Wiedereinführung des planmäßigen Wehrsports

Das Jahr 1928 begann mit einer Ergänzung zum bestehenden Agitationsgerüst des Vorjahres, der *Spar-Aktion zum Reichstreffen* (1.1.), das als fester Bestandteil eingefügt wurde. Außerdem wurde am 8.-9. April (Ostern) ein weiterer Jugendtag eingefügt und zum Ende des Jahres, am 21. November (Bußtag), ein „Lichtbildervortrag in Abteilungen und Ortsgruppen“ einbezogen. Der letzte Programmpunkt resultierte aus der Einigung der Bundesführung, dem ZK der KPD und dem Zentralbüro der *Roten Hilfe* vom 19. Dezember 1927, „mit dem heutigen Tage“ die Herstellung von Filmbandserien für die Agitation und Propaganda der drei Organisationen in die Hände der Abteilung *Photodienst* des RFB zu legen.²⁴³ Bedingung sei „erste Qualität der Filme (nicht entflammbar)“. Außerdem war jede Organisation verpflichtet worden, die Filmserien intern zum Preise von 10,- M zu verkaufen. Bei einer Steigerung der Produktion würde über eine Herabsetzung des Verkaufspreises verhandelt werden. Darüber hinaus habe jede der drei Organisationen das Recht, die von ihnen herausgegebenen Filmserien in der eigenen Mitgliedschaft unter Angabe des Herstellers anzubieten. Die „politische Kontrolle über sämtliche herausgegebenen Bildserien“ war alleine der Agitpropabteilung der Zentrale der KPD zugestanden worden. Neben einer Reduzierung der Produktionskosten sollte damit ein „Gegeneinanderarbeiten durch Herausgabe derselben Serien“ vermieden und „bei den bevorstehenden Wahlkämpfen eine einheitliche Bildpropaganda“ möglich werden.

Als allgemein gültige Ausmarsch-Termine, hinter denen sich das Trainieren des Kommando-Reglements und Wehrsportübungen verbargen, waren für 1928 Karfreitag (6.4.) und Himmelfahrt (17.5.) angesetzt. Das Reichsführerlager der RJ sollte vom 15. Juli - 15. August stattfinden.

Die zentrale Werbeaktion für die RJ bildete seit 1926 das Märzaufgebot, das anfänglich eigenverantwortlich von den Jugendlichen ausgeführt worden war. Nachdem der RFB in der Sommerarbeit 1927 die Oberaufsicht für die Jugend übernommen hatte, wurden nun auch beim Märzaufgebot die erwachsenen RFB-Mitglieder zur Beteiligung herangezogen. Für diese Maßnahme war neben einer präjudizierenden Ordnungsfunktion die sinkende Mitgliederzahl der RJ

²⁴¹ LAS 301-4548/15.

²⁴² In erster Linie sei der Kampf gegen die SPD aufzunehmen. Bei den letzten Wahlen in Hamburg habe diese mit schmutzigen und unlauteren Mitteln gearbeitet.

²⁴³ BF-Rundschr. v. 22.12.1927, S. 8.

und die nicht einzudämmende Fluktuation maßgebend. In Flensburg berichtete z.B. am 11. Dezember 1927 der Untergauführer Bartels wehmütig als Ergebnis der Führersitzung in Hamburg, daß das Reichsbanner es im Gegensatz zum RFB verstanden habe, die Jugend zu gewinnen.²⁴⁴ Diesem Vorbild glaubte man offensichtlich mit einer stärkeren Reglementierung und einer besseren Ausarbeitung des Programms nacheifern zu können. Der organisatorische Verlauf zum eigentlichen Märzaufgebot 1928 war genauestens vorgegeben und verlief wie in der gesamten Entscheidungs- und Aktionsstruktur des RFB üblich von oben nach unten:

- 1.-14.1. Gauführungssitzungen,
- 15.1. Versand des Materials an Ortsgruppen und Abteilungen,
- 15.-28.1. Führertagungen organisieren,
- 29.1.-5.2. Führertagungen in den Ortsgruppen und Abteilungen,
- 12.-18.2. Mitgliederbesprechungen in den Ortsgruppen und Abteilungen,
- 19.-25.2. Funktionärversammlungen:
 „Wie entfalten wir die Werbetätigkeit in unserem Stadtbezirk.“
- 9.3. Letzte Anweisungen, kurzes Referat *Märzstürme*, Befehlsausgabe.
- 11.3. Generalappell RFB u. RJ in allen Ortsgruppen
- 12.-17.3. Haus-, Hof- und Straßenpropaganda, öffentliche Abende,
- 18.3. Ausmarsch zur Unterstützung der Patenschaften der Abteilungen oder revolutionäre Märzfeiern,
- 12.-24.3. Öffentliche Mitgliederversammlungen zur Einführung und Vereidigung der neuen Kameraden.²⁴⁵

Thematisch stand das Märzaufgebot unter der ‘Sammellosung’: *Revolutionärer antimilitaristischer Kampf der RJ*, zu dem hauptsächlich der „Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg“ gezählt wurde.²⁴⁶ Die Bundesführung hob besonders die Tradition ‘revolutionärer Kämpfe des Proletariats’ hervor, die den Monat März als Gedenkmonat empfahlen (s.u.).²⁴⁷ Die Bedeutung dieser historischen Ereignisse für die kommunistische Bewegung wurde durch die Konfrontation mit der Sozialdemokratie noch gesteigert. Gerade auf der Suche nach der eigenen Tradition wurde die Trennungslinie zur SPD deutlich herausgestellt, und es fanden erste Vereinbarungen statt.

„Der Monat März ist der Gedenkmonat der vielen revolutionären Kämpfe des Proletariats. (Märzkämpfe 1848, Pariser Kommune, Märzkämpfe der Nachkriegszeit in Deutschland).

Unsere Veranstaltungen müssen mit der Würdigung dieser Kämpfe und ihrer Lehren für das Proletariat verbunden werden.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt, anlässlich des 80. Jahrestages der Kämpfe von 48 eine grössere Kampagne durchzuführen.

Hier heisst es, den Nachweis zu führen, dass nicht das Reichsbanner, sondern das revolutionäre Proletariat das Vermächtnis der 48er Revolutionäre erfüllt.“²⁴⁸

Der *Arbeitsplan der Bundesführung zum Märzaufgebot der RJ* war in vier Kategorien unterteilt, die allerdings ziemlich konzeptionslos sind (wie überhaupt der gesamte Arbeitsplan ausgesprochen schlecht bearbeitet worden ist und eher eine zufällige Aneinanderreihung aus einer Mischung von Praxis und neuen Einfällen darstellte). Die ‘politische Vorbereitung des Märzauf-

²⁴⁴ LAS 301-4548/15; LAS 309-22703/20.

²⁴⁵ Arbeitsplan zum Märzaufgebot der RJ 1928, S. 6f.

²⁴⁶ Ebd. Vorbemerkungen.

²⁴⁷ Arbeitsplan zum Märzaufgebot der RJ 1928.

²⁴⁸ Ebd., S. 2.

gebots' (A.) enthielt neben der aktuellen und der historischen Einleitung die Behandlung der innerorganisatorischen strukturellen Schwierigkeit. Die 'organisatorische Vorbereitung' (B.), die mit inhaltlichen Problemstellungen vermischt wurde, warnte vor einer schematischen Übernahme des 'Arbeitsplanes' und empfahl „besondere Agitprop-Ausstellungen mit Anregungen aller Art“, die „sehr zur Belebung beitragen“ könnten. Neben den 'Ausstellungen', die nicht näher spezifiziert wurden, erging sich die Bundesführung in Allgemeinplätzen wie, die Führertagungen „sollten entsprechend den Verhältnisse“ organisiert werden, oder:

„Ideologische Vorbereitung der Mitgliedschaft: Diese kommt einer innerorganisatorischen Kampagne gleich: Aktivisierung der Gesamtmitgliedschaft, Ausmerzung aller Fehler und Mängel, die der Organisation noch anhaften.“²⁴⁹

Als „wichtigste Werbearbeit“ wurde die „individuelle Bearbeitung“ bezeichnet, die in Zug- und Kameradschaftsabenden stattfinden sollte. Schwerpunkt sei die Behandlung von Bedeutung, Aufbau und Aufgaben der RJ sowie die der gegnerischen Jugendorganisationen unter besonderer Betonung der „Anwendung unserer Arbeitsmethoden“. Außerdem sollten 'Bastel- oder Arbeitsstuben' zur „Herstellung von Transparenten, Ausstattungsmaterial für Werbelokale, Veranstaltung usw. Guirlanden, Fahnen, Plakate, Schilder etc.“ eingerichtet werden. Eine „Adressensammlung ehemaliger Mitglieder, Sympathisierender“ sollte helfen, die Betroffenen „besonders einzuladen und zu bearbeiten“. Ferner seien ein Veranstaltungsort und Autos zu besorgen sowie Verbindung mit proletarischen Organisationen am Ort aufzunehmen, „um auch sie für das Märzaufgebot einzuspannen“. Neben der polizeilichen Erlaubnis für die Musikausübung und Demonstration sei die *Rote Front* sowie das übrige Propagandamaterial rechtzeitig zu bestellen und Klebematerial, die Einteilung der Klebekolonnen sowie die Orte, an denen Plakate ausgehängt werden könnten, zu eruieren. Die meisten Anordnungen sind derart allgemein gehalten, daß sie, wären sie nicht so unzulänglich abgefaßt, wie eine überhebliche Schulmeisterei wirkten. Sollten derartige „Tips“ aufgrund der organisationstechnischen Unerfahrenheit vieler Mitglieder nötig gewesen sein, wäre ein allgemeiner „Ratgeber“ für alle Veranstaltungen zweifellos sinnvoller gewesen.

Im Abschnitt 'Durchführung' wurde der **Generalappell** der Gesamtorganisation RFB und RJ vorangestellt, bei dem das Generalappell-Schreiben der Bundes- und Gauführung verlesen sowie ein kurzer Hinweis auf die Bedeutung des Märzaufgebotes gegeben werden sollte. Trotz des gemeinsamen Auftretens sei darauf zu achten, „dass der Generalappell nicht nur für die Organisation gilt“, sondern „schon als erste öffentliche Kundgebung zu betrachten ist. Je mehr Publikum, desto besser“.

In der 'Agitation- und Propagandatätigkeit' legte die Bundesführung den 'Hauptwert' auf „individuelle (persönliche) Agitation“, da „nur so“ die „Gewähr für wirklich positive Erfolge gegeben“ sei. Andererseits sollte die Propaganda jedoch „so eingestellt sein, dass man überall vom Märzaufgebot der RJ spricht“.

„Wir müssen danach trachten, mit immer neuartigen Ideen der Agitation und Propaganda an die Öffentlichkeit zu treten, nur so wird es uns möglich sein, wirklich die Aufmerksamkeit auf uns zu lenken.“²⁵⁰

Anschließend brachte die BF eine Aufzählung der „wichtigsten Agitations- und Propagandamöglichkeiten, die bisher überall mit Erfolg durchgeführt wurden“, forderte aber jeden Gau und

²⁴⁹ Ebd., S. 3.

²⁵⁰ Ebd., S. 4.

jede Ortsgruppe auf, in engster Zusammenarbeit „mit dem Agitprop des KJVD [...] eigene Ideen und zugkräftige Propagandamöglichkeiten“ zu erproben.

An erster Stelle stand die Errichtung von Werbebüros. Alle Zug-, Kameradschafts- und Abteilungslokale seien zu Agitations- und Propagandalokalen auszubauen, indem sie außen und innen dekoriert würden. An bestimmten Stunden des Tages sollten Kameraden anwesend sein, „die Aufnahmen tätigen, Material für Propaganda ausgeben, Auskunft erteilen, Berichte entgegennehmen“. Statt großer Veranstaltungen und Kundgebungen sollten „Abende im Zug-, Kameradschafts- und Abteilungsmasstabe organisiert werden“, bei denen größter Wert auf „gute Ausgestaltung“ zu legen sei. Besonders erwähnt wurden „Unterhaltungs-, Führer-, Lieder-, Diskussionsabende und Lichtbildervorträge (hier wurde später noch einmal auf „vorhandene Lichtbildbänder und eine Liste vom Photodienst“ hingewiesen). Jeder Kamerad wurde „verpflichtet, Freunde, Kollegen und Bekannte mitzubringen“, da „bei Veranstaltungen im kleinen Kreis“ der „Jugendliche schneller Kontakt finden und sich bald bei uns wohl fühlen“ würde.

Für eine gute Haus- und Hofpropaganda sollte „jeder Zug einen bestimmten Stadtteil zur Bearbeitung überwiesen“ bekommen, den „er Haus für Haus durcharbeitet“. Dabei sollte *Die Rote Front*, die eine zusätzliche Werbeausgabe herausbringen würde, ebenso wie Kampffondmarken verkauft und Werbematerial verteilt werden.

„Eine Achtergruppe mit Hornist auf dem Hof - Signal - kurze Ansprache - die Kameraden gehen von Tür zu Tür - verkaufen und werben - laden zu unseren Veranstaltungen ein.“²⁵¹

Für eine ‘Allgemeine Propaganda’ wurde ergänzend genannt:

- Demonstrationen (möglichst Jugenddemonstrationen) mit sympathisierenden Jugendorganisationen mit speziellen Jugendlosungen - dabei gute Transparente und Karikaturen mitführen. Abhalten von fliegenden Versammlungen auf belebten Plätzen.
- Propagandatrupps auf belebten Strassen, Plätzen vor Betrieben, Schulen, Bahnhöfen, Kinos, Rummel. Kameraden mit Transparenten, Plakaten usw. mit Hinweis auf Märzaufgebot, Werbebüro usw. Beflagung, Ziehen von Transparenten in Verkehrsstrassen.
- Betriebs- und Fortbildungsschulversammlungen (als Märzfeiern).
- Ausstellungen, Aufbau, Entwicklung, Tätigkeit und Leben der RJ. Unsere Gegner. Leben der russischen Jungarbeiter. (nach Möglichkeit gemeinsam mit KJV organisieren, zur Jugendausstellung gestalten).
- Einrichtung von Lenin-Liebknecht-Ecken;
- Wandzeitungen als Stiftung von RFB, KJV, Turner usw.
- Rote Rummel. Material vom RFB kann durch Vorkommnisse am Ort ergänzt werden.
- Eltern-Abende, um auch die Eltern mit Leben und Treiben der RJ vertraut zu machen, und dadurch auch der Organisation näherzubringen. (Ein nicht zu unterschätzender Faktor).
- Autopropaganda - Fahrradkolonnen - Organisation fliegender Versammlungen.²⁵²

Für die unterschiedlichen Veranstaltungspunkte sollten „originelle Karikaturen auf Rekruten, Stahlhelm, Christl. Jungmännerorganisationen, Latscher usw. Feme - Putsch - Völkerbund - Krieg“ angefertigt werden. Besonders wichtig sei die Beachtung des Zusammenhangs der eigenen Agitation mit der politischen Situation. Es dürften nicht die Fehler des 1. Aufgebots wiederholt werden, bei dem „jegliche Verbindung zwischen Märzaufgebot und Arbeiten zum Volksentscheid fehlte, und die Werbearbeit wenig oder garnicht durchgeführt wurde“. Die ganze Aktion und die inhaltliche Aufarbeitung wurden mit der Herausgabe des Sonderhefts *Material zum*

²⁵¹ Ebd., S. 5.

²⁵² Ebd., S. 5f.

Märzaufgebot der Roten Jungfront, Berlin - Ende Januar 1928 unterstützt.²⁵³ Unter der Rubrik 'Allgemeine Propaganda' war auch die „Allgemeine Grußpflicht der Kameraden untereinander“ sowie das „Tragen der vorschriftsmässigen Bundeskleidung“ aufgeführt.

Nach Beschluß der BF, daß von der Überführung von RJ-Mitgliedern, die das 21. Lebensjahr vollendet hatten in den RFB Abstand zu nehmen sei,²⁵⁴ wurde die „Einführung und Vereidigung der Neuaufgenommenen“ zum neuen „Höhepunkt des Märzaufgebotes“, die auf „öffentlichen Mitgliederversammlungen mit besonderem Programm“ durchgeführt werden sollte.

Die Vorstellungen zur Propaganda für das Märzaufgebot des RFB fanden sich erweitert und grundsätzlicher auch im *Material Nr. 3* zur Wahlarbeit 1928 der KPD wieder (die Reichstagswahl fand am 20. Mai statt).²⁵⁵ Platzkonzerte und Kundgebungen (3) wurden darin zur „Belebung der Straße und Mobilisierung der Massen“ als das Medium angesehen, das „wir selbst auf der Straße organisieren“ können. Zur Gesamtheit der Möglichkeiten wurden gezählt:

„Platzkonzerte, ausgeführt von den Kapellen aller Arbeiterorganisationen,
Platzkonzerte der Arbeitergesangsvereine,
Spiele der Agitproptrupps auf öffentlichen Plätzen,
Filmvorführungen, Radiokonzerte,
Plakat-, Radfahrer-, Sportler- und Massendemonstrationen.“²⁵⁶

Eine eigene Rubrik erhielten auch die - nicht in der Auflistung enthaltenen - Grammophonplatten, die mit Wahlreden und Musikstücken „gespielt von der RFB-Kapelle“ in „allen Wahlversammlungen benutzt werden“ konnten (s. dazu Kap. 5.3.2.1).²⁵⁷ Der eingeschlagene Kurs fand in diesem neuen Medium also seine Bestätigung und machte Partei und Bund - zumindest in Teilbereichen - von den Musikanten unabhängiger. Die Platzkonzerte sollten „große Massen auf einem bestimmten Platz“ konzentrieren und einem Propagandisten die Möglichkeit zu einer kurzen Ansprache geben, um „die Massen zu begeistern und zu überzeugen“, Broschüren zu verkaufen und Sammlungen zu veranstalten. Zwischen den einzelnen Musikstücken sollten kurze Losungen im Sprechchor gesprochen werden.

„Man muß mit allen Mitteln versuchen, die Erschienenen zu bearbeiten, um den größtmöglichen agitatorischen und propagandistischen Nutzen herauszuholen.“²⁵⁸

Für die Haus- und Hofagitation (11), der „ein besonders breiter Raum gewidmet werden“ sollte, sah man auch in der Broschüre der KPD ein umfangreiches Spektrum vor:

„Mehrere Genossen gehen auf einen Hof, singen dort ein Kampflied und einer von ihnen hält eine Fünfminutenrede. Die Rede muß mit der Aufforderung schließen, durch Kauf des Materials sich über die Bedeutung der Wahl, die Stellung der Kommunisten zu informieren, den Wahlfonds der Partei zu stärken, unsere Liste zu wählen. Nach der Rede müssen alle Genossen ins Haus gehen und jedem Bewohner unser Material anbieten. Hierbei ist darauf zu achten, daß es nicht nur bei dem Anbieten bleibt, sondern auch Diskussionen, wenn auch nur kurze, durchgeführt werden.“²⁵⁹

Auch sollten „Musik- und Gesangsvereine“ hinzugezogen werden. Dazu seien nicht „50 oder 60 Mann“ nötig, sondern man solle sich „in mehrere kleine Gruppen teilen und so unsere Agitation

²⁵³ LAS 301-4548/19.

²⁵⁴ *Der Rote Führer* Nr. 3/1928, S. 48.

²⁵⁵ Für die Wahlarbeit! *Material* Nr. 3, 1928.

²⁵⁶ Ebd., S. 14.

²⁵⁷ Ebd., S. 21f.

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Ebd., S. 26.

beleben“. In Großstädten habe man

„jetzt schon mit Erfolg ganze Abende auf dem Hof durchgeführt. In Berlin wurden im Wedding kleine Filme gezeigt, Schallplattenkonzerte gegeben und durch diese Art einer größeren Hof- oder Hausveranstaltung gute Resultate im Verkauf des Wahlmaterials, unserer Sammlungen und in der Werbung für Partei und Presse erzielt.“²⁶⁰

Eine „große Wirksamkeit“ wurde auch den Agitprop-Truppen zugeschrieben. Nicht nur auf dem Hof, wo sie ein oder zwei Szenen spielen sollten,²⁶² sondern auch „auf öffentlichen Plätzen, in Parks, am Badestrand“, da sie als Bühne lediglich mit einem Plattenwagen auskommen könnten. Eine vergleichbare Flexibilität wurde kurzen „fliegenden Versammlungen vor den Betrieben bei Arbeitsschluß, auf Wochenmärkten usw.“ zugeschrieben.²⁶³ Ansprachen von 5 Minuten würden dabei „vollkommen“ genügen, hinterher sollte aber noch versucht werden, mit den Versammelten eine Diskussion zu beginnen. Die oben bereits erwähnten Sprechchöre wurden an anderer Stelle der Broschüre unter einem eigenen Aktionspunkt (16. Sprechchor als Agitationsmittel) zusammengefaßt. In diesem Falle sollte „eine Gruppe von Genossen“ in „den Hinterhöfen der Mietskasernen“ die Verstärkung bilden und sich

Dok. 3 Beispiel für einen Sprechchor²⁶¹

Die Losung wird wie folgt gesprochen:

1 2 3 bei 4 beginnend mit dem linken Fuß:

linker Fuß:	„Macht“
rechter Fuß:	„Euch“
linker Fuß:	„frei!“
rechter Fuß:	- Pause -
linker Fuß:	kämpft“
rechter Fuß:	„mit“
linker Fuß:	„Le-“
rechter Fuß:	„nins“
linker Fuß:	„Par-“
rechter Fuß:	„tei!“

3.1.5

„im Hofe aufstellen, durch ein Trompetensignal oder ein Lied die Bewohner ans Fenster bringen. Dann wird in einem Sprechchor ausgedrückt, was wir wollen“.²⁶⁴

Da „unsere Partei und die sympathisierenden Organisationen“ in „der Ausgestaltung von Demonstrationen“ bereits „eine reiche Erfahrung“ hatten, begnügten sich die „praktischen Winke“ mit kurzen Hinweisen. Darunter fiel die Einschätzung, daß

„die größte Wirkung immer wieder bewegliche Figuren, Propagandawagen, überhaupt alle Dinge, die eine Karikierung des Gegners darstellen, erzielen“.²⁶⁵

Auch hier wurden wiederum die Agitproptruppen als „in erster Linie“ heranzuziehende Gruppe genannt. Sie sollten „nicht nur in Uniform mit demonstrieren und hin und wieder einen Sprechchor aufsagen, sondern nach Möglichkeit immer irgendwelche Figuren darstellen“. Wenn es „die Durchführung der Demonstration zuläßt“, sei auch „auf einem entsprechen Platz“ zu spielen.

In der Rubrik *Veranstaltungen und ihr Ausbau* (18) wurde neben den Agitproptruppen und den *Roten Rummeln* der KJVD besonders der Film hervorgehoben,²⁶⁶ und auch für Lichtbilder sei bereits „ein Bestand von Bildhandapparaten und Bildbandserien vorhanden, die dank ihrer Handlichkeit und Billigkeit gerade für die kleinen und kleinsten Veranstaltungen zu verwenden sind.“²⁶⁷ Außer Szenen, Agitationsspielen und *Lebenden Bildern* wurden auch Schattenspiele genannt, die sich besonders „wegen der Verzerrungen, die sich dabei ergeben“, eignen würden:

²⁶⁰ Ebd., S. 26.

²⁶¹ Ebd., S. 21.

²⁶² Ebd.

²⁶³ Ebd., S. 14.

²⁶⁴ Ebd., S. 20.

²⁶⁵ Ebd., S. 21,

²⁶⁶ Ebd., S. 22.

²⁶⁷ Ebd., S. 24.

„Da gibt es keine langen Proben, da ist keine Bühne notwendig. Ein großes weißes Tuch (zur Not genügt es, wenn man von zu Hause zwei Bettlaken mitnimmt und diese mit Nadeln zusammensteckt), dazu eine möglichst helle Lampe - das sind die ganzen Materialien, die zur Durchführung eines solchen Abends notwendig sind. Die weiße Leinwand wird im hinteren Teile des Raumes einige Meter von der Wand entfernt aufgespannt, auf einem Stuhl wird hinter der Leinwand ein helles Licht (Karbidlampe, Fahrradlampe oder ähnliches) aufgestellt. Zwischen Licht und Leinwand bewegen sich dann die Spieler. Der Raum ist dabei natürlich abgedunkelt, so daß die Schatten der Spieler klar und scharf auf der Leinwand erscheinen. Mit einfachen Mitteln aus Karton usw. gibt man den handelnden Personen die charakterisierende Ausrüstung. Durch nähere oder weitere Entfernung des Spielers von der Lampe wird der Schatten entsprechend kleiner oder übernatürlich groß.“²⁶⁸

Die vom ZK der KPD herausgegebene Broschüre - *Praktische Winke für die Arbeit der Agitprop-Funktionäre* - fand direkt und indirekt Eingang in die Agitationskultur des RFB. So wurden beispielsweise die wichtigsten Passagen vom RFB Berlin-Brandenburg in dem achtseitigen Manuskript *AGITation und PROPaganda des R.F.B. im Wahlkampf* verarbeitet. Ergänzend zur Wahlthematik wurde die eigene Problematik mit einbezogen:

„Wahlkampf ist Massenmobilisation gegen das Verbot des RFB.“

Als Themen für Wahlversammlungen des RFB wurden genannt:

- Stehen die Wahlen im Zeichen des Weltfriedens oder neuen Weltkrieges“.
- Proletarische Frontsoldaten erscheint in Massen!
- Die Rüstungen in Deutschland, und die Antwort der Arbeiterklasse am 20. Mai.
- Der Faschismus in Italien und die Ziele des Faschismus in Deutschland.
- Wie muss der Arbeiter am 20. Mai entscheiden?
 - Schwarz - weiss - rot,
 - Schwarz - rot - gold
 - oder Rote Front?
- Schwarz - rot - goldene Republik
- oder
- Rote Arbeiter- und Bauern-Regierung?²⁶⁹

Ergänzend zur KPD-Broschüre wurden unter dem Abschnitt „Haus- und Hof-Propaganda“ (1.) die Wochenmärkte „sowie die Kinos bei Schluss jeder Vorstellung“ als geeignete Stätten aufgeführt. Außerdem sollte ein besonderes Augenmerk auf „die zu ihrem Gebiet gehörenden Lau-bengelände“ gelegt werden, da die Erfahrung gezeigt habe, daß die Besitzer „für unsere Agitation empfänglich sind“. An Sonntagen sollten „kleine Propaganda-Umzüge in diesen Kolonien“ veranstaltet werden.



Abb. 9 Agitationshinweise zur Reichstagswahl am 20.5.1928.

²⁶⁸ Ebd., S. 23.

²⁶⁹ Agitation und Propaganda des R.F.B. im Wahlkampf, S. 3.

Für die „Strassenpropaganda“ (4.) galt die Voraussetzung, daß das Straßenbild „in den letzten Tagen vor der Wahl im Zeichen des RFB. für die KPD.“ stehe. Dazu gehörten alle Zug-, Kameradschafts- und Abteilungslokale, die „an den Fronten mit roten Transparenten“ gekennzeichnet sein mußten, „auf denen unsere Parolen stehen“. Diese seien besonders auf die Wahl zuzuschneiden. Radfahrerkolonnen sollten nicht nur mit rot geschmückten Rädern unterwegs sein, sondern auch die Fahrer „müssen auf dem Rücken einzelne Buchstaben tragen, die bei einer Kolonne eine politische Parole in leicht leserliche Form“ zeigen. Auch könnten

„vier Räder leicht mit einem Lattengestell verbunden werden, das eine aus Pappe oder Leinwand gefertigte Attrappe (Tank, Panzerwagen) trägt. Auf dieser Attrappe muss eine politische Parole geschrieben werden, die Bezug auf die Genfer Konferenz, Heeresetat, Phoeбусskandal nimmt.“²⁷¹ (Vgl. dazu Kap. 3.2.2)

Nach einer Mahnung zur Sorgfalt bei der Anfertigung von Transparenten („Die Parolen müssen Bezug nehmen auf Klassenjustiz und Republik, Fememord und SPD usw.“) folgte der Hinweis auf Übernahme von Methoden „der amerikanischen Reklame“:

„4 bis 5 Kameraden können auf Stelzen, deren Füße mit roten Hosen umkleidet sind, such die Strassen gehen.

Wandelnde Litfassäulen können hergestellt werden.

Sinnfällige Attrappen, sowie z.B. der Panzerkreuzer des 4. Abt. sind mit geringen Mitteln herauszustellen und von den Zügen durch die Strassen zu tragen.“²⁷²

Ein „aufgeputzter Wagen“ der 4. Abteilung wurde mit dem Ratschlag, ihn als Werbebüro zu benutzen, besonders hervorgehoben. Zur Erledigung derartiger Arbeiten sollten in jeder Abteilung „zwei oder drei Bastelstuben errichtet werden“, in denen „die Attrappen, Transparente, Stelzen, Verkleidungen usw. kollektiv hergestellt“ würden. Auch die Autofahrten dürften bis zum 20. Mai „nie ohne Transparent“ unternommen werden.²⁷³ Der RJ wurden sieben Schwerpunkte der Agitation genannt:

Jungwählerversammlungen.

Gegnerabende

Autopropagandaarbeit

Radfahrer-Propagandatrupps

Betriebsagitation

Innerorganisatorische Arbeit zu den Wahlen

Arbeit in der Provinz.



Abb. 10 Propagandaplakate 1928²⁷⁰

²⁷⁰ SAPMO, FBS 310-13144, I 4/2/14, B 110.

²⁷¹ Agitation und Propaganda des R.F.B. im Wahlkampf, S. 5.

²⁷² Ebd.

²⁷³ Ebd., S. 6.

Als „politische Losungen für den Wahlkampf“, die auch überregional bedeutsam waren, wurden u.a. herausgegeben:

1. Arbeiter, kämpft gegen den Bürgerblock mit der Roten Front.
2. Gegen Bürgerblock und Koalitionsregierung für die KPD.
4. Verteidigt die Sowjetunion, wählt Kommunisten, Liste 5.
5. Für die Arbeiter- und Bauernregierung.
6. Kämpft gegen das Verbot des RFB, wählt Kommunisten.
7. Kämpft für die Auflösung der Reichswehr, stimmt für die KPD.
8. Für die Miliz der Werktätigen, wählt KPD.
9. Für die Auflösung und Entwaffnung aller faschistischen Verbände.
10. Gegen Faschismus, für die Rote Front, muss der Arbeiter am 20. Mai entscheiden.
11. Bist Du für die Amnestie, dann wähle Kommunisten.
12. Ehemalige Frontsoldaten sind gegen neuen Raubkrieg und für die Kommunisten.
13. Die Preussenregierung gab Millionen den Fürsten, darum keine Stimme für die SPD.
14. Bist Du für Kuhhandel oder Klassenkampf? Entscheide Dich für die Kommunisten.

Besondere Losungen für die Rote Jungfront.

1. Kämpft gegen die Militarisierung der Jugend für die KPD.
2. Jungwähler entscheidet Euch für die Rote Front, für die Kommunisten Liste 5.
3. Für die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre kämpft die KPD.²⁷⁵

Die zwischenzeitlich festgelegten Organisationsstrukturen änderten sich auch auf der 5. Reichskonferenz im März 1928 nicht. Schuster geht davon aus, daß damit die Forderungen des 12. Leitsatzes über die Bedingungen der Aufnahme in die Komintern für die Nebenorganisationen der Partei inhaltlich voll erfüllt worden waren. Danach war demokratischer Zentralismus als „möglichst zentralistisch“ definiert worden, mit einer „eisernen, fast militärischen Disziplin“ und einer Führung, die „ein starkes autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten“ sein sollte. Der Aufbau des RFB wurde folgendermaßen definiert:

- „1. Die Achtergruppe: 8 Mann u. 1. Gruppenführer = 9 Mann
2. Der Zug: 4 Achtergruppen = 36 Mann und Zugführer = 37 Mann
3. Kameradschaft: 3 Züge = 111 Mann und Kameradschaftsführer = 112 Mann
4. Abteilung: Die Stärke der Abteilung richtet sich nach den örtlichen Größenverhältnissen. An ihrer Spitze steht die Abteilungsführung.
5. Ortsgruppe: Die Ortsgruppe ist die Zusammenfassung aller Formationen am Orte. An ihrer Spitze steht die Ortsgruppenführung.
6. Betriebsgruppe als Hilfsorgan: Die Betriebsgruppe ist die Zusammenfassung aller in einem Betrieb beschäftigten Kameraden.
7. Untergau: Die Ortsgruppen eines nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten abgegrenzten Gebietes bilden den Untergau.
8. Gau: Die Untergaue bilden den Gau.
9. Bundesführung: Die Bundesführung ist die höchste Instanz des Bundes für das Reich.“²⁷⁶

**Dok. 4 Als Material des RFB.
erscheint.²⁷⁴**

1 Flugblatt der Bundesführung
1 Landflugblatt
2 Plakate.
mehrere gummierte Klebezettel
1 Reichsbannerflugblatt in beschränkter Auflage, nur für Reichsbannerarbeiter bestimmt.
Grammophonplatten mit Schalmeyenmusik und Wahlreden von Thälmann, Leow, Pieck, Kasper und für die Rote Jungfront Werner Jurr.

²⁷⁴ Ebd., S. 7f.

²⁷⁵ Ebd., S. 2.

²⁷⁶ 5. RKonf., Richtlinien über Aufbau und Aufgaben, 1928.

Die wichtigste Änderung der Richtlinien entstammte der als Vorkonferenz stattfindenden 3. Reichskonferenz der RJ und fand sich in der Festschreibung dessen, was bereits Praxis geworden war: der offizielle Beginn der systematischen Durchführung des Wehrsports in der RJ.²⁷⁷ Im ersten Absatz des sechsten Abschnitts ('Rote Jungfront') wurde abschließend neu angeführt:

„Der Kampf gegen Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr bedingt sowohl die körperliche Ertüchtigung als auch die geistige Wehrhaftmachung der proletarischen Jugend.

Deshalb muß in der Roten Jungfront die Anwendung des Wehrsportes zum Zwecke der körperlichen Ertüchtigung neben der Verstärkung des politischen Wissens, der marxistisch-leninistischen Durchbildung, praktisch durchgeführt werden.“²⁷⁸

Die *Anweisung an alle Ortsgruppen zur Durchführung der Sommersonnenwendfeier* vom 4. Juni 1928 brachte wie jene zum Märzauflauf im Verhältnis zum Vorjahr eine deutliche Erweiterung und somit die Vervollständigung der RFB-eigenen Agitationskultur.²⁷⁹ War es ein Jahr zuvor den Ortsgruppen noch freigestellt, ob sie am kalendarisch feststehenden Tag (21.6.) die Sommersonnenwende wahrnehmen oder auf den kommenden Sonntag ausweichen wollten, wurde nun von vornherein das Wochenende bestimmt und der Veränderung in der Agitation angepaßt. Die Feier hatte sich in die Sommerarbeit einzufügen, die von „unseren Kameraden mit Ausmärschen und Wehrsport erfolgen“ sollte. Vor allen Dingen aber sollten die Erfahrungen des 1. Reichsführerlagers von den Teilnehmern weitergegeben werden. Die Sonnenwendfeier, die mit dem KJVD gemeinsam veranstaltet werden könne, „muss aber in allen Fällen“ mit einem Wochenendlager der RJ verbunden werden. Dabei kam es nicht auf „die propagandistische Wirkung auf Aussenstehende an, sondern“ in erster Linie auf die „Belebung unserer Organisation selbst“. Der Charakter müsse dem „einer roten Wehrjugendorganisation angepasst sein“.

„Die Losungen unseres Kampfes: Krieg dem imperialistischen Kriege - und für die Verteidigung der Sowjetunion; für den revolutionären Klassenkampf - gegen den Reformismus; für den antimilitaristischen Kampf - gegen die militärische Vorbereitung der Jugend zum

Dok. 5 Materialliste der KPD²⁸⁰

1. Reichstagshandbuch.
2. Landtagshandbuch.
3. Handbuch für Kommunalpolitik.
4. Broschürenserie von 15-20 Exemplaren, 24 Seiten 20 Pfg.
5. Traktätchen à 5 Pfg.
6. Klebestreifen 100.000.
7. 4 Flugblätter à 500.000 vierseitig bedruckt.
8. Drei illustrierte Flugblätter, 1 Seite oktav, für spezielle Schichte, je 200.000 Exemplare.
9. 500.000 Traktätchen gratis.
10. 15 Plakate, davon 2 Grösse II à 15.000, 4 Grösse III à 25.000, usw. und ca. 500 3 x 2 m.
11. 1 Skizzenbuch für Wandzeichnungen.
12. 1 Handbuch für Transparentzeichner.
13. Schablonen.
14. 12 Verse von Weinert, wahrscheinlich als Klebestreifen.
15. Lichtbilder.
16. Theaterszenen etc.
17. „Knüppel“ wahrscheinlich 10 Pfg.
18. Illustrierte Bauernzeitung.
19. „Roter Stern“, 4x in dem Monat vor der Wahl.
20. Zentrale Seiten in der „Roten Fahne“.
21. Grammophonplatten.
22. Plakate „Hier Wahllokal“.
23. Wahlinstruktionen.

²⁷⁷ 5. RKonf., Richtlinien über Aufbau und Aufgaben, 1928. Vgl. auch Finker, S. 151 u. 161f.; vgl. ebenfalls Schuster, S. 67ff. der diese einschneidende Änderung übergeht.

²⁷⁸ 5. RKonf., Richtlinien über Aufbau und Aufgaben, 1928, S. 14.

²⁷⁹ LAS 301-4548/20, RKo Nr. 4075/28II.

²⁸⁰ Agitation und Propaganda des R.F.B. im Wahlkampf, S. 8. Die Zahlenangaben ab Nr. 6 bezogen sich auf den Bezirk Berlin-Brandenburg.

neuen Krieg; für die Wehrhaftigkeit des revolutionären Jungproletariats - stehen auch hier wieder im Vordergrund.“²⁸¹

Da natürlich „das Abbrennen eines Holzstoßes“ zur Sonnenwendfeier gehörte, sollte rechtzeitig eine Erlaubnis eingeholt werden. Außerdem sei darauf zu achten, daß der Ort der Veranstaltung nicht zu weit entfernt lag, um „eine grössere finanzielle Belastung unserer Kameraden“ zu vermeiden. Dem Programm entsprechend zeigte das Entzünden des Holzstoßes um Mitternacht den offiziellen Teil der Veranstaltung an. Ihm folgte das gemeinsame Singen der *Warschawjanka* und der Sprechchor *Wir* (s. Kap. 4.3.2.6). Nach einer Feuerrede folgte der Schlußgesang *Brüder zur Sonne*, der die Veranstaltung jedoch nicht auflösen sollte. Jetzt zeigte die Bundesführung in ihrer Anweisung, daß die Bezeichnung ‘Kriegserinnerungen’ der Satzung zu ‘Kriegserlebnissen’ geworden und in Verbindung mit dem Begriff des ‘Antimilitarismus’ zu einer reinen propagandistischen Formel verkommen war:

„Nunmehr wird man sich im Kreis um das Feuer setzen, während ein Kamerad seine Kriegserlebnisse oder seine Erlebnisse bei den Revolutionskämpfen schildert. Gut ist es, wenn Kameraden anwesend sind, die von ihrer antimilitaristischen Tätigkeit während des Krieges und zur Zeit des Ruhreinmarsches erzählen. (Evtl. *Rote Front* vorlesen - Erlebnisse eines Frontschweins).“²⁸³

Eine Erzählung der Erlebnisse bei den Revolutionskämpfen ohne das Pathos eines Kämpfers ist bereits unter normalen Umständen schwer vorstellbar, in einer derartigen Situation jedoch wird die Stimmung schon fast automatisch in diese Richtung getrieben. Insbesondere die in der Feuerrede (s. Kap. 4.3.2.6) vorgenommene Gleichsetzung des Feuers vor Ort mit jenem großen Feuer im Osten, in dem über zehn Jahre „das Morsche und Verderbte der bürgerlich-kapitalistischen Welt“ verbrannt sei, sowie dem anschließenden Gelöbnis, dürfte kaum einen der jungen engagierten Teilnehmer unberührt gelassen haben. Die Bezeichnung *Antimilitarismus* entlarvt sich (nicht nur hier) als ihr eigenes Gegenteil.

Am 10. August 1924 hatte Hugo Eberlein versucht, „konspirativer Revolutionsromantik“²⁸⁴ den Boden zu entziehen, indem er in seinem Artikel *Roter Frontkämpferbund* die als vorrangig genannte „Pflege der Kriegserinnerungen“ als ein Ereignis schilderte, aus dem die Mitglieder „die Kräfte schöpfen“ sollten, um „den Kampf gegen neue imperialistische Kriege organisieren und führen“ zu können.

„Ein Roter Frontkämpferbund müßte die Wurzel und die Ursachen der Kriegsgefahr für die breitesten Schichten der Bevölkerung offenlegen, um diese für seine Bestrebungen zu gewinnen, um aus diesen Schichten einen breiten Schutzwall gegen kommende Kriege und Kriegsversuche zu bilden.“²⁸⁵

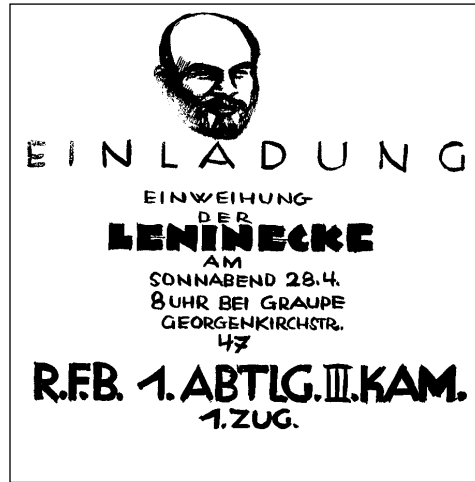


Abb. 11 Veranstaltung der beispielgebenden 1. Abt. Berlin-Brandenburg²⁸²

²⁸¹ Anweisung zur Durchführung der Sommersonnenwendfeier 1928, S. 1.

²⁸² SAPMO, FBS 310-13144, I 4/2/14, B.112.

²⁸³ Ebd., S. 2.

²⁸⁴ Schuster, S. 60.

²⁸⁵ *Rote Fahne* Nr. 92 v. 10. 8.1924, hier nach Schuster, S. 60.

Die „Betätigung mit Wehrsport am nächsten Tage“ wurde von der Bundesführung bereits als „Selbstverständlichkeit“ bezeichnet. Der Sonntag auf dem nahegelegenen Zeltplatz sollte mit dem ‘Wecken’ um 7 Uhr eingblasen werden. Nach Baden, Gymnastik und Frühstück waren bis zum Mittag Gesellschaftsspiele (Wettlauf, Springen, Ballspiele) vorgesehen und nach der Mittagspause wurden als Lagerspiele vorgeschlagen: Der Spion, Hasenjagd, die Eroberung der Fahne, die Bresche, der Depeschenträger, der Überfall des Lagers und Swatkkapp und Schliepjäger (vgl. Kap. 4.2.3).

Bereits im Frühjahr 1928 hatte die Gauführung der RJ Berlin-Brandenburg die Notwendigkeit betont, sich den Ortsausschüssen für Jugendpflege bzw. den Jugendämtern der einzelnen Verwaltungsbezirke anzuschließen.²⁸⁷ Als Hauptgrund waren „sehr grosse Vergünstigungen“ genannt und beispielhaft u.a. die finanzielle Unterstützung mehrerer Abteilungen zur Chemnitzfahrt oder die Steuerfreiheit für Veranstaltungen zum Märzaufgebot angeführt. Neben einigen Ratschlägen zur Anmeldung wurde gleichzeitig angemahnt, trotzdem „in aller Schärfe“ den „entgegengesetzten kommunistischen Standpunkt“ deutlich zu machen und sich „an keinerlei Einheitsrummel, wie Einweihung von Jugendherbergen, Jugendheimen, Geldsammlungen für die Jugendpflege usw.“ zu beteiligen. Eine Nutzung dieser Initiative zeigte sich bei der Ausrichtung der 1. Reichsführerschule in der Jugendherberge ‘Gamensee’ bei Tiefensee (Kreis Oberparchim).

Am 2. Juli 1928 gab die Abteilung *Rote Jungfront* der Bundesführung einen Arbeitsplan für ihre *antimilitaristische Woche* vom 4.-12. August als Anleitung für die Gauführungen heraus.²⁸⁸ Unter der Überschrift *Revolutionärer Antimilitarismus* bekräftigte die BF die zunehmende Militarisierung der Sprache zusätzlich mit einem Rückgriff auf einen Ausspruch Karl Liebknechts während des 1. Weltkrieges:

„Antimilitarismus lautet das Feldgeschrei der internationalen Jugendbewegung heute und für die Zukunft mehr denn je. Wer das bisher nicht begriff, wird das heute erkannt haben.“²⁸⁹

Erneut begannen die Ausführungen mit der Feststellung, daß „die Antikriegswoche im Jahre 1927 völlig ungenügend vom Gesichtspunkt unserer besonderen Jugendarbeit und der Bedeutung der proletarischen Jugend im Kampf gegen den Krieg durchgeführt“ worden sei. Im Mittelpunkt sollte die Losung „Verteidigung der Sowjetunion, des sozialistischen Vaterlandes der ganzen Welt“ stehen. Die folgenden Leitsätze richteten sich ausschließlich gegen die „Bildung einer Koalitionsregierung (Kabinett der Persönlichkeiten)“ und die Sozialdemokratie. Der Begriff des



Abb. 12 Wahlplakat 1928²⁸⁶

²⁸⁶ SAPMO, FBS 310-13144, I 4/2/14, B. 111.

²⁸⁷ LAS 301-4548/28, RKo 4163 II. v. 11.6.1928.

²⁸⁸ LAS 301-4545/1.

²⁸⁹ Arbeitsplan für die antimilitaristische Woche der RJ v. 4.-12. August 1928, S. 1.

Vaterlandes sollte in der Propaganda auf „den Beginn des Kampfes der Bourgeoisie gegen die Rote Front als ‘vaterlandslose Gesellen’“ zurückgeführt werden, die den RFB entgegen der historischen Wahrheit zum Kriegsgegner von 1914 machte. Als Beleg für einen sozialdemokratischen Nationalismus zitierte die BF die Reichsbannerzeitung mit dem Satz: „Lass die Kommunisten von Sowjetrußland träumen, unser Ziel ist Deutschland, das Deutschland der Gegenwart, das wir zu unserem Deutschland machen wollen“. Nach kurzen Bemerkungen zum *Kellog-Pakt* und zu der „nationalistischen Verhetzung nicht nur in den faschistischen Wehrverbänden“ folgte eine Aussprache gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Den inzwischen üblichen Allgemeinplätzen zur Werbung wie: die „Antimilitaristische Woche hat zum Ziel die breiteste Massenmobilisierung der jugendlichen Arbeiter gegen die Gefahr neuer imperialistischer Kriege“ oder „sie soll Aufklärung schaffen“, folgte die Behauptung, daß die RJ bei ihrem antimilitaristischen Kampf „auf den vergangenen Kämpfen der revolutionären Jugend der ganzen Welt gegen Militarismus und imperialistischen Krieg und auf den Lehren der grossen Führer und Ideologen des antimilitaristischen Kampfes Lenin und Karl Liebknecht“ fuße.

Die *antimilitaristische Woche* wurde als der „erste Auftakt zu einer planmässigen antimilitaristischen Arbeit“ der RJ bezeichnet. Sie sollte mit einer Führertagung im Gauvorort unter Hinzuziehung der umliegenden Ortsgruppen beginnen, auf der Referate zum Thema und über die organisatorischen Aufgaben gehalten werden sollten. Nach Möglichkeit seien derartige Tagungen auch im Untergaumaßstab in Verbindung mit Wochenendlagern durchzuführen. Außerdem waren die Abteilungen gehalten, sich politisch vorzubereiten, indem sie die grundsätzliche Stellung der RJ zum Krieg, den Stand der militärischen Jugendausbildung im In- und Ausland sowie die Stellung des Völkerbundes, der SPD und des RB zum Krieg bearbeiten. Für alle Themen verwies die BF auf ihre Dispositionen.

Erneut wurde betont, daß es nicht auf große und viele Kundgebungen ankomme. Die BF mahnte dringend das „Schablonieren unserer Losungen, viel Kleben“ und Flugblattverbreitung an. Gleichzeitig warnte sie aber auch davor, derartige Veranstaltungen den Abteilungen in der Provinz zu überlassen. Nur die Gauvororte mit ihrer festen Organisation und den Referenten, „die diese Themen unbedingt beherrschen“, seien geeignet.

In dem eine Woche später folgenden Rundschreiben der BF Abteilung RJ an die Abteilungen der Roten Jungfront wiederholten sich im wesentlichen die Ausführungen an die Gauleitungen.²⁹⁰ Allerdings wurde intensiver auf die Rolle der Sowjetunion und die Rolle der *Kommunistischen Internationale* als Weltorganisation eingegangen. Die kommunistischen Parteien aller Länder kämpften gegen die „Kriegsvorbereitungen der Imperialisten“ und ließen „keinen Zweifel daran“, im „Falle eines Krieges den Weg der russischen Arbeiter“ zu beschreiten, das hieße, die „Losung Lenins“ zu verwirklichen (eine Losung, die jedoch keinen Eingang in die allgemeinen Parolen fand, s.u.):

‘Bürgerkrieg dem imperialistischen Kriege’.²⁹¹

Nachdem die unterschiedlichen Verbotsbemühungen gegen den RFB zu einer trotzigen „Bestätigung dafür, dass unsere Partei im Interesse der proletarischen Klasse und zum Schutze der Sowjetunion gut und von Erfolg gewesen“ sei, umgemünzt worden waren, folgte als weitere Losung:

²⁹⁰ BF-Rundschr. Abt. RJ v. 11. 7.1928: ‘Antimilitaristische Woche der RJ v. 4.- 12.8.28’.

²⁹¹ Ebd., S. 2.

„Verteidigung der Sowjetunion, des sozialistischen Vaterlandes der Werktätigen der ganzen Welt!“²⁹²

Insbesondere der stärker in den Mittelpunkt gerückte Terminus *Vaterland* bekam in Verbindung mit den Bürgerkriegslosungen und dem verstärkt betriebenen Internationalismusforderungen seinen kommunistischen Charakter. Als Resultat der Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht wurde er z.B. mit den reaktionär-nationalistischen Parolen *Blut und Leben* in die eigene Sprach- und Wertvorstellung übernommen:

„Erst wenn in Deutschland die Bourgeoisie niedergedrungen und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet ist, können wir von einem Vaterland reden, und dann werden wir auch Gut, Blut und Leben für die Verteidigung dieses, unseres proletarischen Vaterlandes einsetzen. Heute ist es die sozialistische Sowjetunion, die wir als unser Vaterland bezeichnen müssen.“²⁹³

In der anschließenden Diskussion um die ‘Gegner’ wurde dem Reichsbanner eine immer stärkere „Annäherung an die faschistischen Verbände“ und eigene „faschistische Methoden gegen die revolutionäre Arbeiterschaft“ vorgeworfen. Während vom politisch rechten Spektrum nur Hans von Seeckt mit seinen Vorstellungen zur allgemeinen Wehrpflicht in die politische Argumentation einbezogen wurde, sollten unterschiedliche linke Gruppierungen eine Kampfansage erhalten. Eine Gefahr böten die Pazifisten, hier als „bürgerliche Friedensfreunde“ titulierte. Ein „noch gefährlicherer Feind“ seien die Reformisten, die „alles tun werden, was die Bourgeoisie von ihnen verlangt“. Noch „weit gefährlicher als der offen kriegsfreundliche Flügel der Sozialdemokratie“ seien aber die linken Sozialdemokraten, denn sie hätten „die wütendste Hetzkampagne gegen die Sowjetunion geführt. Die Verurteilung der Angeklagten im Schachty-Prozess, die ein notwendiger Akt gegenüber den Feinden des proletarischen Staates war, wurde von ihnen als eine ‘viehische’ Tat bezeichnet, die dem Bestreben entspringt, die zum Untergang verurteilte proletarische Diktatur mittels Terror und Gewalt zu erhalten.“²⁹⁴ Die politische Einschätzung deckt sich im wesentlichen mit der *Gegner-Information* vom 28. Juni 1928, in der sieben von acht Seiten Stahlhelm und Reichsbanner gewidmet sind. Zu letzteren hieß es bezüglich der ‘Einheitsfrontparole’: „Wir müssen verstehen, ihnen klarzumachen, dass der Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg und ihren Wegbereiter, die Koalition, eine Aufgabe nicht eines Teiles, sondern der gesamten klassenbewussten Arbeiterschaft ist und ein SPD-Wehrbund nur ein erneutes Hemmnis auf dem Wege zu einer solchen Einheitsfront bilden würde.“²⁹⁵ Zur Einschätzung der Nationalsozialisten hieß es weiter unten:

„Die verhältnismässig starke Stimmenabgabe für die NSDAP hat die schon in unserer Mitgliedschaft vorhandenen Tendenzen zu einer Ueberschätzung dieser Organisation wegen ihrer besonders augenfälligen Aktivität wiederum verstärkt. Deshalb ist diesen Stimmungen gegenüber umso entschiedener zu betonen, dass die Bearbeitung der NSDAP zwar nicht vernachlässigt werden darf, aber gegenüber der Reichsbanner- und Stahlhelmarbeit nur von untergeordneter Bedeutung ist. Trotz ihrer verhältnismässigen Wahlerfolge wird die NSDAP aller Voraussicht nach niemals wieder ihren früheren Stand erreichen und ist deshalb unsere Arbeit auf die ausschlaggebenden Gegner zu konzentrieren.“²⁹⁶

Auf Abteilungsabenden sollten Rededispositionen verteilt und jeder Kamerad „fähig gemacht werden, auch dem gerissensten und demagogischsten Gegner politisch entgegenzutreten und ihn von der Richtigkeit unserer Anschauungen zu überzeugen“. Zum weiteren Studium wurde Lenin

292 Ebd.

293 Ebd., S. 4.

294 Ebd., S. 5.

295 *Gegner-Information* Nr. 2/28, S. 3.

296 Ebd., S. 8.

Über den Krieg, Ernst Schneller *Krieg und Kriegsgefahr* und das Sammelwerk *Gegen den Strom* mit den Artikeln von Lenin und Sinowjew angeraten.²⁹⁷

Als organisatorische Maßnahmen wurde auf die letzten Anweisungen zu Märzaufruf, Wahlen und Reichstreffen verwiesen und erneut die Zusammenarbeit der RJ mit RFB und KJVD angemahnt. Als zweckmäßigste Eröffnung wurde wieder auf den Generalappell zurückgegriffen, der möglichst am 4. August, dem Tag des Kriegsausbruchs, durchgeführt werden sollte, spätestens jedoch am darauffolgenden Tag „mit den Demonstrationen der Gesamtarbeiterschaft“. Stattfinden sollte er „an dem belebtesten Punkt des Ortes oder der Stadt“, während Transparente und eine kurze Ansprache auf seinen Zweck hinweisen mußten.

Saalveranstaltungen seien aufgrund der heißen Jahreszeit nicht zu empfehlen. Wichtiger als dieser Grund war der BF aber sicher die folgende Argumentation, nach der sich die „Kräfte der Gesamtorganisation nur auf diese Veranstaltung“ konzentrieren und „das Wichtigste, die individuelle (persönliche) Bearbeitung des Jugendlichen sowie die Arbeit im Betrieb“, vernachlässigt werde.²⁹⁸ Besonders der letztgenannte Aspekt wurde entsprechend der herrschenden Linie der politischen Agitation als „Hauptgewicht unserer Tätigkeit“ hervorgehoben.

Als Abschluß der *antimilitaristischen Woche* solle die Landpropaganda in Form eines Ausmarsches der RJ durchgeführt werden. Mit der jeweils ansässigen Abteilung sollte vor Ort Haus- und Hofagitation betrieben werden, an deren „Schluss eine öffentliche Versammlung“ auszuführen sei.

Bevor sich die Abteilung *Rote Jungfront* der BF des RFB „im Geiste unserer grossen Führer Lenin und Karl Liebknecht“ mit „Rot Front“ verabschiedete, führte sie 17 Parolen auf, mit denen eine „grosse Anzahl von Transparenten“ und „selbstgefertigte Klebestreifen“ versehen werden sollten:

- „1. Zur Verteidigung der Sowjetunion - hinein in die Rote Jungfront!
2. Die Sowjetunion ist unser Vaterland, das wir verteidigen werden!
3. Revolutionärer Antimilitarismus ist die Losung der Roten Jungfront!
4. Jungbannerkameraden linksum! Hinein in die Rote Jungfront!
5. Kämpft mit uns im Geiste Karl Liebknechts gegen Militarismus und Imperialismus!
6. Wir kämpfen gegen militaristische und nationalistische Erziehung der arbeitenden Jugend zu neuem Krieg!
7. Die Koalitionsregierung ist die Wegbereiterin des Krieges gegen die Sowjetunion!
8. Kampf gegen den imperialistischen Krieg heisst: Tod dem Faschismus.
9. Jungarbeiter! Euer Platz ist in der Roten Jungfront!
10. Zur Verteidigung der Sowjetunion immer bereit!
11. Der Reformismus ist ein Feind der Arbeiterklasse!
12. Wie kämpfen gegen einen neuen Weltkrieg!
13. Die Rote Wehrjugend ruft zum Kampf. Willst Du abseits stehen?
14. Gedenke des imperialistischen Krieges und werde Soldat der Revolution!
15. Gegen den Reformismus - für revolutionären Klassenkampf!
16. Krieg dem imperialistischen Kriege!
17. Der Sieg der Arbeiterklasse ist die beste Garantie für den Frieden!“²⁹⁹

²⁹⁷ BF-Rundschr. Abt. RJ v. 11. 7.1928, S. 5.

²⁹⁸ Ebd., S. 6.

²⁹⁹ Ebd., S. 7.

Eine wichtige Bedeutung maß die BF der Schulung im 2. Reichsführerlager der RJ zu, das vom 15. Juli - 10. August 1928 in Einsiedel stattfand (s. Kap. 4.2.3).³⁰⁰ Neben den Wehrsportübungen wurde sie darüber hinaus zum Maßstab für die Wochenendlager der Jugendgruppe.

Letzte zentrale Großveranstaltungen - der disziplinierte Soldat als Massenphänomen

In der angespannten Situation zwischen zunehmender Diskussion um ein RFB-Verbot und internen Streitigkeiten versuchte die Bundesführung - neben der stärkeren Betonung des Wehrcharakters - den Legalitätskurs mit straffer Disziplinierung fortzuführen. Ein Beispiel ist in den 'Fahrtvorschriften' für das *Mitteldeutsche Treffen* am 18. und 19. August 1928 in Leipzig zu sehen, dessen gesamte Ausführung das letzte Stadium der Agitationskultur des RFB am deutlichsten wiedergibt.

Bereits im Vorfeld wurden Auto- und Radfahrten verboten, „zuwiderhandelnde Gruppen werden vom Antreten ausgeschlossen“.³⁰¹ Die Verhandlungen mit der Reichsbahn, die erneut nicht den gewünschten Erfolg hatten, wurden trotzdem in ihrer Gesamtheit wesentlich undramatischer beurteilt. Sechs Sonderzüge wurden bei einem Fahrpreis von 7,40 RM für die Fahrt Berlin - Leipzig und zurück vereinbart. „Jeder Kamerad“ mußte im „Besitz einer Plakette“ für 30 Pfg. sein, die an der linken Brusttasche zu tragen sei („Keine anderen Abzeichen anstecken“). Nach einem Appell vor der Abfahrt hatten sich die Teilnehmer ohne Handgepäck (Schachteln usw.), aber mit einheitlicher Ausrüstung („Nicht einige Kameraden mit Tornister, andere nur mit Brotbeutel“) in Achtergruppen aufzustellen und im übrigen „die Anweisungen der Bundesführung S. 2/1-7“ zu beachten.

„Fahrtvorschriften.

Sind allen Kameraden bekanntzugeben!

1. Den Anweisungen der Transportführer und der mit weißen Armbinden versehenen Ordern ist strikte Folge zu leisten.
2. Das Belegen der Züge geschieht abteilungsweise. Kein Kamerad darf ohne Anweisung der Transportführung einsteigen.
3. Fahnen und Speere sind eingerollt im Zuge zu lassen und dürfen während der Fahrt nicht herausgesteckt werden.
4. Das Bemalen der Züge ist untersagt. Nach den Beförderungsvorschriften der Reichseisenbahn gilt das Bemalen der Züge als Transportgefährdung und kann deshalb somit die Fahrt in Frage gestellt sein.
5. Nach der Verteilung darf kein Kamerad den Wagen mehr verlassen.
6. Singen, Blasen, Trommeln, Rufen und Schreien hat in der Bahnhofshalle zu unterbleiben.
7. Alle Kameraden haben darauf zu achten, daß in dem Abteil die größte Sauberkeit herrscht.
8. Das Mitnehmen von Alkohol ist strengstens verboten. Kameraden, die im betrunkenen Zustand angetroffen werden, wird sofort Binde, Abzeichen und Mitgliedsbuch abgenommen und sind somit aus der Organisation ausgeschlossen. Ein Rücktransport kommt für diese Kameraden nicht mehr in Frage.

³⁰⁰ Protokoll (LAS 301-4545/9); Namensliste (LAS 301-4545/5); LAS 301-4548/18, Pol.B v. 27.1.1928 wg. Schreiben vom 30.11.1927.

³⁰¹ Letzte Anweisungen für Leipzigfahrt Gau Bln.-Brdbg.

9. Das Besteigen der Trittbretter, Dächer und Bremserhäuschen während der Fahrt hat zu unterbleiben. Zuwiderhandlungen ziehen Organisationsausschluß nach sich.
10. Bei der Ankunft in Leipzig haben alle Kameraden bei ihrer Abteilung bzw. Kameradschaft anzutreten. Niemand verläßt den Bahnhof einzeln.“³⁰²

Diese allgemein gültigen, aber in diesem speziellen Fall besonders für die Berliner gedachten Anweisungen erforderten zusätzlich ausführliche Informationen der einzelnen Delegationen über ihren Anmarsch zum Anhalter Bahnhof, um zentral eine Musikerlaubnis einzuholen. Außerdem wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in der Bannmeile „bekanntlich Fahnen eingerollt werden“ und Kapellen nicht spielen dürften.

Das Programm sah für Sonnabend, den 18. August, 20.00 Uhr die üblichen „Empfangsfeiern der auswärtigen Kameraden“ in sechs Lokalitäten vor. Diese begannen jeweils mit einem Konzert der RFB-Kapellen, dem Begrüßungsansprachen folgten. Danach gab es unterschiedliche „Darbietungen der Sänger, Turner, Sportler, Jugend, Agitpropgruppe der KPD u.a.“.³⁰³ Generell war das Ende der Veranstaltungen für 23.00 Uhr vorgesehen. Außerdem fand ein Fackelzug statt, an dem sich über 100 Lastautos (hauptsächlich aus dem Gau Erzgebirge-Vogtland) beteiligt haben sollen.³⁰⁴

Der sonntägliche Umzug, dem eine Führerbesprechung vorausging, begann auf vier ‘Stellplätzen’. Auf die von dort marschierenden Hauptzüge waren dreizehn Leipziger Abteilungen verteilt. Ihnen zugeordnet waren die Untergaue Taucha, Wurzen, Borna, Meuschwitz, Südwest, Nordwest, Grimma und Riesa sowie die Gaue Erzgebirge-Vogtland, Ostsachsen (Dresden), Magdeburg-Anhalt, Berlin-Brandenburg, Halle-Merseburg und Thüringen. „Als allgemeine Regel der Zusammenstellung“ galt der Aufmarschplan (Dok. 6). Die Reihenfolge des Aufmarschplans entsprach ebenso wie der gesamte Umzug, der nach dem folgenden Schema verlief, dem letzten Stadium der RFB-Agitationskultur:

- 6-8 Uhr **Wecken** durch Kapellen und Spielmannszüge innerhalb der Abteilungsbereiche.
- 10.30 „ **Antreten** auf allen Abteilungs-Gestellplätzen mit den zugeteilten Gauen und Untergauen
- 11.30 „ **Abmarsch** von den Hauptgestellplätzen nach dem Augustusplatz
- 12.30 „ Auf dem Augustusplatz:
 - **Massengesang** des Arbeitersängerbundes auf der Museumstreppe und am Neuen Theater
 - **Ansprachen** von 10 Rednern der Bundesführung u. aller teilnehmenden Gaue.
- 13.30 “ **Abmarsch** durch den Osten nach dem Stadion des VfL. Südost. Oststr. (Stötteritz).
- 15.30 “ **Einmarsch** der Fahnendelegation
 - **Massenspiel** der gesamten Tambourzüge.
- 16.30 „ **Ansprachen** der Bundesführung des RFB mittels Lautsprecher
Der Lautsprecher ist vom Arbeiter-Radio-Bund, Gruppe Südost, gestellt.
- 17.00 „ **Vorführung** von Wehrsportübungen durch den Verein für Leibesübungen Südost.
- 17.30 „ **Massenszenen** und Sprechchor der Agitpropabteilung der KPD
- 18.00 „ **Konzert**, ausgeführt v.d. Schalmeyen- und Blaskapellen des RFB.³⁰⁵

Die Kapellen und Spielmannszüge wurden gauweise zusammengefaßt. Ihre Verteilung hatte der Führer des Abteilungszuges zu bestimmen. Bei der Kundgebung auf dem Augustaplatz blieben die Hauptzüge in ihrer Aufstellung. Auf dem Marsch vom Augustaplatz bis zum Sportplatz

³⁰² Ebd., S. 1.

³⁰³ *Letzte Anweisungen für Leipzigfahrt Gau Bln.-Brdbg.*, S. 6.

³⁰⁴ Bericht an das ZK der KPD über das Mitteldeutsche Treffen v. 23. 8.1928, S. 2.

³⁰⁵ Ebd., S. 4f.

Stötteritz befand sich der Gau Berlin-Brandenburg - seiner politischen Bedeutung für den Bund entsprechend - an der „Spitze des Gesamtzuges“. Seit der Aufstellung auf dem Stellplatz Riet-schelstr.-Lindenau war er, bei einer Verteilung der Kapellen und Tambourzüge entsprechend der Gesamtstärke, wie folgt einge-teilt:

1. Spitze der Jungfront
2. Ortsgruppen Provinz
3. Berliner Abteilungen
4. Delegationen.³⁰⁷

Vor dem Einmarsch auf den Sportplatz Stötteritz wurden sämtliche Fahndelegationen ebenso wie die Spielmannszüge und Kapellen von speziell dafür vorgesehenen Ordnern sepa-riert. Auf dem Sportplatz spielten alle Tambourzüge zusammen die Märsche 1, 4 und 7 und die Schalmeien-Kapellen die *Internationale*. Als zusätzliche Attrak-tion wurde „von einem Flugzeug, welches eine Leipziger Kameradschaft für 75,- Mk. gemietet hatte, ein roter Sowjetstern abgeworfen.“³⁰⁸ Die Eintrittsberechtigung zu allen Veranstaltungen war mit dem Besitz des Programms und der Plakette erfüllt.³⁰⁹ Vor allen Dingen fehlte nicht der wiederholte Hinweis auf „strengste Disziplin!“. An Parolen wurden ausgegeben:

Kampf gegen Koalitionsregierung und Kriegsgefahr!
 Verhinderung jeder Kriegsproduktion!
 Verhinderung von Waffen- und Munitionstransporten!
 Streichung aller Rüstungsausgaben!
 Auflösung der Reichswehr!
 Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Wehr- und Selbstschutzverbände!
 Restlose Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen!
 Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit!
 Zum Kampf gegen die Kriegsgefahr!
 Krieg dem imperialistischen Kriege!
 Schutz der Sowjetunion!
 Für ein Arbeiter- und Bauern-Deutschland!³¹⁰

In seinem *Bericht an das ZK der KPD über das Mitteldeutsche Treffen* vom 23. August 1928 gab vermutlich die Gauführung Westsachsen Zeugnis über die einführende Propaganda des Tref-fens:

„Den Bezirksleitungen der Partei haben wir unseren Organisationsplan mitgeteilt mit dem Ersu-chen, die Durchführung der Arbeiten durch die Gauführung zu kontrollieren. Ausserdem haben wir die Bezirksleitungen aufgefordert (z.B. in Westsachsen), durch Stellung bestimmter Anträge in den Stadtparlamenten, wie Gewährung eines städtischen Zuschusses, Überlassung von städti-schen Gebäuden zur Unterbringung der Kameraden, Genehmigung zur Aufstellung von Masten am Bahnhof und in den Strassen usw., zur Popularisierung und Propagierung des Mitteldeut-schen Treffens beizutragen.

Dok. 6 Aufmarschplan.³⁰⁶

1. Leipziger Abteilungen
2. Fahnenkompagnie
3. RFB, an der Spitze jedes Gaues marschiert die Jungfront
4. Delegationen aus Betrieben und Arbeiterorganisationen und RFB-Kameraden ohne Bundes-kleidung
5. RFMB
6. Frauen
7. JSB
8. KJVD
9. KPD

3.1.6

³⁰⁶ *Letzte Anweisungen für Leipzigfahrt Gau Bln.-Brdbg.*, S. 5.

³⁰⁷ *Bericht an das ZK der KPD über das Mitteldeutsche Treffen* v. 23.8.1928, S. 6.

³⁰⁸ Ebd., S. 3.

³⁰⁹ *Letzte Anweisungen für Leipzigfahrt Gau Bln.-Brdbg.*, S. 5.

³¹⁰ Ebd., S. 6.

Der Parteipresse wurden seitens der Bundesführung Aufrufe, Matern und Schlagzeilen zur Veröffentlichung zugesandt; in der letzten Woche ausserdem an die in Frage kommenden Zeitungen zwei Maternseiten gesandt.

Die drei Instanzen waren angewiesen, für die Pressepropaganda alle örtlichen und bezirklichen Ereignisse auszunutzen und diese mit der Stellungnahme der Betriebe, Sport- und sympathisierenden Organisationen zu verbinden.“³¹¹

In der „Auswertung des Aufmarsches“ wurden allerdings „verschiedene Erscheinungen im RFB“ als Reaktion „auf die Zustände, die in der Partei herrschen“, bezeichnet. Kennzeichnend sei, „daß die Forderung der Bundesführung, in den Stadtparlamenten Anträge zur Popularisierung des Mitteldeutschen Treffens zu stellen, sowohl von den Rechten als auch von den Linken abgelehnt wurde. Erst auf Einspruch des ZK hat man sich genötigt gesehen, das nachzuholen. Es war aber bereits zu spät, da die Stadtverordneten-Versammlung schon in den Ferien war.“³¹²

Glaubt man der eigenen Einschätzung, war „der Aufmarsch selbst“ mit über 18.000 Teilnehmern (davon alleine aus Berlin über 7.000), zu denen sich „Delegationen der Betriebe (die sehr stark vertreten waren), der Partei, der RH, der IAH und den Gewerkschaften (Verkehrsbund usw.) gesellten, ein „kolossaler Erfolg für Partei und RFB“.³¹³

Der Bericht spricht von 92 Kapellen und 492 Fahnen und meint verstärkend, „auch bürgerliche Zeitungen melden diese Zahlen“. Vor allen Dingen scheint den Organisatoren die Feststellung wichtig, daß das „politische Gesicht der Demonstration“, wie „die Bundesführung selbst zugeben muß, besser gewesen“ sei „als selbst beim Reichstreffen“. Neben Transparenten, die „jede Ortsgruppe, jede Abteilung“ trug, wurden an „besonderen Propagandamitteln und Attrappen“ ein Dutzend Panzerkreuzer, von 12 bis 1 Meter lang, „Flugzeuge und Kanonen als Friedensinstrumente des Völkerbundes“ genannt. Als besonders auffällig wurden „die starken Abteilungen und Delegationen der Sportler in Sportkleidung“ hervorgehoben, und auch „einige Gruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend marschierten mit. Weiter waren die Frauen sehr stark vertreten“. Schwer überprüfbar ist natürlich die Behauptung, daß „sehr viele sozialdemokratische Arbeiter“ Kameraden „von uns aufgenommen und gepflegt“ worden sein sowie „ihre Häuser beflaggt“ hätten. Überhaupt seien einige Straßen Leipzigs „zum mindesten so gut ausgeschmückt und dekoriert als die Berliner Straßen anlässlich des 4. Reichstreffens“. Verstärkend wurde Eberlein als Vertreter des ZK genannt, der zugegeben habe, daß „die Demonstration eine der politisch ausdrucksvollsten war und stärker zu den Massen sprach, als alle Redner es vermocht hätten“.

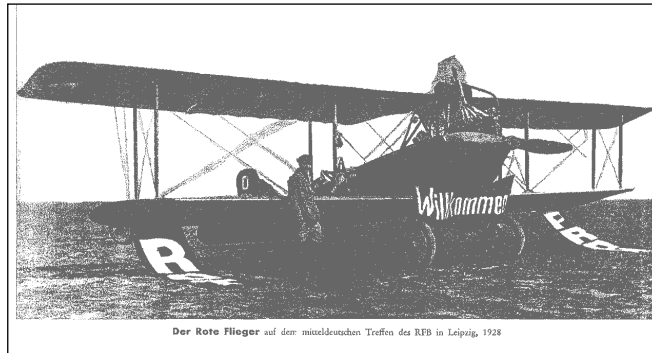


Abb. 13 Aus: „5 Jahre R.F.B.“, S. 3.

³¹¹ Bericht an das ZK der KPD über das Mitteldeutsche Treffen v. 23. 8.1928.

³¹² Ebd., S. 3.

³¹³ Ebd., S. 1-3. Die Addition der Einzelangaben ergibt allerdings bereits 27.000 RFB-Mitglieder (Berlin 7.000, Erzgebirge-Vogtland mit 5.500, Halle-Merseburg mit 3.300, Thüringen mit 2.200, Ostsachsen mit 2.500, Magdeburg mit 1.500, Westsachsen mit 5.000).

Am 25. März 1929 rief die BF des RFB zum „Massenaufmarsch der Hunderttausende“³¹⁴ - dem geplanten *V. Reichstreffen* zu Pfingsten 1929 in Hamburg auf. Im Vordergrund der Propaganda standen einerseits die politischen Ziele, die auf die folgende Formel verkürzt wurde: Strasse frei! für die ROTE FRONT. Eine 24-seitige Werbebroschüre, die unter dem Motto „Arbeiter zu uns!“ und „5 Jahre RFB“ (Titelseite) stand, begann mit einem Rückblick von Ernst Thälmann anlässlich der „Fünf Jahre Roter Frontkämpferbund“.³¹⁵ In dem Vorwort, das ein Bild des Bundesführers mit seinem Stellvertreter Leow zeigt, die einer Schalmeien-Kapelle voranschreiten, sah er in den Reichstreffen den Beweis für die enge „Bindung zwischen den Roten Frontkämpfern und den breitesten Volksschichten“. Sie seien das

„krasse Gegenstück zu jener Verachtung und jenem Haß, mit dem die Stahlhelmfaschisten bei ihren Aufmärschen allenthalben empfangen wurden, so daß sie sich nur unter dem Schutz sozialdemokratischer Polizeipräsidenten zu zeigen wagten“.³¹⁶

Thälmanns Ausführungen, die ganz im Zeichen der Begründung der neuen politischen Richtung standen, gingen von der Gründung des RFB als „Wehrorganisation des Proletariats gegen den Faschismus, gegen Stahlhelmbanditen und Hitlergarden“ aus, dessen „Aufgabengebiet“ sich bis 1929 jedoch

erweitert habe. Darunter zählte er in erster Linie den Kampf gegen die Sozialdemokratie und hier vor allen Dingen

„gegen das Reichsbanner Schwarzrotgold als eine der wichtigsten, ja die ausschlaggebende Schutztruppe der Bourgeoisie bei ihren Kriegsplänen wie ihren faschistischen Diktatur-Umtrieben [...]“.

Über das „Treugelöbnis, das der Rote Frontkämpferbund anlässlich seines dritten Reichstreffens für die



Abb. 14 Werbeheft für das V. Reichstreffen



Abb. 15 Aus: „5 Jahre R.F.B.“, S. 3.

³¹⁴ Schuster, S. 258.

³¹⁵ SAPMO, IML Si 82c/236.

³¹⁶ Ebd., S. 2.

Sowjetunion als das Vaterland aller Arbeiter und für die Sache der Weltrevolution ablegte“,³¹⁷ schlug der erste Bundesführer des RFB die Brücke zur Losung der neuen Richtung, der

„Schaffung der Roten Wehrinternationale des Proletariats“.

Der RFB werde seine „Pflicht als revolutionäre Kampforganisation des Proletariats gegen Faschismus und Imperialismus erfüllen“, worin die „Verkörperung des proletarischen Internationalismus“ liege.

Die Werbebroschüre, die Thälmanns verbaler Vorgabe mit einer Vielzahl von Fotos schwerpunktmäßig folgte, betonte, daß dem „internationalen Charakter“ des geplanten Treffens „in besonders starkem Maße“ Rechnung getragen werde.³¹⁸ „Erste Begrüßungs-Telegramme“ aus Rostow am Don, Wien, London und Paris sollten das Ansinnen unterstreichen. Als Vertreter einer „Arbeiterwehr Österreich“ versprach Török darin die „Entsendung einer möglichst starken Delegation“ und Snook von der „Laboursleague of ex-Serviceman“ aus London wurde ebenso wie

Beaugrand von „Arac“ aus Paris mit gleicher Intention zitiert. Fotos von Roten Frontkämpfern aus der Ukraine, der Tschechoslowakei (PAF), einer Schweizer *Arbeiter-Schutzwehr* (alle S. 10, s. Abb. 17) und einer „Schanghaier revolutionären Arbeiterwehr“ (S. 15), sowie der Erwähnung Chinas als Beleg für die Existenz einer internationalen Roten Front, folgte abschließend die Darstellung der *Roten Armee* als „Internationale Armee des Weltproletariats“ (S. 23) und bewaffnete „Moskauer Arbeiter“ als „die einzige Gewähr gegen Imperialismus, Kapitalismus und Faschismus“ (S. 24). Außerdem wurde eine Sammlung für ein „Kominternsgeschenk“ angekündigt.

Der Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses aller Roten Frontkämpferorganisationen bzw. Arbeiterwehren wurde einerseits durch einen - sehr undifferenziert, ja diffus dargestellten - „internationalen Faschismus“ untermauert, in dessen Reihen fast alle anderen Gruppierungen außer den Kommunisten selbst genannt wurden - mit den Sozialdemokraten als Schrittmacher waren auch diese in dem Feindbild enthalten. Andererseits wurde die aktuelle Situation - teilweise im historischen Vergleich „Polizeiterror einst und jetzt“ (S. 19) - angeführt, die der Losung „Krieg dem imperialistischen Kriege“ die logistische Basis geben sollte. Dazu half eine Auflistung unter der Überschrift „Der unbekannte Soldat der Revolution“, in die verschie-

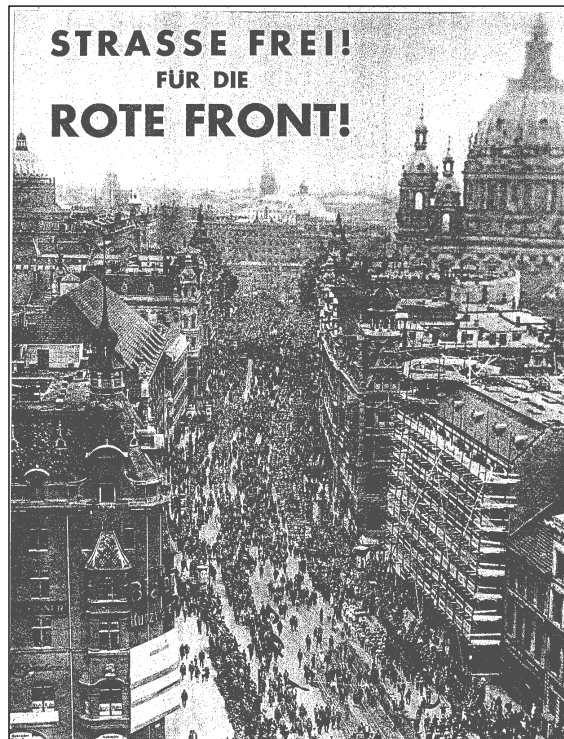
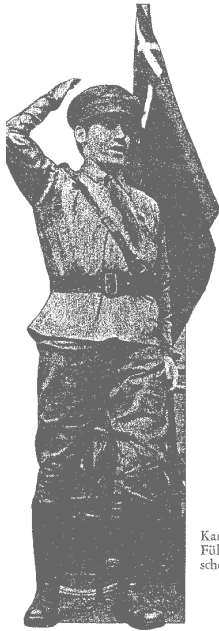


Abb. 16 Aus: „5 Jahre R.F.B.“, S. 5: „Rote Pfingsten im Roten Berlin 1928“.

³¹⁷ Ebd., S. 12 u. 13. Vor der Kulisse des III. Reichstreffens erneut abgedruckt.

³¹⁸ Ebd., S. 4.

INTERNATIONALE ROTE FRONT



Kamerad Snook,
Führer der englischen
Roten Frontkämpfer



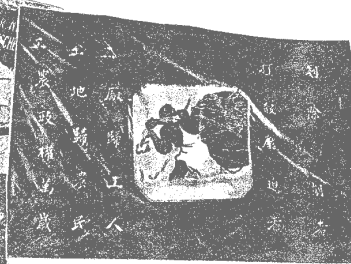
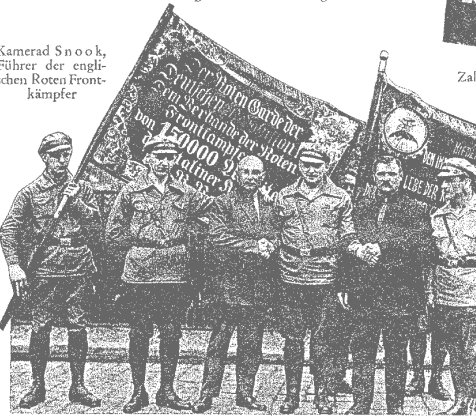
Kameraden der Roten Jungfront, Paris

Unten links: Arbeitergenossen aus der Sowjet-Ukraine haben der Bundesführung des RFB dem Kameraden Willi Leow, zwei prächtige Fahnen übergeben.

Unten rechts: Auch die revolutionären Kampfgenossen Chinas haben ihre Verbundenheit mit dem RFB durch Übersendung von Fahnen kundgetan



Zahlreiche Ortsgruppen und Abteilungen des RFB tragen mit besonderem Stolz Fahnen, die von den russischen und chinesischen Brüdern gestiftet worden sind



Der Rote Frontkämpferbund ist geschaffen worden als eine Schutz- und Wehrorganisation der werktätigen Massen gegen imperialistischen Krieg und Faschismus. Überall in den kapitalistischen Ländern erhebt der Faschismus sein Haupt. In sieben Ländern hat er die Herrschaft vollkommen an sich gerissen (Italien, Spanien, Ungarn, Litauen, Polen, Bulgarien, Jugoslawien). In allen kapitalistischen Ländern ist der Faschismus als Bewegung vorhanden und wird von der Bourgeoisie bewußt gefördert. Der Faschismus ist eine Herrschaftsform der Bourgeoisie in der Nachkriegszeit, die brutalste und nackte Herrschaftsform der Bourgeoisie gegen das Proletariat überhaupt. Wo die Bourgeoisie ihre Macht mit Hilfe der bürgerlichen Demokratie nicht mehr voll durchsetzen kann, greift sie zum Faschismus, um ihre Herrschaft gegen das Proletariat zu verlängern und zu verschärfen. Sie bedient sich dabei — und das ist das Typische des Faschismus — nicht nur ihres

Staatsapparats (Polizei, Heer), um die werktätigen Massen niederzuhalten — das war auch schon in der Vorkriegszeit der Fall — sie benutzt hierzu in erster Linie die faschistischen Organisationen, denen sie die Aufgabe zuweist, alle Arbeiterorganisationen zu zerschlagen, das Arbeiter Eigentum, Gewerkschaftshäuser, Zeitungsgebäude u. s. f. zu vernichten, ihre Führer zu ermorden, die selbständige Bewegung des Proletariats auszurotten. Der weiße



10

Tschechische und Schweizer Kameraden nahmen am 4. Reichstreffen des RFB in Berlin teil

Abb. 17 „5 Jahre R.F.B.“, S. 10.

3.1.6

dene Rote Frontkämpfer aufgeführt wurden, die in den Jahren 1925 bis 1928 von den verschiedenen gegnerischen Verbänden ermordet worden sein sollten (S. 16). Unter ihnen befand sich auch der Landarbeiter Stürzebecher, der „in Wöhrden durch Nationalsozialisten erstochen“ worden sein soll.³¹⁹ Mit dieser Darstellung war der Übergang zu einem weiteren Schwerpunkt kommunistischer Festkultur möglich geworden: „Dem Gedächtnis unserer großen Toten“ (S. 17).

Der „Rote Flieger“ vom *Mitteldeutschen Treffen*, der die technologische Stärke der kommunistischen Bewegung betonte (s. Abb. 13) schuf gleichzeitig den Übergang zur Preisung des Sozialismus. Daß die „Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken“, die in der Regel an russischen Beispielen demonstriert wurde, dabei als „unser Vaterland“ bezeichnet wurden, entsprach zunehmend der Propaganda von Partei und Bund.

Die „jüngsten Rekruten der Roten Armee“ (S. 17), die RJ, wurde ausführlich bei ihrer Tätigkeit dargestellt, wobei dem Wehrsport eine tragende Rolle zukam (S. 20). Bei der Darstellung der täglichen Werbearbeit fand die Rote Marine zwar keine Beachtung, doch wurde ihr eigens ein „Song der Roten Marine“ gewidmet (S. 23; s. S. 644, Abb. 4).

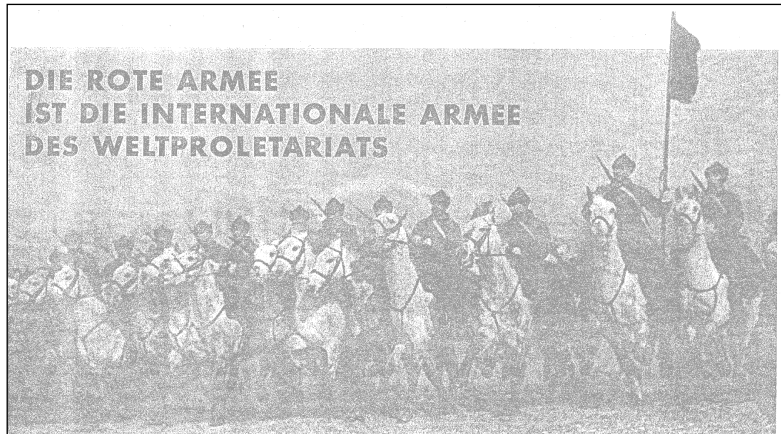


Abb. 18 Aus: „5 Jahre R.F.B.“, S. 23.

³¹⁹ Ebd., S. 16.

DIKTATUR DES PROLETARIATS

Die Diktatur des Proletariats ist nicht nur Gewalt über die Ausbeuter, und nicht einmal hauptsächlich Gewalt. Die ökonomische Grundlage dieser revolutionären Gewaltausübung, das Unterpfand ihrer Lebensfähigkeit und ihres Gedeihens besteht darin, daß das Proletariat einen höheren Typus der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation schafft und verwirklicht als der Kapitalismus. Das ist das Wesentliche. Darin ist die Quelle der Kraft und die Bürgschaft für den unausbleiblichen, endgültigen Sieg des Kommunismus.

N. Lenin: Die große Initiative.



Moskauer Arbeiter auf dem Roten Platz

Die bewaffnete Arbeiterschaft ist die einzige Gewähr gegen Imperialismus, Kapitalismus und Faschismus

Rot Front-Verlag, Ernst Thälmann — Verantwortlich: Paul Hornick, Berlin SO 18, Brückenstr. 6a — Kupfertiefdruck: Willi Simon, Druckerei- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin N 54, Schönhauser Allee 9

3.1.6

Abb. 19 Aus: „5 Jahre R.F.B.“, S. 24 (letzte Seite).